

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Vilmos von Zsolnay

Georg Stadtmüller

Peter Gosztony

B 43/66

26. Oktober 1966

Zehn Jahre nach dem

Ungarischen Volksaufstand

Vilmos von Zsolnay, Dr. phil., geboren 1934 in Szombathely/Ungarn; während des ungarischen Volksaufstandes Soldat der ungarischen Volksarmee und Teilnehmer am Freiheitskampf; nach der Niederwerfung des Aufstandes Flucht nach Österreich; Studium an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz; seit 1960 Lehrbeauftragter an der Universität Mainz; Promotion 1963.

Veröffentlichungen u. a.: Die Entstehung der ungarischen Literatur unter Matthias Corvinus, Köln—Detroit—Wien 1962; Johann von Hunyady und die Verteidigung Belgrads (in Vorbereitung); zahlreiche Zeitschriftenaufsätze.

Georg Stadtmüller, Dr. phil., o. Professor für Geschichte Ost- und Südosteuropas an der Universität München, geboren 17. März 1909 in Bürstadt/Hessen.

Veröffentlichungen u. a.: Geschichte Südosteuropas, München 1950; Geschichte des Völkerrechts I, Nürnberg 1951; Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarvölker in der Geschichte, 1958; Geschichtliche Ostkunde des

20. Jahrhunderts, 2 Bände, München 1963<sup>2</sup>; Die russische Weltmacht und ihr Rückzug 1738—1867, 1960; Der historische Materialismus und die sowjetische Geschichtswissenschaft, 1964; Grundfragen der europäischen Geschichte, München 1965; Die Geschichte der habsburgischen Macht, Stuttgart 1966.

Peter Gosztony, Dr. phil., Geschäftsführer der Schweizerischen Osteuropa-Bibliothek, Bern, geboren 2. Dezember 1931 in Budapest, Studium der Nationalökonomie an der „Karl Marx Universität“ in Budapest; während des ungarischen Volksaufstandes Offizier der Volksarmee und Teilnehmer an den Kämpfen in Budapest, nach der Niederwerfung des Aufstandes im Exil in Wien und Zürich. Von 1957 bis 1961 Studium der Geschichte an der Universität Zürich; Promotion 1962.

Veröffentlichungen u. a.: Der Kampf um Budapest 1944/45, München-Zürich 1964; Der ungarische Volksaufstand in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1966; zahlreiche Aufsätze in Zeitschriften verschiedener Länder.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,  
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,50 zuzüglich Verpackungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## Ungarn von 1945-1965

### Das Ende des Krieges in Ungarn

Bereits Ende 1944 hatte die Rote Armee die größere Hälfte Ungarns erobert. Am 13. 2. 1945 fiel Budapest nach erbitterten Straßenkämpfen und mehrmaligem Besitzerwechsel in sowjetische Hand.

Die Regierung Szálasi flüchtete im März 1945 nach Österreich. Am 4. April wurde das Land endgültig von den deutschen Truppen geräumt, und die Sowjets besetzten Ungarn.

Die sowjetische Armeekommandantur berief zum 20. Dezember 1944 ein Parlament nach Debrecen ein, damit dieses den Krieg gegen Hitler-Deutschland erklären und eine provisorische Regierung wählen konnte. Die Koalitionsparteien delegierten ihre Abgeordneten.

Die erste Sitzung wurde am 21. Dezember 1944 abgehalten, und am 22. Dezember wurde die provisorische Regierung unter Leitung von

General Béla Miklós von Dálnok gebildet. Ihre Zusammensetzung erfolgte auf der Grundlage des Mehrparteiensystems. So erhielten die Kleinlandwirte 2, die Sozialdemo-

**Georg Stadtmüller:**

**Die ideologische Diskussion der ungarischen Revolution 1956 . . . . . S. 19**

**Peter Gosztony:**

**Die Sowjetarmee in Ungarn 1956 ... S. 37**

kraten 2, die Bauern-Partei 1 und die Kommunisten 3 Ministerien. Die Kommunisten verlangten die drei wichtigsten Ministerien: Innen-, Außen- und Landwirtschaftsministerium.

### Von 1945 bis zur Machtergreifung der KPU

Die provisorische Regierung erklärte am 28. Dezember 1944 Deutschland den Krieg. Gleichzeitig sandte sie eine Delegation nach Moskau, um den Waffenstillstand mit den Alliierten vorzubereiten. Am 20. Januar 1945 wurde das Abkommen unterzeichnet. Ungarn verpflichtete sich, der Sowjetunion, Jugoslawien und der Tschechoslowakei Wiedergutmachung in Form von Warenlieferungen im

Werte von 300 Millionen US-Dollar zu leisten, die innerhalb von sechs Jahren aufzubringen waren. Von den 300 Millionen US-Dollar beanspruchte die Sowjetunion 200 Millionen für sich. Die Grenzen Ungarns wurden nach dem Stand vom 31. 12. 1937 wiederhergestellt. Die Sowjetunion erhielt das Recht, Ungarn zu der Erfüllung der Waffenstillstandsvereinbarungen, wenn nötig, mit Gewalt zu zwingen. Es wurde ihr also unbeschränkte Kontrolle über Ungarn eingeräumt. Dieser Zustand sollte bis zum Abschluß eines Friedensvertrages gelten.

Die Beiträge von Vilmos von Zsolnay und Georg Stadtmüller sind mit freundlicher Genehmigung des Deutsch-Ungarischen Kulturkreises dem in diesen Tagen erscheinenden Sammelwerk „Ungarn zehn Jahre danach — 1956 bis 1966“, herausgegeben von Werner Frauendienst, v. Haase & Köhler Verlag, Mainz, entnommen. Für die Veröffentlichung an dieser Stelle wurden sie leicht gekürzt. Auf den Abdruck der Anmerkungen wurde verzichtet. Sie können in der Buchausgabe eingesehen werden.

Marschall Woroschilow, der Vorsitzende der alliierten Militärkommission für Ungarn, verlangte zunächst, daß bei den freien Wahlen eine einzige Kandidatenliste aufgestellt werden sollte. Die Kleinlandwirte-Partei widersetzte sich erfolgreich, mußte sich aber zu einer Koalitions-Regierung bereit erklären. Die ersten Nachkriegswahlen fanden am

4. November 1945 statt. Trotz sowjetischer Besatzung siegte die bürgerliche Kleinlandwirte-Partei mit 245 Mandaten. Die Sozialdemokraten erhielten 69, die Nationale Bauernpartei 23, die Kommunisten 70 und die Bürgerlich-Demokratische Partei 2 Mandate. Die Kleinlandwirte-Partei errang 57 Prozent aller Stimmen, also die absolute Mehrheit; die Kommunisten bekamen 17%. Trotz dieses Sieges verlangten die Sowjets, daß alle Schlüsselpositionen mit Kommunisten zu besetzen (Innen-, Außen- und Landwirtschaftsministerium) seien. Die neue Regierung wurde am 15. November 1945 konstituiert. (Von den 18 Ministerien wurden 9 durch Kleinlandwirte, je 4 durch Sozialdemokraten und Kommunisten und eines von den Nationalen Bauern besetzt.) Ministerpräsident wurde der Kleinlandwirt Zoltán Tildy.

Am 5. März 1946 bildeten die Kommunisten mit den Sozialdemokraten und der Nationalen Bauernpartei den „linken Block“ gegen die „reaktionäre Kleinlandwirte-Partei“. Gleichzeitig erfolgte die erste Säuberung der Kleinlandwirte-Partei. Mit sowjetischer Unterstützung griffen die Kommunisten einen der fähigsten Führer der Kleinlandwirte, Dezső Sulyok, an.

Das Präsidium der Kleinlandwirte-Partei war gezwungen, der sowjetisch-kommunistischen Forderung nachzugeben. Dezső Sulyok wurde am 12. März 1946 mit weiteren 21 Abgeordneten aus der Partei ausgeschlossen. Mit der Affäre Sulyok begann eine Terror-Aktion der Kommunisten. Die Staatssicherheitspolizei (ÁVO) schaltete sich in den politischen Kampf ein. Eine ganze Reihe Politiker, alles Widerstandskämpfer gegen das Nazi-Regime, wurde von der sowjetischen Militärpolizei (NKWD) verhaftet und in die Sowjetunion deportiert. Im Dezember 1946 wollte man eine „Verschwörung“ der „Ungarischen Gemeinschaft“ aufgedeckt haben. Die politische Polizei benutzte sie als Vorwand für einen systematischen Feldzug gegen die bürgerlich-demokratischen Elemente. Die parlamentarische Immunität wurde völlig mißachtet.

Nach der Besetzung Ungarns durch die Sowjets (4. April 1945) wurde zunächst die Monarchie als Staatsform beibehalten. Am 1. Februar 1946 beschloß das Parlament, die Republik auszurufen; damit endete das tausendjährige Königreich. Der bisherige Ministerpräsident Zoltán Tildy wurde Staatspräsident; zu seinem Nachfolger als Ministerpräsident

wählte man den 1. Vorsitzenden der Kleinlandwirte, Ferenc Nagy.

Am 10. Februar 1947 wurde in Paris zwischen Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Finnland — die während des Zweiten Weltkrieges an der Seite Deutschlands gekämpft hatten — und den Alliierten der Friedensvertrag unterzeichnet.

Der Friedensvertrag gründete sich auf das Waffenstillstandsabkommen vom 20. Januar 1945. Die Grenzen wurden auf den Stand vom 31. Dezember 1937 festgelegt. Ungarn mußte weitere Gebiete an die Sowjetunion und den „Preßburger Brückenkopf“, etwa 40 Quadratkilometer mit drei Dörfern, an die Tschechoslowakei abtreten. Ungarn sollte seine Souveränität erhalten, die sowjetischen Truppen sollten innerhalb von 9 Monaten das Land verlassen. Allerdings wurde ihnen erlaubt, für die Sicherung des Nachschubs in Österreich Militär-Einheiten in Ungarn zu stationieren. Die Besatzung des Landes dauerte an.

Nach Inkrafttreten des Friedensvertrages (15. September 1947) wurde der Kampf gegen die mächtigste Partei, die der Kleinlandwirte, fortgesetzt. Unter sowjetischem Druck wurde ihr rechter Flügel stufenweise ausgeschaltet. Der Generalsekretär der Kleinlandwirte, Minister Béla Kovács, wurde am 25. April 1947 verhaftet, in die Sowjetunion deportiert und dort wegen „Spionage gegen die Sowjetarmee“ zu 15 Jahren Kerker bzw. Zwangsarbeit verurteilt.

Die Kommunisten beschuldigten den zur Erholung in der Schweiz weilenden Ministerpräsidenten Ferenc Nagy illegaler Tätigkeit. Der Führer der Kommunisten, Mátyás Rákosi, und die kommunistischen Parteigänger bei den Kleinlandwirten, Lajos Dinnyés und Szabó, zwangen Ferenc Nagy zum Rücktritt. Am 28. Mai 1947 erklärte Ferenc Nagy von der Schweiz aus seinen Rücktritt. Am 2. Juni desselben Jahres mußte der Präsident der Nationalversammlung, Béla Varga, ins Ausland flüchten. Neuer Ministerpräsident wurde Lajos Dinnyés; den Posten des Präsidenten der Kleinlandwirte erhielt István Dobi. Unter sowjetischen Druck löste sich die 1945 auf vier Jahre gewählte Nationalversammlung auf; es wurden zum 31. August 1947 Neuwahlen ausgeschrieben. Um die Kleinlandwirte-Partei weiter zu schwächen, ließen die Kommunisten im Parlament ein neues Wahlgesetz verabschieden, das die Teilnahme bürgerlicher Parteien außerhalb der Koalition und die Stimmabgabe außerhalb des Wahlkreises erlaubte.

„Diese Bestimmung nutzten die Kommunisten für den größten Wahlbetrug der ungarischen Geschichte aus: Innenministerium, Polizei und Gewerkschaften stellten Jungkommunisten zahlreiche Lastwagen zur Verfügung. Diese fuhren mit den von ihnen erteilten ‚Wahlberechtigungen‘ — je 70 bis 80 pro Person — von Ortschaft zu Ortschaft und stimmten für die KP.“ (Laszlo Revesz)

Trotz dieses Wahlbetruges vom 31. August 1947 vermochten die Kommunisten nur 22 % der Stimmen zu gewinnen und standen einer Mehrheit von 78 % gegenüber.

Von den — nach dem neuen Wahlgesetz (Nr. 22/1947) — zugelassenen Parteien gelang es der „Ungarischen Unabhängigen Partei“, einen beträchtlichen Prozentsatz der Wählerstimmen für sich zu sichern (14 %). Die Kommunisten beschuldigten die Partei, die Zoltán Pfeiffer führte, der Reaktion und des Wahlbetruges. Das von den Kommunisten geführte Innenministerium löste sie auf; alle 47 Abgeordneten dieser Partei verloren ihre Mandate. Auch den übrigen Parteien wurde ein ähnliches Schicksal zuteil.

Die neue Regierung, deren Mitglieder überwiegend Kommunisten und Sozialisten bzw. Kollaborateure waren, wurde am 24. September 1947 gebildet. Ministerpräsident blieb weiterhin Lajos Dinnyés.

Nach den Wahlen von 1947 wandte sich die KP mit verstärktem Kampf gegen den rechten Flügel der Sozialdemokraten. Unter kommunistischem Druck wurde in der SDP eine Säuberung durchgeführt. Die Führer des rechten Flügels, Anna Kéthly, Ferenc Szeder, Imre

Szélig, Antal Bán u. a., wurden gezwungen, am 18. Februar 1948 ihren Rücktritt zu erklären. Die Säuberung der SDP war notwendig, um die von Moskau angeordnete „Vereinigung“ beider „Arbeiterparteien“ in der „Partei der Ungarischen Werktätigen“ (MDP) verwirklichen zu können. Besonders Anna Kéthly und Imre Szélig leisteten harten Widerstand gegen die „Vereinigung“. Nach der Beseitigung des rechten Flügels der Sozialdemokraten erfolgte sie endlich am 12. Juni 1948.

Bevor die Parteien endgültig aufgelöst wurden, führte man — unter Druck von Moskau — eine gründliche Säuberung durch. Selbst der Staatpräsident Zoltán Tildy fühlte sich nicht sicher und wollte ins Ausland flüchten. Die Flucht sollte sein Schwiegersohn, Viktor Csolnoky, der ungarische Gesandte in Kairo, vorbereiten. Der Plan wurde aufgedeckt, Csolnoky nach Budapest gelockt, vor Gericht gestellt und hingerichtet. Zoltán Tildy selbst wurde zur Abdankung gezwungen (30. Juli 1948) und unter Hausarrest gestellt. Sein Nachfolger, der Sozialdemokrat Árpád Szakasits, wurde ein Jahr später ebenfalls verhaftet.

Nach der Säuberung der Parteien und der Verstaatlichung der Schulen griffen die Kommunisten die Katholische Kirche an. Der Konflikt erreichte seinen Höhepunkt, als am 26. Dezember 1948 der Fürstprimas von Ungarn, Kardinal József Mindszenty, verhaftet wurde. Mindszenty wurde unter erfundenen perfiden Anschuldigungen vor Gericht gestellt und in einem Schauprozeß am 8. März 1949 zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt.

## Die Alleinherrschaft der Kommunisten

Im Februar 1949 schlossen sich die Parteien der Ungarischen Werktätigen (MDP) und die Nationale Bauernpartei und Kleinlandwirte zu einer „Volksfront der Unabhängigkeit“ zusammen. Im April wurde das Parlament aufgelöst. Die ersten Wahlen auf Grund der Einheitsliste fanden am 15. Mai 1949 statt, die mit einem 92%igen Sieg der Kommunisten endeten. Die Kommunistische Partei Ungarns übernahm allein die Macht. Ihre Entwicklung ist charakteristisch: 1944 zählte sie weniger als 100 Mitglieder, im Januar 1945 10 000, im März 30 000, im Mai 150 000 und im Herbst 1945 653 000. Die „MDP“ zählte 1949 1,3 Millionen Mitglieder.

Die neue Regierung wurde am 7. Juni 1949 gebildet. Das Einparteiparlament hatte die Aufgabe der Proklamation einer neuen Verfassung. Sie war stalinistischer Prägung und trat am 20. August 1949 in Kraft.

Mit der neuen Verfassung begann die Rákosi-Ära, ein trauriges Kapitel der ungarischen Geschichte.

Schon vor der neuen Verfassung wurden also die politischen Prozesse gegen „Klassenfeinde“, Kleinlandwirte-Politiker, Priester sowie gegen die gesamte Leitung der Katholischen und Lutherischen Kirche Ende 1948/Anfang 1949 auf sowjetischen Befehl hin einge-

leitet, 1949/50 wurden sie fortgesetzt: es kamen zunächst die Sozialdemokraten an die Reihe, Anna Kéthly wurde zu 15 Jahren Kerker verurteilt, der sozialdemokratische Justizminister István Ries wurde im Gefängnis zu Tode gefoltert, ebenfalls wurde der ehemalige Majordomus, Ferenc Szeder, zu Tode gequält.

Inzwischen war im Juni 1948 der Bruch zwischen Stalin und Tito erfolgt. Der mit Tito befreundete ungarische Innenminister László Rajk mußte seinen Posten an János Kádár abtreten. Rajk wurde Außenminister. „Es war für ihn (Rajk) eine entscheidende Rangminderung, da sein neues Amt ohne politischen Einfluß war; die auswärtigen Angelegenheiten Ungarns wurden ja in Moskau erledigt.“ Am 15. Juni 1949 ließ Rákosi den Altkommunisten László Rajk durch seinen Freund János Kádár verhaften. Rajk wurde „wegen Kriegs- und volksfeindlicher Verbrechen“ angeklagt. Man beschuldigte ihn, für Tito und für die westlichen Imperialisten Spionage getrieben, für die Wiederherstellung des Kapitalismus in Ungarn gearbeitet und Rákosis Ermordung geplant zu haben. Die Verhandlung gegen Rajk begann am 16. September 1949. Der Prozeß verlief nach Art der großen Moskauer Schauprozesse. Rajk und seine Mitangeklagten legten, nachdem Rákosi durch Kádár Rajk versichert hatte, ihnen würde nichts geschehen, dieser Prozeß sei nur eine notwendige Formalität zur Stärkung der Partei, großangelegte Geständnisse ab. Sie wurden am 24. September 1949 zum Tode verurteilt und

## Wirtschaftliche Wandlungen

In keinem der von den Sowjets besetzten Länder wurde die Wirtschaft so rasch einigemaßen wiederhergestellt wie in Ungarn. Die kommunistische Partei buchte dies als eigenes Verdienst und nannte sich „Motor des Landes“. Das wirtschaftliche Leben wurde jedoch völlig verändert. Schon die provisorische Regierung erledigte am 17. März 1945 das größte Problem des Landes: die Aufteilung des Bodens. Jene Grundbesitzer, die mehr als 1000 Joch Land besaßen (1 Joch = 0,57 ha), verloren durch die Bodenreform alles; diejenigen, die weniger als 1000 Joch hatten, durften 200 Joch behalten, wenn sie Landwirte waren, falls nicht, nur 100 Joch. Die Enteignung des Bodens wurde ohne Entschädigung durchgeführt. Es wurden 6 Millionen Joch Land unter 0,7 Millionen Bauern verteilt, 2 Millionen Joch Boden wurden Staats-

tatsächlich anschließend hingerichtet. Es war eine Mordtat, die völlig grundlos erfolgte. Zwei weitere Innenminister — Altkommunisten — fielen der „Säuberung“ zum Opfer: 1951 wurde János Kádár eingekerkert, Ferenc Zöld erschoss sich und seine Familie kurz vor seiner Verhaftung.

Die zweite Verfolgungswelle innerhalb der Partei galt den „Zionisten“; der ÁVO-Chef Gábor Péter scheute sich 1951/52 nicht einmal, hohe Partei-Funktionäre zu verhaften.

Am 15. Mai 1951 verhaftete die ÁVO den Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Erzbischof József Grösz. In einem Schauprozess wurde er mit einer Anzahl von Priestern am 28. Juni 1951 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Rákosi-Diktatur erklärte 1951 den Intellektuellen den Krieg. Im Juni/Juli 1951 wurden mehr als 70 000 Personen aus Budapest deportiert. Ähnliches geschah in den Provinzstädten. Die Deportierten verloren alles; sie wurden als Landarbeiter eingesetzt, standen unter polizeilicher Aufsicht und durften ihre Deportationsortschaft nicht verlassen. Gefängnisse und Internierungslager wurden mit ehemaligen Widerstandskämpfern gegen das Nazi-Regime, mit „Klassenfeinden“ und politisch Andersdenkenden vollgestopft. Viele Tausende deportierte man nach Sowjetrußland. Das Land verwandelte sich in ein riesiges Konzentrationslager. — Eine Änderung und Verbesserung trat nach dem Tode Stalins (5. 3. 1953) ein, als Imre Nagy am 4. Juli 1953 das Amt des Ministerpräsidenten übernahm.

eigentum. Von den beiden Kirchen (Röm.-kath. und Ev.-ref.) enteignete man 0,9 Millionen Joch Land.

Die ersten Schritte zur Änderung der Struktur der Industrie erfolgten von 1945 bis 1947. Im Dezember 1945 wurden die Kohlengruben, 1946 die Energie-, Metall- und Maschinenbauindustrie, 1947 die Banken verstaatlicht.

Bis zum Jahre 1952 waren die gesamte Industrie, das Bankwesen, alle Gewerbebetriebe und schließlich der Grundbesitz, Mietshäuser und größere Einfamilienhäuser mitsamt dem Inventar vom Staat enteignet.

Die Verstaatlichung erfolgte ebenfalls ohne Entschädigung. So entstand also bis 1952 der „sozialistische“ Wirtschaftssektor.

Die Umstrukturierung der Landwirtschaft geschah langsamer: 1949 umfaßten die Staatsgüter

13,5 % und 1954 24,3 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Mit der Kollektivierung der Landwirtschaft, die mit einer Verhaftungs- und Internierungswelle verbunden war, begann man bereits im Herbst 1948. Bis Ende 1954 gab es 4381 Kollektivwirtschaften mit 1 880 000 Joch Boden, und Anfang 1956 waren es insgesamt 4186 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) mit 2 282 000 Joch Boden. Den LPG-Bauern wurde erlaubt, eine Hofstelle mit höchstens einer Kuh, 1—2 Kälbern, 1—2 Mutterschweinen und bis zu 5 Schafen oder Ziegen zu halten.

Die Versorgungsschwierigkeiten und der heftige Widerstand der Bauern hinderten das Regime an der Verwirklichung seiner Kollektivierungspläne. Ende 1955 befanden sich noch 53,5 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Privatbesitz.

Auch im Gewerbeswesen entstanden ähnliche Genossenschaften (KTSZ). 1953 gab es kaum noch private Gewerbetreibende (1948: 367 000). Am 1. August 1948 lief der erste Dreijahresplan an, dessen Hauptziel die „sozialistische Industrialisierung“ war, d. h. die bevorzugte Förderung der Schwerindustrie. Der Drei-

jahresplan wurde „vorzeitig“ (bis 1. Januar 1951) „erfüllt“, seine Zielsetzungen wurden inzwischen weitgehend erhöht. Die geplanten 6,5 Milliarden Forint Investitionen stiegen auf 7,8 Milliarden Forint an. Die Planwirtschaft beraubte die Betriebe ihrer Selbständigkeit; sie führte zur totalen Zentralisation der Wirtschaft.

Am 1. Januar 1950 trat der erste Fünfjahresplan in Kraft, dessen Hauptziele waren: Beschleunigung der „sozialistischen Industrialisierung“, Aufholen des Rückstandes in der Mechanisierung der Landwirtschaft, Beseitigung des Unterschiedes zwischen Stadt und Dorf, Förderung der nationalen Verteidigung, Abschaffung des bäuerlichen Einzelbesitzes und die Einrichtung von LPG. Der Fünfjahresplan führte zu einer schweren Wirtschaftskrise. Die Planwirtschaft benötigte einen großen bürokratischen Apparat. Von den 9,5 Millionen Einwohnern waren 320 000 als Angestellte — ohne Wirtschaftsfunktionäre — bei der Verwaltung tätig. Allein die Parteibürokratie benötigte 40 000 Mitarbeiter. Die Zahl der Angehörigen der Staatsschutzpolizei erreichte Anfang 1956 etwa 100 000, die der Armee überstieg 250 000.

## Die soziale Entwicklung

Der Klassenkampf wurde auf Grund der marxistisch-leninistischen Theorie zum konstitutionellen Grundsatz. Die Gleichberechtigung aller Staatsbürger ohne Unterschied wurde in allen Ostblockstaaten, so auch in Ungarn, zwar verfassungsmäßig garantiert, aber nicht eingehalten. Sie wurde durch die Gleichberechtigung der Angehörigen der gleichen Klasse ersetzt; die Gleichberechtigung der Klassen — und dadurch die der Angehörigen verschiedener Klassen — wurde abgelehnt.

Das heißt, der „Staatsbürger“ ist nicht identisch mit dem Begriff „Werkstätiger“ und das „Volk“ nicht mit der „Bevölkerung“. Jeder Staatsbürger hat zwar Pflichten gegenüber der Ungarischen Volksrepublik, Rechte genießt jedoch nur der „Werkstätige“. Zum „Volk“ — laut Dialektik — gehören nur jene Elemente der Bevölkerung, die sich für den Fortschritt, das heißt für den „Sozialismus“, einsetzen.

Die Sozialpolitik der Kommunisten vermochte nicht, den Lebensstandard zu heben. Durch die Verstaatlichung der Privatwirtschaft, Lahmlegung des privaten Kleinhandels, Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und des Kleingewerbes und durch gewaltige Kulakenverfolgungen herrschte in Ungarn Armut. Die Geschäfte waren leer, es fehlte sogar an den wichtigsten Nahrungsmitteln. Der Verdienst war äußerst gering. Das Verhältnis zwischen den Preisen und dem Einkommen war völlig unhaltbar. Hinzu kommt noch, daß die Bevölkerung für die einzelnen Waren viel mehr ausgeben mußte, als amtlich festgesetzt war, denn die Waren waren häufig im staatlichen Handel nicht erhältlich, und auf dem Schwarzmarkt forderte man Wucherpreise. Eine Änderung in der Sozialpolitik trat erst nach Stalins Tod unter der Regierung von Imre Nagy ein.

## Von Stalins Tod bis zum Volksaufstand von 1956

Der Tod J. W. Stalins (5. 3. 1953) deutete das Ende der Rákosi-Ära, die seit 1949 bestand, an. In Moskau wurden die Ämter des Regierungs- und Parteichefs voneinander getrennt: Malenkow wurde Ministerpräsident, Chruschtschow Parteisekretär. Auf Anweisung von Moskau legte in Ungarn Mátyás Rákosi, der seit dem 14. 8. 1952 neben dem Amt des Ersten ZK-Sekretärs auch den Ministerpräsidentenposten innehatte, letzteren nieder. Am 4. Juli 1953 wurde Imre Nagy Ministerpräsident, Mátyás Rákosi blieb weiter Parteichef. Imre Nagy, ein Altkommunist, lebte lange Zeit in der Sowjetunion, galt aber sowohl in Ungarn als auch in der UdSSR nicht als Stalinist. Er war Agrarspezialist, Universitätsprofessor und eine Persönlichkeit von großem Format und billigte niemals eine Politik des sowjetischen Staatsbürgers und Stalin-Schülers Mátyás Rákosi. Imre Nagy legte, um sich von Rákosi zu distanzieren, großen Wert darauf, daß er nicht von Rákosi, sondern von Moskau zum Ministerpräsidenten ernannt wurde. „Der Wahrheit halber sei die Tatsache festgehalten, daß ich“ — betonte Imre Nagy — „nicht von Mátyás Rákosi, sondern von den sowjetischen Genossen — den Genossen Malenkow, Molotow und Chruschtschow — vorgeschlagen worden war und daß der Genosse Rákosi und alle Mitglieder der ungarischen Delegation diesen Vorschlag begrüßt haben“. In seinem „Politischen Testament“ stellt Imre Nagy fest, daß Mátyás Rákosi für seine Designierung zum Ministerpräsidenten keinerlei Verantwortung getragen habe.

Am 4. Juli 1953 verkündete Imre Nagy sein Regierungsprogramm. Dieses war eine klare Absage an das Rákosi-Regime. Imre Nagy versprach die Förderung der Gebrauchsgütererzeugung auf Kosten der Schwerindustrie, die Hebung des Lebensniveaus, die Revision der „unter Mißachtung der sozialistischen Gesetzlichkeit“ gefällten Gerichtsurteile, die Auflösung der Internierungslager, die Abschaffung der Polizeigerichtsbarkeit und gestand den Kollektivbauern u. a. das Recht zu, die LPG zu verlassen.

Nach diesem Programm sollte eine Änderung der bisherigen Politik eintreten. Zahlreiche Bauern schieden aus den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften aus, viele LPG wurden aufgelöst. Die Zahl der LPG sank von 5224 (1953) auf 4381 (1954) und die Zahl

der Mitglieder verringerte sich zwischen 1953 und 1954 von etwa 376 000 auf 230 000.

Die Internierungslager wurden aufgelöst, die Macht der politischen Polizei wurde verringert, die grundlosen Verhaftungen wurden eingestellt, die Verfolgung der Geistlichen ließ nach. Die allgemeinen Lebensverhältnisse wurden mit der Zeit erträglicher. Parteichef Mátyás Rákosi war über den neuen Kurs Nagys nicht erfreut und versuchte dessen Beschlüsse zu boykottieren. Rákosis Gefolgsleute sorgten dafür, daß ein großer Teil der Häftlinge in den Internierungslagern noch vor deren Auflösung vor Schnellgerichte gestellt und nicht freigelassen, sondern in Gefängnisse eingeliefert wurde. Die Überprüfung der Schauprozess-Urteile dauerte über ein Jahr lang. Im Herbst 1954 wurden nur wenige der unschuldig Verurteilten — zunächst hundert Altkommunisten bzw. Sozialdemokraten wie Anna Kéthly — rehabilitiert und freigelassen. Rákosi setzte auch den wirtschaftlichen Bemühungen Imre Nagys heftigen Widerstand entgegen. Es entwickelte sich ein politischer Zweikampf zwischen Regierungs- und Parteichef.

Nach dem Sturz G. M. Malenkows in Moskau (am 8. Februar 1955) fiel auch der Ministerpräsident Imre Nagy in Ungnade. Am 18. April 1955 wurde bekanntgegeben, daß Imre Nagy „aus gesundheitlichen Gründen“ sein Amt niedergelegt hätte und aus dem Politbüro und Zentralkomitee ausgeschieden wäre. Mátyás Rákosi hatte also gesiegt.

Rákosi und der Nachfolger von Nagy, András Hegedüs, verlangten, daß Imre Nagy seine Schuld bekenne und Selbstkritik übe. Imre Nagy weigerte sich, statt dessen bereitete er eine großangelegte Anklageschrift gegen Rákosi für Chruschtschow vor. Er schrieb sein „Politisches Testament“ nieder, das heute einen unschätzbaren Wert hat. Imre Nagy genoß jedoch nicht mehr die Gunst Chruschtschows. Er erlaubte sogar seinem Statthalter in Ungarn, Mátyás Rákosi, Imre Nagy aus der Partei auszuschließen. Es schien so, als wäre die alte Macht Rákosis wiederhergestellt. Dieser Anschein wurde durch den Abschluß des Warschauer Militärpaktes (am 14. Mai 1955) und des Staatsvertrags mit Österreich (Unterzeichnung am 15. Mai 1955) bestätigt. Laut Pariser Friedensvertrag von 1947 durften sich sowjetische Truppen zur Sicherung des Nachschubs für

die in Österreich stationierten Sowjet-Einheiten auf ungarischem Territorium aufhalten. Durch den Staatsvertrag mit Österreich hätte die sowjetische Besetzung in Ungarn de jure beendet sein müssen. Der Warschauer Mili-

tärpakt erlaubte jedoch weiterhin die Stationierung sowjetischer Truppen auf ungarischem Boden. Die Tatsache, daß die sowjetischen Truppen Ungarn nicht verließen, löste große Depression aus.

## Der Volksaufstand von 1956

Nach dem XX. Parteitag in der UdSSR (er tagte vom 14. bis 25. Februar 1956 in Moskau) wurde die Lage innerhalb der Partei und vom Sommer an auch im öffentlichen Leben immer kritischer. Im Sommer 1956 wurden in Ungarn auch die noch vorhandenen Internierungslager aufgelöst, und hierdurch erlangten 27 184 unschuldige Menschen wieder die Freiheit. Das ungarische Volk forderte die Bestrafung der der Mißhandlung politischer Häftlinge schuldigen Funktionäre. Die Staatsanwaltschaft leitete gegen fünf AVO-Offiziere Disziplinarverfahren, gegen 13 Strafverfahren ein. Die Ruhe wurde aber dadurch noch nicht hergestellt. Das ZK der Partei faßte auf der Tagung vom 18. bis 21. Juli den ersten schwerwiegenden, jedoch verspäteten Beschluß: Mátyás Rákosi wurde seines Postens als Parteichef enthoben und durch seinen engsten Mitarbeiter Ernő Gerő ersetzt. Einige Monate davor wäre dieser Schritt mit Jubel begrüßt worden, jetzt forderte man die Entfernung der ganzen Regierung und die Aufhebung der Regierungsmaßnahmen. In der Partei entstand eine Spaltung. Bei der feierlichen Trauerfeier — dem „Staatsbegräbnis“ — am 6. 10. 1956 für den 1949 völlig unschuldig hingerichteten Rajk versprach die Partei: Niemals mehr Terror, Unrecht und Justizmord!

In den Kreisen der Intellektuellen, bei den Studenten und Schriftstellern, garte es. Vom 20. Oktober 1956 an kam es an mehreren Hochschulen zu stürmischen Versammlungen der Studenten, in denen diese mehr Freiheit forderten. Am 22. Oktober faßten sie ihre Forderungen in 16 Punkten zusammen:

1. Wir fordern den sofortigen Abzug aller sowjetischen Truppen in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Friedensvertrages.

2. Wir fordern die Wahl neuer Führer in der Ungarischen Arbeiterpartei auf der unteren, mittleren und höheren Ebene in geheimer Wahl von unten nach oben. Diese Führer sollen den Parteikongreß in der kürzesten Zeit, die möglich ist, einberufen und sollen ein neues Zentralkomitee wählen.

3. Die Regierung soll unter dem Vorsitz von Genosse Nagy umgebildet werden; alle verbrecherischen Führer aus der Stalin-Rákosi-Ära sollen sofort ihres Postens enthoben werden.

4. Wir fordern ein öffentliches Gerichtsverfahren für den Kriminalfall Mihály Farkas und seine Mitschuldigen. Mátyás Rákosi, der in erster Linie verantwortlich ist für alle Verbrechen in der jüngsten Vergangenheit und für den Ruin des Landes, soll zurückgebracht und vor einen Volksgerichtshof gestellt werden.

5. Wir fordern allgemeine Wahlen im ganzen Lande mit allgemeinem Wahlrecht, geheimer Wahl und der Teilnahme verschiedener Parteien zum Zwecke der Wahl einer neuen Nationalversammlung. Wir verlangen das Streikrecht für die Arbeiter.

6. Wir fordern eine Überprüfung und Neuordnung der ungarisch-sowjetischen und der ungarisch-jugoslawischen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen auf der Basis völliger Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der einzelnen Staaten.

7. Wir fordern die Reorganisierung des gesamten wirtschaftlichen Lebens in Ungarn unter der Heranziehung von Experten. Unser ganzes wirtschaftliches System, das auf der Planwirtschaft beruht, soll überprüft werden im Hinblick auf die ungarischen Lebensbedingungen und die Interessen des ungarischen Volkes.

8. Unsere Handelsabkommen und die tatsächlichen Zahlen der Reparationszahlungen, die niemals gezahlt werden können, sollen veröffentlicht werden. Wir fordern offene und ehrliche Informationen über die Uranvorkommen, ihre Ausbeutung und die russischen Konzessionen. Wir verlangen, daß Ungarn das Recht haben soll, Uranerz frei zu Weltmarktpreisen für harte Währung zu verkaufen.

9. Wir fordern eine vollständige Revision der Normen in der Industrie und eine drin-

gende und radikale Angleichung der Löhne, um die Forderungen der Arbeiter und Intellektuellen zu erfüllen. Wir verlangen, daß Mindestlöhne für Arbeiter festgesetzt werden.

10. Wir fordern, daß das Ablieferungssystem auf eine neue Grundlage gestellt wird und daß die Erträge rationell verwendet werden. Wir fordern gleiche Behandlung für die Einzelbauern.

11. Wir verlangen die Überprüfung aller politischen und Wirtschaftsprozesse durch unabhängige Gerichte und die Freilassung und Rehabilitierung der Unschuldigen. Wir fordern die sofortige Freilassung der Kriegsgefangenen und Zivilisten, die in die Sowjetunion deportiert wurden, einschließlich der Gefangenen, die jenseits der Grenzen Ungarns verurteilt wurden.

12. Wir fordern völlige Meinungs- und Redefreiheit, Freiheit der Presse und des Rundfunks und eine neue Tageszeitung mit großer Auflage für die MEFESZ. Wir fordern, daß alles vorhandene „persönliche Informationsmaterial“ veröffentlicht werden soll.

13. Wir fordern, daß die Stalin-Statue — das Sinnbild der stalinistischen Tyrannei und politischen Unterdrückung — so rasch wie möglich entfernt wird und daß ein Denkmal der Freiheitskämpfer und Märtyrer von 1848/49 an seiner Stelle errichtet wird.

14. An Stelle des jetzigen Wappens, das dem ungarischen Volke fremd ist, fordern wir die Wiedereinführung des alten ungarischen Kosuth-Wappens. Wir fordern für die ungarische Armee neue Uniformen, die unseren nationalen Traditionen entsprechen. Wir fordern, daß der 15. März zum nationalen Feiertag mit Arbeitsruhe, der 6. Oktober zum nationalen Trauertag ohne Schulunterricht erklärt wird.

15. In Verbindung mit der polnischen nationalen Bewegung erklärt die Jugend der Technischen Hochschule in Budapest einstimmig ihre vollständige Solidarität mit den polnischen und den Warschauer Arbeitern und der Jugend.

16. Die Studenten der Technischen Hochschule in Budapest werden so rasch wie möglich örtliche Gruppen der MEFESZ organisieren und haben beschlossen, ein Jugendforum in Budapest für den 27. dieses Monats (Sonnabend) einzuberufen, auf dem die ganze Jugend des Landes durch Delegierte vertreten sein wird. Die Studenten der Technischen Hochschule und

der verschiedenen anderen Universitäten werden sich morgen, am 23. dieses Monats, um 2.30 Uhr in der Gorki Faser vor dem Hauptbüro des Schriftstellerverbandes treffen, von wo sie sich nach dem Pálffy Tér (Bem Tér) zum Bem-Denkmal begeben werden. Dort werden sie, zum Zeichen ihrer Sympathie mit der polnischen Freiheitsbewegung, Kränze niederlegen. Die Arbeiter aus den Fabriken werden aufgefordert, sich diesem Zug anzuschließen.

Die Studenten verlangten also sofortigen Abzug der Sowjettruppen, Garantie der persönlichen Freiheit, Mehrparteiensystem usw. Diese Forderungen wurden am 23. Oktober als offizielles Programm der Demonstranten anerkannt und vom Präsidenten des Schriftsteller-Verbandes, Péter Veres, während der Demonstration am Abend des 23. Oktober 1956 vorgelesen. Den unmittelbaren Anstoß zum Ausbruch der Revolution gaben die Vorgänge in Polen. Studenten, Schriftsteller, Arbeiter und Intellektuelle wollten am 23. Oktober 1956 ihre Sympathie für die polnischen Aufständischen in Form einer Demonstration bekunden. Etwa 200 000 — 300 000 Menschen versammelten sich vor dem Denkmal des polnischen Generals Josef Bem in Budapest. Von dem Bem-Denkmal zogen die friedlichen Demonstranten zum Parlamentsgebäude, wo sie das Erscheinen des früheren Ministerpräsidenten verlangten. Imre Nagy erschien auf dem Balkon und hielt eine kurze Ansprache. Es schien so, als ob die Demonstration friedlich enden würde. Am Abend des 23. Oktober erreichte ein Zwischenfall die Demonstranten auf das äußerste. Um 20.00 Uhr hielt der gerade aus Jugoslawien zurückgekehrte erste Parteisekretär — der Nachfolger von Mátyás Rákosi —, Ernő Gerő, eine äußerst scharfe Rede, in der er die Demonstranten als „Pöbel-Volk“ bezeichnete.

Eine andere große Demonstranten-Gruppe versammelte sich vor dem Rundfunk-Gebäude der Hauptstadt. Eine studentische Abordnung wollte mit der Direktion der Rundfunkanstalt verhandeln. Sie bat um Sendeerlaubnis für ihre 16-Punkte-Forderungen. Die Abordnung wurde von der ÁVO (Staatssicherheitspolizei), die das Gebäude bewachte, verhaftet. Die Demonstranten verlangten ihre Freilassung. Um 21.00 Uhr am 23. Oktober 1956 eröffnete die ÁVO gegen die unbewaffneten, friedlichen Demonstranten das Feuer. Es gab eine Anzahl Tote und Verwundete, die ersten Blutzegen des ungarischen Freiheitswillens. So entwickelte sich aus der friedlichen Demonstration ein Aufstand. Es muß betont werden:

In Ungarn wurde keine Revolution geplant, provoziert oder vorbereitet. Der Volksaufstand brach spontan aus, nachdem die Sicherheitspolizei das Feuer auf die Demonstranten eröffnet hatte. Ein Teil der wütenden Menge entwaffnete die Ordnungs-Polizei, andere griffen Munitionslager an. Die zur Verstärkung der ÁVO herbeigeführten ungarischen Truppen gingen zu den Demonstranten über. Etwa um 23.00 Uhr des 23. Oktober wurde das Rundfunk-Gebäude von Demonstranten mit leichten Waffen angegriffen. Am 24. Oktober um 8.00 Uhr morgens stürmten die Demonstranten mit der Unterstützung der „Dózsa György-Militärakademie“ das Rundfunk-Gebäude. Während der erbitterten Kämpfe um das Rundfunk-Gebäude schalteten sich um 2.00 Uhr morgens des 24. Oktober sowjetische Truppen in die Kämpfe in Budapest ein. Indessen wurde allgemein verlangt, daß Imre Nagy eine neue Regierung bilden solle. Bereits am frühen Morgen des 24. Oktober meldete der ungarische Rundfunk, daß „Imre Nagy auf einer nächtlichen Sitzung des Zentralkomitees der Ungarischen Arbeiter-(Kommunistischen)Partei als nächster Vorsitzender des Ministerrats vorgeschlagen worden sei“. Um 8.45 Uhr desselben Tages meldete der Budapester Rundfunk, daß Standgerichte eingesetzt worden seien. Diese Verordnung, so verkündete der Rundfunk, wurde von „Imre Nagy, Vorsitzender des Ministerrates“, unterzeichnet. Nach dieser Meldung wurde um 9.00 Uhr morgens bekanntgegeben, daß die Regierung „die Hilfe von sowjetischen Formationen erbeten habe, die in Ungarn stationiert sind“. Es wurde also geleugnet, daß sich die sowjetischen Truppen bereits kurz nach Mitternacht in den Kampf eingeschaltet hatten. Es sollte der Eindruck erweckt werden, daß Imre Nagy die Sowjettruppen um Intervention ersucht hatte.

Die Kämpfe dauerten an. Am 25. Oktober kam es zu einem weiteren ernstem Zwischenfall. Die ÁVO und die sowjetischen Truppen eröffneten plötzlich am Vormittag das Feuer auf die vor dem Parlamentsgebäude demonstrierenden Massen. Die Demonstranten, die unbewaffnet waren, waren meist Jugendliche, Frauen und Kinder. Dieses Blutbad, bei dem mehrere hundert Personen ums Leben kamen, empörte die Ungarn. Die Bevölkerung von Budapest verlangte den Rücktritt Imre Nagys. Imre Nagy war aber unschuldig. Das Volk konnte nicht wissen, daß Imre Nagy zu diesem Zeitpunkt Gefangener der Staatssicherheitspolizei war. Nachdem immer mehr Ein-

heiten des Militärs sich auf die Seite der Aufständischen gestellt hatten und Oberst Pál Maléter einen legendären Kampf gegen die russischen Panzer bei der Verteidigung der Kilián-Kaserne geführt hatte, war der Sieg der Revolution nicht mehr aufzuhalten. Am 25. Oktober mußte der Erste Parteisekretär Ernő Gerő abdanken. Sein Nachfolger wurde der frühere Innenminister János Kádár, der 1951 von Rákosi eingekerkert und 1954 von Imre Nagy freigelassen worden war. Am 27. Oktober bildete Imre Nagy seine Regierung um, die sich aus Kommunisten und Nicht-Kommunisten zusammensetzte. Von 27 Minister- und stellvertretenden Ministerpräsidenten-Posten wurden 7 durch Nicht-Kommunisten besetzt. Dem neuen Kabinett gehörten Zoltán Tildy, der frühere Staatspräsident, Béla Kovács, der frühere Generalsekretär der Kleinlandwirte, József Bognár von der ehemaligen Kleinlandwirte-Partei und Ferenc Erdei von der ehemaligen Nationalen Bauernpartei an. Die überwiegende Mehrzahl der Kabinettsmitglieder waren Kommunisten; sogar „Stalinisten“ wurden aufgenommen. Die Nicht-Kommunisten galten aber nicht als Vertreter ihrer Parteien, sie erhielten ihr Amt als Persönlichkeiten. Das Zentralkomitee kündigte am selben Tag (27. Oktober) an, daß die Regierung über den Abzug der Sowjettruppen mit der Sowjetunion Verhandlungen führen würde. Am 28. Oktober ordnete Imre Nagy die sofortige Einstellung des Feuers an.

Die Verhandlungen mit Mikojan und Suslow, die sich seit dem 24. Oktober in Budapest aufhielten, verliefen günstig. Mikojan und Suslow, die Ernő Gerő am 26. Oktober zum Rücktritt zwangen, kündigten an, daß die sowjetischen Einheiten den Befehl zum Verlassen Budapests erhalten würden. Die Sowjettruppen begannen am 28. Oktober in der Tat, die Hauptstadt zu verlassen. Am gleichen Tag gab Imre Nagy die Auflösung der Staatssicherheitspolizei (ÁVO) bekannt, die am nächsten Tag, dem 29. Oktober, bereits durchgeführt wurde. Imre Nagy war mit dieser Tat einem der innigsten Wünsche der Bevölkerung nachgekommen, denn das ganze Volk forderte die Liquidierung der ÁVO. Die aufgelöste Staatssicherheitspolizei versuchte rasch in Zivilkleidung unterzutauchen. Viele flüchteten in die Tschechoslowakei, da sie die Rache des Volkes fürchteten. Es muß festgestellt werden, daß es zu furchtbaren Szenen kam. Mehrere hohe ÁVO-Offiziere wurden öffentlich hingerichtet. Diese Scheußlichkeiten sind aus der aufgestauten Wut der Bevölke-

rung über die langjährigen Gewalttaten, Justizmorde, Verfolgungen und die frühere Lynchjustiz zu erklären. Nach der Auflösung der ÁVO öffnete man die Tore der Gefängnisse, um die politischen Gefangenen zu befreien. So wurde auch am 30. Oktober 1956 Erzbischof Kardinal József Mindszenty, der 1949 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden war, freigelassen. Mindszenty nahm seine Amtsgeschäfte sofort auf und richtete bereits am 1. November eine Botschaft an das ungarische Volk. Die kommunistische Propaganda maß Mindszenty während der Revolution eine große Rolle bei. In der Tat führte Mindszenty zwar mehrere Gespräche mit maßgebenden Politikern — Zoltán Tildy, Pál Maléter u. a. —, eine wichtige politische Rolle spielte er jedoch nicht.

Am 29. Oktober 1956 hatte der Aufstand gesiegt: die Sowjets begannen ihre Truppen aus Budapest zurückzuziehen, und am 30. Oktober erließ die Sowjetregierung eine Erklärung, ... „in der sie die bisherigen Methoden der Behandlung der ‚Verbündeten‘ verurteilte und eine sich auf Gleichberechtigung stützende Zusammenarbeit versprach“. Imre Nagy verzichtete auf das kommunistische Parteimonopol zur Führung des Staates, verkündete das Mehrparteiensystem und bildete am 30. Oktober sein Kabinett erneut um. Dem neuen Kabinett gehörten nur 6 Mitglieder an, hiervon 3 Kommunisten (Imre Nagy, János Kádár und Géza Losonczy), 2 ehemalige Mitglieder der Kleinlandwirte-Partei (Zoltán Tildy und Béla Kovács) und ein ehemaliges Mitglied der Nationalen Bauernpartei (Ferenc Erdei). Die Sozialdemokraten, die unter der Führung von Anna Kéthly am 30. Oktober ihre Partei reorganisierten, lehnten es zunächst ab, in das Kabinett einzutreten. Auf Imre Nagys Vorschlag löste János Kádár am 1. November die Kommunistische Partei auf. Unter seiner Leitung entstand die „Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei“. Die neue Partei — so betonte Kádár — würde die Sache des Sozialismus und der Demokratie vertreten. „... nicht durch sklavische Nachahmung fremder Beispiele, sondern dadurch, daß sie einen Weg geht, der den wirtschaftlichen und historischen Gegebenheiten unseres Landes entspricht. ... Wir wollen nicht länger abhängig sein, wir wollen nicht, daß unser Land ein Schlachtfeld wird“. Nach der Proklamation des Mehrparteiensystems wurden freie Wahlen angekündigt. Dieser Schritt wurde auch von János Kádár gebilligt.

Am 1. November übernahm Imre Nagy das Außenministerium selbst. Am selben Nachmittag faßte der Ministerrat unter dem Vorsitz von Imre Nagy den Beschluß, aus dem Warschauer Pakt auszutreten und Ungarns Neutralität zu proklamieren. Dieser Beschluß des Ministerrates wurde dem sowjetischen Botschafter und den in Ungarn akkreditierten diplomatischen Vertretern übermittelt. Gleichzeitig wurden sie darüber unterrichtet, daß Imre Nagy... „an die Vereinten Nationen eine Bitte um Hilfe der vier Großmächte bei der Verteidigung der ungarischen Neutralität gerichtet habe.“ Am Abend des 1. November 1956 verlas Imre Nagy die Neutralitätserklärung über den Rundfunk. Mit der Neutralitätserklärung sowie mit der Kündigung des Warschauer Paktes waren alle Parteien und das ganze Kabinett, dem auch János Kádár angehörte, einverstanden. Es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, daß Kádár gegen diesen Beschluß gestimmt hat. Er selbst hielt um 22.00 Uhr am 1. November eine Rundfunkrede, in der er das Programm seiner neuen Partei, der „Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei“, vorstellte. Seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß er den Entschluß der Regierung Imre Nagys billigte, er forderte sogar die demokratischen Parteien auf, „... die Regierung festigen zu helfen und damit die drohende Gefahr einer Intervention von außen abzuwenden“. Am 3. November bildete Imre Nagy zum letztenmal sein Kabinett um. Es setzte sich jetzt aus vier Parteien zusammen: Kommunisten (Imre Nagy, Géza Losonczy und János Kádár), Kleinlandwirte-Partei (Zoltán Tildy, Béla Kovács und István B. Szabó), Sozialdemokraten (Anna Kéthly, Gyula Kelemen und József Fischer), Nationale Bauernpartei (István Bibó, Ferenc Farkas und Ferenc Erdei) und dem Parteilosen General Pál Maléter, der das Verteidigungsministerium übernahm.

Nach der Kündigung des Warschauer Paktes und der Neutralitätserklärung hörte plötzlich der am 28. Oktober begonnene Abzug der sowjetischen Truppen auf. Ab 1. November wurden neue sowjetische Militäreinheiten nach Ungarn geleitet, die strategisch wichtige Stellen besetzten. Imre Nagy protestierte gegen diese Maßnahmen der Sowjets. Einen Gegenangriff der ungarischen Streitkräfte ordnete er jedoch nicht an, um die am 3. November über den Rückzug der sowjetischen Truppen begonnenen Verhandlungen nicht zu gefährden. Während immer mehr neue sowjetische Truppen nach Ungarn einström-

ten — am 3. November 1956 befanden sich dort bereits etwa 2500 sowjetische Panzer und 1000 Nachschubfahrzeuge —, wurden die Verhandlungen in Budapest mit sowjetischen Vertretern über den Abzug der Sowjettruppen aus Ungarn fortgesetzt. Es schien, als ob die Verhandlungen zum Erfolg führen würden. Nur noch einige technische Einzelheiten sollten besprochen werden: militärische Ehren für die Sowjettruppen bei ihrem Rückzug, Wiedererrichtung der zerstörten Sowjetdenkmäler usw. Die Sowjets verlangten, das Gespräch im Quartier des sowjetischen Oberkommandos in Tököl zu Ende zu führen. Eine Delegation, die sich aus dem Verteidigungsminister Gene-

ral Pál Maléter, Finanzminister Ferenc Erdei, Generalstabschef István Kovács und Oberst Miklós Szücs zusammensetzte, begab sich am Abend des 3. November 1956 dorthin, um mit den Sowjets — General Malinin, Generalleutnant Stepano und Generalmajor Schelbanin — den Vertrag abzuschließen. Zu Ehren der ungarischen Delegation gaben die Sowjets in Tököl ein Bankett.

Um Mitternacht wurde die Festlichkeit durch die Ankunft des Chefs der sowjetischen Sicherheitspolizei, General Serow, unterbrochen, der den Saal in Begleitung von NKWD-Offizieren betrat und die Verhaftung der ungarischen Delegation anordnete.

## Die Niederwerfung des Aufstandes

Während die ungarische Delegation in Tököl festgehalten wurde, begann der Aufmarsch sowjetischer Panzer in Richtung Budapest. Imre Nagy berief etwa um 3.00 Uhr morgens am 4. November eine Kabinettsitzung ein. Das Kabinett beschloß, den sowjetischen Truppen militärischen Widerstand zu leisten. Den Beschluß des Kabinetts verkündete Nagy um 5.20 Uhr morgens über den Rundfunk und gab bekannt, daß die Sowjettruppen Budapest „... mit der eindeutigen Absicht, die gesetzmäßige demokratische Regierung der Ungarischen Volksrepublik zu stürzen“, angegriffen hätten. Er teilte weiter mit, daß die ungarischen Truppen im Kampf stünden und daß er den UN-Generalsekretär Dag Hammarskjöld über die sowjetische Intervention informiert habe.

Trotz der großen Übermacht der Sowjets leisteten die ungarischen Armee-Einheiten, von den Freiheitskämpfern unterstützt, einen erbitterten Widerstand. Es wurden Straßenbarrikaden errichtet; Kinder, Frauen, Männer, Arbeiter, Studenten, Intellektuelle und Soldaten, das heißt das ganze Volk, beteiligten sich an dem Freiheitskampf. Um 7.57 Uhr (am 4. 11. 1956) richtete der ungarische Schriftsteller-Verband ein Manifest in englischer, deutscher und russischer Sprache an die Schriftsteller und Gelehrten der Welt, um sie zur Hilfe für das ungarische Volk aufzurufen. Kurz nach dieser Meldung besetzten die Sowjettruppen die wichtigsten Ämter, Parlamentsgebäude, Rundfunkgebäude und Haupttelefonämter der Hauptstadt. Imre Nagy flüchtete in die jugoslawische Botschaft, Kardinal Mindszenty bat bei der USA-Gesandtschaft um

Asyl. Die Kämpfe dauerten weiter an. Budapest leistete bis zum 7. November einen erbitterten Widerstand, einige Gruppen kämpften sogar noch Anfang Dezember. In den Provinzstädten (Csepel, Sztálinváros u. a.) verteidigten sich die Freiheitskämpfer bis 9. November, in den Bergen (Bakony, Pilis, Mecsek) kämpften einzelne Einheiten sogar noch im Januar 1957.

Die Zahl der Gefallenen war groß. Allein in den Kämpfen seit dem 4. November hatten über 20 000 Ungarn und 5000 sowjetische Soldaten den Tod gefunden. Tausende wurden nach der Sowjetunion deportiert und etwa 190 000 Ungarn flüchteten ins Ausland; vorwiegend nach Österreich; einige Tausende gelangten nach Jugoslawien.

Zusammenfassend können wir feststellen: Am 23. Oktober 1956 fand eine Sympathie-Kundgebung für Polen statt. Aus dieser friedlichen Demonstration entwickelte sich ein bewaffneter Volksaufstand. Die ersten Schüsse gab die Staatssicherheitspolizei (ÁVO) auf die unbewaffneten Demonstranten ab. Es kam zu einem spontanen nationalen Aufstand, der von niemandem geplant worden war; er wurde von Studenten, Arbeitern, Intellektuellen und Soldaten geführt. Der Aufstand war weder eine reaktionäre „Konterrevolution“ noch wurde er vom westlichen Ausland inspiriert. Um Hilfe der Sowjettruppen wurde nicht gebeten. Diese griffen am 24. Oktober in Ungarn ein, um das kommunistische Regime zu retten. Bis zum 30. Oktober siegte der Volksaufstand, das bisherige System wurde beseitigt und die Grundlage der Demokratie gelegt. Auf demokratischer Grundlage kündigte Ungarn den

Warschauer Pakt und proklamierte seine Neutralität. Die Sowjets erweckten den Eindruck, daß sie dies akzeptierten, als sie am 3. November mit einer ungarischen Delegation über den Abzug ihrer Truppen verhandelten. Durch die Festnahme der ungarischen Delegation ver-

letzten die Sowjets das internationale Völkerrecht. Am 4. November 1956 erfolgte die zweite sowjetische Intervention. Die gesetzmäßige demokratische Regierung wurde (mit Gewalt) vertrieben, die Sowjets setzten eine kommunistische Regierung unter János Kádár ein.

## Die Regierung János Kádár

Am 4. November 1956 um 5.05 Uhr meldete ein unbekannter Rundfunksender folgendes:

„Wir, die Unterzeichneten Antal Apró, János Kádár, István Kossa und Ferenc Münnich, alle ehemalige Minister der Regierung Imre Nagy, teilen euch mit, daß wir am 1. November 1956 unsere Beziehungen zu dieser Regierung abgebrochen, diese Regierung verlassen und die Initiative ergriffen haben, die ungarische revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung zu bilden.“ — Um 6.00 Uhr morgens meldete sich derselbe Sender und gab bekannt, daß Kádár eine neue Regierung gebildet habe. (Ihr gehörten an: János Kádár, Dr. Ferenc Münnich, György Marosán, István Kossa, Imre Horváth, Imre Dögei, Antal Apró und Sándor Rónai.) Kádár erklärte, daß seine Regierung die Hilfe der Sowjettruppen erbeten habe, um die reaktionären Kräfte zu vernichten.

Es ist anzunehmen, daß Kádár sich während der Regierungsbildung in Szolnok aufgehalten hat. Nach Budapest kehrte er am 7. November 1956 zurück. Seine Regierung wurde erst am 12. November 1956 vom Präsidialrat ernannt. Rechtlich gesehen war seine Regierung zwischen dem 4. und 12. November völlig illegal und nichts anderes als eine Verschwörergruppe. Für die Herstellung der Ordnung sorgten zunächst die Sowjets. Die Kontrollbehörde war das sowjetische Militärkommando. Außer den Mitgliedern der ehemaligen Staatssicherheitspolizei, einigen höheren Armee-Offizieren und einer unbedeutenden Zahl von Funktionären unterstützte niemand das Kádár-Regime; im Land herrschte der Generalstreik. Die Arbeiter weigerten sich, die Arbeit aufzunehmen, bevor ihre Forderungen erfüllt würden. Sie verlangten den Abzug der Sowjettruppen, freie Wahlen und die Rückkehr Imre Nagys. Um diese Forderungen weiter aufrechtzuhalten, wurde am 14. November der Arbeiterrat von Groß-Budapest gegründet. Dieser führte ständig Verhandlungen mit János Kádár.

Das Verhältnis des Arbeiterrates zu Kádár verschlechterte sich erheblich, als am 22. No-

vember 1956 Imre Nagy und weitere 40 Personen — unter ihnen Georg Lukács —, die nach dem 4. November in die jugoslawische Botschaft geflüchtet waren, beim Verlassen des Botschaftsgebäudes von sowjetischen Soldaten verhaftet wurden. Imre Nagy und die anderen Gefangenen wurden nach Rumänien deportiert.

Als man die Ruhe im Lande nicht herzustellen vermochte, griffen die Sowjets zu strengen Maßnahmen: Es wurden Massenverhaftungen durchgeführt und viele in die Sowjetunion deportiert. Die ungarische Armee, die sich schon während bzw. nach dem Volksaufstand teilweise aufgelöst hatte, wurde von dem damaligen Minister für die bewaffneten Streitkräfte, Ferenc Münnich, vollends aufgelöst bzw. umorganisiert. Eine neue Sicherheitspolizei, der meist ehemalige ÁVO-Offiziere und -Unteroffiziere angehörten, wurde aufgestellt.

Der politische Druck begann unerträglich zu werden. Der Arbeiterrat von Groß-Budapest protestierte gegen die Verhaftungen, Deportationen und Verschleppungen mit einem 48-stündigen Streik. Der Proteststreik, der für den 11. und 12. Dezember angekündigt wurde, veranlaßte János Kádár zur Herausgabe eines Erlasses, der Arbeiterräte, die über den eigenen Betrieb hinausgingen, abschaffte und für Streik die Todesstrafe einführte. Am 20. Dezember ließ Kádár ein staatliches Informationsbüro einrichten, das die Presse zu überwachen hatte. Der Revolutionsrat der Intellektuellen wurde am 9. Dezember 1956, der Schriftstellerverband am 21. April 1957 aufgelöst. Der berühmte Petöfi-Club mußte seine Arbeit einstellen. Jede Opposition wurde sofort unterdrückt. Trotzdem vermochte sich das Kádár-Regime nicht zu stabilisieren. So wurden weitere Repressalien eingeleitet. Durch Gesetzesverordnungen wurden — trotz Kádárs Amnestie vom 4. November 1956 — Internierungslager eingerichtet; mit den Prozessen gegen die Freiheitskämpfer wurden Militärgerichte beauftragt. Seit März 1957 durfte die Staatssicherheitspolizei wieder Todes-

urteile fällen. Der Notstand wurde verhängt (15. Januar 1957). Die Sonderkammern wurden ermächtigt, Freiheitskämpfer ohne schriftliche Anklage zum Tode zu verurteilen. Mißhandlungen von kommunistischen Parteifunktionären wurden als „aktive Teilnahme an einer auf den Sturz der volksdemokratischen Staatsordnung gerichteten widerrechtlichen Vereinigung“ qualifiziert. Jugendliche von 14 Jahren wurden vor Gericht gestellt und mehrere hingerichtet. Bis Mitte 1957 erreichte die Zahl der Hingerichteten, Eingekerkerten, in Zwangsarbeitslager Eingewiesenen, innerhalb Ungarns sowie nach der Sowjetunion Deportierten mehr als 60 000.

Zahlreiche Intellektuelle, Schriftsteller, Journalisten, Professoren, Künstler und Geistliche wurden verhaftet. Der Journalist Gábor Tolly wurde Anfang Juli hingerichtet, der bekannte Schriftsteller Tibor Déry am 13. November 1957 zu neun Jahren Gefängnis, am selben Tag der Dramatiker Gyula Házy zu sechs Jahren, die Schriftsteller Zoltán Zelk und Tibor Tardos zu drei bzw. 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. Etwa 50 Schriftsteller und Journalisten wurden verhaftet und eingekerkert. Mitte Juli 1957 wurde eine Anzahl von Wissenschaftlern verurteilt, u. a. Dr. László Bede zu 15 Jahren Gefängnis, András Zoltán zu 2½ Jahren Gefängnis, der Rektor Dávid Süveges zu 2 Jahren Gefängnis. Der Rektor der Universität in Szeged, Prof. Dr. Dezső Baróti, sowie der bekannte Chemiker Prof. Dr. Gábor Fodor wurden aus der Universität entfernt und unter Hausarrest gestellt.

Ähnlich rigoros ging man auch gegen die Künstler vor. Der Regisseur des Stadttheaters von Győr, Gábor Földes, wurde zum Tode verurteilt, Ági Mészáros, Ferenc Bessenyei, Miklós Szakács und 13 weitere Schauspieler erhielten hohe Gefängnisstrafen. Der verfolgte junge Schauspieler Imre Soós und seine Frau begingen Selbstmord. Zahlreiche prominente Geistliche wurden verhaftet, verfolgt und eingekerkert. Unter den Internierten befanden sich u. a. der katholische Bischof von Vác, József Péteri, der Abt von Zirc, Vendel Erdélyi, die beiden Sekretäre Kardinal József Mindszenty, Dr. Andreás Zakar und Dr. Egon Turcsányi, der katholische Theologie-Professor Dr. István Tabódi.

Der reformierte Bischof Dr. László Ravasz erhielt Hausarrest, die reformierten Theologie-Professoren D. Dr. Barna Nagy und László Papp wurden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Der Pfarrer Lajos Gulyás wurde hingerichtet.

Das Kádár-Regime verschonte auch die Juden nicht. Im Februar 1957 wurden 4 jüdische Professoren verhaftet. Sie hatten sich geweigert, das vom Regime herausgegebene „Weißbuch“ zu billigen, in dem behauptet wurde, daß es während der Oktober/November-Tage 1956 zu antisemitischen Pogromen gekommen sei.

Der politische Terror des Kádár-Regimes erreichte seinen Höhepunkt, als am 17. Juni 1958 Imre Nagy, General Pál Maléter und zwei weitere Personen in Geheimprozessen zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden.

Das am 4. November 1956 von Kádár gebildete Kabinett, das sich aus nur 7 Ministern zusammensetzte, wurde am 31. Dezember 1956 umgebildet. Die Zahl der neuen Kabinettsmitglieder wurde auf 16 erhöht, von denen jedoch nur 5 Minister waren. Die übrigen Ministerien wurden von Regierungskommissaren verwaltet. Erst am 5. Mai 1957 war das Kabinett vollständig. Neben dem Ministerpräsidenten, zwei stellvertretenden Ministerpräsidenten und dem Präsidenten des Planungsbüros wurden 17 Ressortministerien eingerichtet. Die überwiegende Mehrheit des Kabinetts vom 9. Mai 1957 bestand aus Stalinisten, die während der Rákosi-Ära wichtige Ämter innehatten. Es kam zwischen Kádár und den Stalinisten zu einer Machtprobe. Kádár gelang es nicht, sich zu behaupten, und er war gezwungen, aus „gesundheitlichen Gründen“ das Amt des Ministerpräsidenten am 27. Januar 1958 an den sowjetischen Staatsbürger Dr. Ferenc Münnich abzugeben. Münnich bildete am 28. Januar 1958 sein Kabinett. János Kádár blieb 1. Sekretär der „Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei“ (USAP) und erhielt den Posten eines Staatsministers. Seit seinem Rücktritt als Ministerpräsident bemühte er sich um die Beseitigung der Stalinisten, zunächst ohne nennenswerten Erfolg. So ist es zu erklären, daß der VII. Parteikongreß (vom 30. November bis 5. Dezember 1959) völlig unter dem Einfluß der Stalinisten und Rákosi-Anhänger stand. Die während des Volksaufstandes etwa eine Million Mitglieder zählende KP konnte sich nur allmählich regenerieren. Die neue „Ungarische Sozialistische Arbeiter-Partei“ hatte kaum Anhänger; zur Zeit (1966) zählt sie etwa 520 000 Mitglieder. Die kommunistische Jugendorganisation (DISZ) zerfiel in den Oktober/November-Tagen 1956 ebenfalls und wurde 1957 unter dem Namen „Bund der Kommunistischen Jugend“ (KISZ) neu gegründet.

Es kann also festgestellt werden: Trotz der von Kádár verkündeten Amnestie begann die-

ser nach seiner Machtübernahme mit der Verfolgung der Freiheitskämpfer. Die Errungenschaften der Arbeiter, Intellektuellen und Studenten, die während der Oktober/November-Tage 1956 erkämpft und von Kádár am 4. November 1956 anerkannt worden waren, wurden bald wieder beseitigt. Die Arbeiterräte wurden aufgelöst und Streik mit dem Tode bestraft. Verhaftungen, Deportationen, Verfolgungen und Verschleppungen waren an der Tagesordnung. Der Notstand wurde verhängt; ohne schriftliche Anklage konnten Personen zum Tode verurteilt werden, der neu gegründeten Staatssicherheitspolizei wurde erlaubt, Todesurteile zu fällen. Arbeiter, Studenten, Priester und Intellektuelle, Frauen, Männer und sogar Jugendliche unter 16 Jahren wurden deportiert, eingekerkert, ja hingerichtet. Die Zahl der Eingekerkerten, Deportierten, Verschleppten und Hingerichteten stieg auf Zehntausende an. Bis 1960 war das Leben in Ungarn kaum zu ertragen, erst ab 1960 wurde es erträglicher.

Kádár gelang es, das Vertrauen Chruschtschows zu gewinnen und sich nach hartem innerparteilichem Kampf endlich zu behaupten. Sein Nachfolger Ferenc Münnich mußte abdanken. Kádár bildete das neue Kabinett am 13. September 1961. Er ist ein geschickter Politiker; ihm ist es gelungen, den Eindruck zu erwecken, daß er ein liberaler Kommunist ist. Auf dem VIII. Parteikongreß vom 20. bis 25. November 1962 verkündete er sein berühmtes Programm: „Wer nicht gegen uns ist, ist mit uns.“

Der VIII. Parteikongreß nahm ein neues Programm an; den Parteimitgliedern wurde erlaubt, aus der Partei auszutreten, die „Zentrale Kontrollkommission“ wird in Zukunft nicht vom ZK, sondern direkt vom Kon-

## Die jüngsten Ereignisse

Seit dem Sturz Chruschtschows (1964) wird sowohl in der Sowjetunion als auch in den Ostblockstaaten von seiten der Regierung und der Partei wieder ein harter Kurs verfolgt. In Polen wurde gegen Kardinal Wyszynski eine Hetzkampagne und gegen die Katholische Kirche ein scharfer Kulturkampf eingeleitet. Die Sowjets verlangen von den ungarischen Kommunisten, daß sie ähnlich vorgehen. Es wurden einschneidende wirtschaftliche und politische Maßnahmen getroffen. Die Preiserhöhungen bei wichtigen Produkten bis zur Höhe von 50 % lösten bei der

groß gewählt, das ZK darf zwischen zwei Kongressen höchstens ein Zehntel seiner Mitglieder kooptieren. Im Frühjahr 1963 wurden durch einen ZK-Beschluß die ehemaligen kommunistischen Funktionäre, die während der Rákosi-Diktatur gesetzwidrig eingekerkert und hingerichtet worden waren, rehabilitiert. Für die unschuldig verurteilten Parteilosen erließ man am 22. März 1963 eine „Allgemeine Amnestie“. Durch diese erlangten mehrere tausend Personen wieder die Freiheit. Auch zwischen Staat und Kirche besserte sich das Verhältnis, ohne daß darum die Verfolgung der Kirche aufgehört hätte.

Im November 1962 erklärte Kádár, die Grundlagen des Sozialismus seien gelegt, die Hauptaufgabe sei nun die Festigung der nationalen Einheit. 1960 wurde die direkte Verfolgung der „Klassenfeinde“ eingestellt. Bei der Besetzung leitender Posten sollte in erster Linie die fachliche Qualifikation berücksichtigt werden. Dies führte zu Gegensätzen in der Partei, weil das Partei-Statut die Kommunisten verpflichtet, den Staat und die Wirtschaft zu leiten und zu kontrollieren. Wenn sie die notwendige Qualifikation nicht besitzen, können sie keine führende Stellen besetzen und können so ihre Pflichten gegenüber der Partei nicht erfüllen.

Es kann nicht geleugnet werden, daß sich zwischen 1957—1965 vieles geändert hat und eine gewisse „Liberalisierung“ Fortschritte sowohl im geistigen als auch im materiellen Leben gebracht hat. Als Zeichen der „Liberalisierung“ öffneten sich die Grenzen für viele tausend Bürger; bereits 1964 durften mehr als 700 000 Ungarn das Ausland besuchen. Der Lebensstandard besserte sich — bis Ende 1965 —, besonders in der Hauptstadt. Man darf allerdings keine Vergleiche mit den Ländern Westeuropas anstellen.

Bevölkerung große Besorgnis und Unzufriedenheit aus. Am 9. Januar 1966 demonstrierten Arbeiter und Studenten in Csepel dagegen, Um weitere Unruhen und Demonstrationen zu vermeiden, ließ das Kádár-Regime eine größere Anzahl von Personen verhaften. Man glaubte, durch diese Maßnahmen die Ruhe im Lande herstellen zu können. Zunächst weigerte sich die Regierung zuzugeben, daß am 9. Januar 1966 eine Demonstration stattgefunden hatte und mehrere Personen in Haft genommen worden waren. Das Regime befürchtete, daß ehemalige Freiheitskämpfer, die erst nach der Am-

nestie von 1963 freigelassen worden waren, bei den wegen der wirtschaftlichen Maßnahmen unzufriedenen Massen eine wichtige Rolle spielen könnten. Um sie unschädlich zu machen, bereitete man eine Verhaftungswelle gegen sie vor. Noch am 2. Januar 1966 dementierte die ungarische Regierung die Verhaftungen, war aber am 19. Februar 1966 dann doch gezwungen, eine umfangreiche Erklärung zur veröffentlichen: „Es ist unbestreitbar, daß es eine — wenn auch verhältnismäßig dünne — Schicht gibt, die unserem Regime feindlich gegenübersteht. Ein kleiner Teil der durch die Amnestie freigewordenen politischen Verurteilten hat schon im Gefängnis die Verbindung untereinander hergestellt und wird sich — zwar vorsichtig, aber ihre Gedanken austauschend — auf eine eventuelle ‚Großaktion‘ vorbereiten.“

Man mußte endlich zugeben, daß mehrere Priester und prominente Persönlichkeiten, darunter „Verschwörer“, die dem Regnum-Marianum-Kreis angehörten, der ehemalige Vertraute des Kardinals Mindszenty, László Emödy, und der Pressechef Imre Nagys, Miklós Vásárhelyi, verhaftet wurden. Alle diese Personen waren nach 1956 eingekerkert und 1963 amnestiert worden. „Népszabadság“ schreibt: „Es war notwendig, gegen mehrere Personen wieder ein Verfahren einzuleiten und sie zu mahnen. Obwohl sie früher begnadigt wurden — wie z. B. Miklós Vásárhelyi —, mußten sie wieder verhaftet werden, weil sie offen gegen unsere Volksdemokratie gehetzt haben. Eine derartige gegen das Regime gerichtete Aufwiegelung konnten wir in der letzten Zeit mehrmals feststellen; die Feinde unseres Volkes haben vielleicht gemeint, sie können ungestraft feindliche Gesinnung verbreiten und gegen die gesetzlichen Verordnungen hetzen.“

Die Verhaftungen sind als Warnung an politische Gegner des Regimes in Ungarn vor

Aktionen wie im Oktober/November 1956 zu betrachten. Die Kommunisten beseitigen die eventuell „gefährlichen Personen“ und geben das auch offen zu: „Unser Staat wird solche Gestalten mitleidlos niederschlagen; für solche Angriffe gegen unser Volk und System kann es keine Entschuldigung geben.“

Gerüchte wollen wissen, daß innerhalb des ZKU eine Spaltung eingetreten sei, daß es einen weichen und einen harten Kurs gäbe und daß die Verhaftungen darauf zurückzuführen seien. In Wirklichkeit aber herrscht beim ZKU volle Übereinstimmung. Kádár hat unter den Kommunisten keine Opposition mehr. Die Verhaftungen sind mit dem allgemeinen verschärften Kurs des Ostblocks zu erklären.

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Seit Kádárs Ablösung als Ministerpräsident durch Gyula Kállai (1965) herrscht in Ungarn wieder Zwang und Unterdrückung, und zwar sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht. Sie lösten bei der Bevölkerung Unzufriedenheit und Besorgnis aus. Es kam zu Demonstrationen der Arbeiter und Studenten, ähnlich wie 1956. Das Kádár-Kállai-Regime reagierte darauf wieder mit Verhaftungen. Als Gründe wurden „Umsturzversuche“, ja „Verschwörung“ angegeben.

In Wirklichkeit wagt in Ungarn niemand eine Verschwörung, und es besteht auch keine Möglichkeit, eine solche anzuzetteln. Aber die Situation ist labil. Das ungarische Volk ist zehn Jahre nach dem Volksaufstand wieder enttäuscht. Es muß sich damit abfinden, daß das Regime nicht gewillt ist, eine größere politische, wirtschaftliche und persönliche Freiheit zu gewähren. Die Kommunisten wollen vermeiden, daß die Unzufriedenheit und die freie Kritik des Volkes zu einem Ausbruch und zu einer ähnlichen Massenbewegung führt wie vor zehn Jahren im Oktober/November 1956.

## Die ideologische Diskussion der ungarischen Revolution 1956

Ein Jahrzehnt nach der ungarischen Erhebung sind viele Zusammenhänge klarer geworden. Aus dieser erweiterten Einsicht soll im folgenden der Versuch gemacht werden, die Rolle der ideologischen Diskussion im Ablauf dieser Erhebung zu untersuchen.

Der ungarische Volksaufstand von 1956 (23. Oktober bis 4. November 1956) hatte schon einige Monate vorher seine Schatten vorausgeworfen. Man mag über die Wucht und das Ausmaß dieser Revolution letztlich erstaunt sein, aber in den Monaten nach der parteiamtlichen Verurteilung des „Personenkultes“ und nach Chruschtschows Kampfansage gegen alle seine ideologischen Ausflüsse auf dem XX. Parteikongreß (Februar 1956) der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zeichnete sich Zug um Zug eine Entwicklung ab, die in den östlichen Volksdemokratien Unruhe und Gärung auslöste. Der bisherigen einheitlichen ideologischen Ausrichtung und Grundsatzfestigkeit des Ostblocks schien plötzlich der Boden unter den Füßen zu wanken. Über die ideologische Verwirrung und Verschwommenheit, die sich selbst innerhalb der Sowjetunion ausbreitete und plötzlich die Zeitungen füllte, konnten keine Parteibeschlüsse und gesinnungstüchtigen Lippenbekenntnisse zum Marxismus-Leninismus hinwegtäuschen.

Dieses zeitweilige ideologische „Tauwetter“ hat besonders bei der moskauhörigen Oberschicht der Satellitenparteien Ratlosigkeit und Unentschlossenheit Platz greifen lassen, so die freiheitlichen Kräfte der unterdrückten Völker wachgerufen, in den bisherigen Gefügen der Volksdemokratien vordem verdeckte Risse sichtbar werden lassen und den ganzen Sowjetblock in eine offenkundige Krise geführt. Während man im Großteil der östlichen Satelliten den drohenden Unruhen durch eine Lockerung des Kurses, durch eine organisierte „Selbstkritik“ der Stalinisten oder gar durch Parteisäuberungen vorbeugen konnte, flammten in Polen Revolten auf, die schließlich in Ungarn den Auftakt für zunächst friedliche Demonstrationen bildeten und sich in den

nächsten Tagen schon in einen umfassenden Volksaufstand verwandelten.

Es erhebt sich die Frage, welche ideologischen Beweggründe und Triebkräfte in dieser Revolution eine Rolle gespielt haben und wie dieses ideologische Element in das Gesamtbild der ungarischen Erhebung einzuordnen ist. Die Tatsache steht fest, daß die spontane, vorher nicht geplante ungarische Volkserhebung vorwiegend im geistigen Bereich wurzelt und somit einen politischen Charakter getragen hat, aber keineswegs vorwiegend durch wirtschaftliche Triebkräfte wie Not, Elend usw., die mehr in den Hintergrund traten, ausgelöst wurde.

Von ihrem Anbeginn an hat die ungarische Revolution ihrer Bedeutung entsprechend sowohl im Osten wie im Westen ein vielstimmiges und lebhaftes Echo gefunden. Der Problematik des heutigen Zeitgeschehens gemäß verwirren sich die Folgerungen, Antworten und Vermutungen zu einem verschwommenen Bild und widersprechenden Chor. Die Beurteilung der ungarischen „Oktoberereignisse“ scheint sich nach der Überwindung und äußeren Beruhigung der Krise unter „parteiamtlicher“ Leitung und Führung im Ostblock einem allgemeingültigen, von Moskau bestimmten Betrachtungsschema anzugleichen, das aber in jedem Fall den westlichen, oft uneinheitlichen Stimmen und Meinungen widerspricht. Der Großteil der westlichen Arbeiten und Aufsätze beschäftigt sich außerdem fast ausschließlich mit politischen Fragen oder vordergründigen Tatsachen- und Erlebnisberichten und vernachlässigt die ideologische Auseinandersetzung der ungarischen Revolution gänzlich und erwähnt und berührt sie nur am Rande und im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen. Schließlich traten dem Charakter jeder Revolution entsprechend auch im ungarischen Volksaufstand die politischen Forderungen zunächst in den Mittelpunkt des Blickfeldes, und nach der Beseitigung der politischen Hemmnisse sowie der Sicherung der politischen Zielsetzungen der Revolution traten die Fragestellungen nach der ideologischen Seite und dem ideellen Bekenntnis der Revolution im

eigentlichen Sinne erst später auf. Trotz dieses Umstandes kann man aber über die politischen Zielsetzungen und den damit verbundenen Gedankengehalt der ungarischen Revolution, besonders aber über ihre leidenschaftliche Diskussion im Ostblock und vor allem in Ungarn, die sofort nach der militärischen Unterdrückung der Erhebung einsetzte und

sich noch heute nicht beruhigt hat, zu einem einigermaßen abgerundeten Urteil gelangen. Der vorliegende Versuch einer solchen kritisch abwägenden Darstellung beruht auf einer ausführlichen Dokumentation aus — vorwiegend ungarischen — Veröffentlichungen (vor allem Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln) sowie Rundfunksendungen.

## Die ideologischen Aspekte des XX. Parteikongresses der KPdSU

Der XX. Parteikongreß der KPdSU in Moskau bildet den Ausgangs- und Schwerpunkt der ideologischen Untermauerung des „Neuen Kurses“, der sofort nach dem Tode Stalins (1953) einsetzte. Der Abbau der Stalin-Ära war also bereits im Gange, so daß man in keiner Weise von einer plötzlichen Kehrtwendung sprechen kann, sondern nur von einer nachträglichen Rechtfertigung.

Die Entthronung des roten Diktators und die Verdammung seines „Persönlichkeitskultes“ haben vor allem die Kernfrage aufgeworfen, ob die alten kommunistischen Prinzipien, die ja bekanntlich Stalin als „Klassiker“ des Marxismus-Leninismus-Stalinismus „schöpferisch“ weiterentwickelt und auf eine „prinzi-

piell höhere Stufe“ gestellt haben sollte, noch uneingeschränkte Gültigkeit besäßen. Grundsätzlich läßt sich sagen, daß der XX. Parteitag der KPdSU keine Anhaltspunkte für eine Revision der kommunistischen Ideologie des Marxismus-Leninismus bietet und seine Anklage auf einige „Irrtümer“ Stalins beschränkt, die „persönliche Fehler“ und die „dogmatische Grundhaltung“ des alten Diktators verschuldet haben sollten. Die ideologische Kritik und Verurteilung berührt folglich nur die Fehlerquellen, die Stalin aus dem verfehlten und dem Marxismus „fremden“ Persönlichkeitskult, seinem Hang zur Selbstglorifizierung, Dogmatismus und Sektierertum usw., eben gewissen persönlichen, teilweise negativen Charaktereigenschaften, erwachsen seien.

## Die Folgen für die Volksdemokratien

Die angebliche Rückkehr zur reinen Lehre des „ursprünglichen“ Leninismus sowie die Abkehr von den Fehlleistungen des stalinistischen Erbes hatten in den Volksdemokratien ebenfalls eine ideologische Diskussion ausgelöst, die die alte, im Stalinismus erzogene Führungsschicht notgedrungen unter dem Eindruck des sowjetischen Vorbildes und der Moskauer Befehlszentrale sowie dem Druck der öffentlichen Meinung in die schwierige und allerdings peinliche Notlage drängte, ihre bisherige eigene stalinistische Linie abzuleugnen.

Mit durchaus gemischten Gefühlen sahen sich nun die alten Stalinisten der Volksdemokratien widerwillig gezwungen, dem „Personenkult“ und den „stalinistischen Führungsprinzi-

pien“ abzuschwören und somit auf die neue sowjetische Linie einzuschwenken. Fast schlagartig setzte in den Volksdemokratien eine Welle von „Rehabilitierungen“ der wegen „titostisch-faschistischer Umtriebe“ oder wegen anderer Verbrechen verurteilten oder hingerichteten Parteigenossen ein, denen sich Selbstbezeichnungen der Parteiführer sowie Umbildungen und Säuberungen in der obersten Parteileitung zugesellten.

Die „schöpferische“ Theorie von den verschiedenen Wegen zum Kommunismus unter Berücksichtigung der „nationalen Eigenheiten“ jedes Landes wurde dem dogmatischen Stalinismus, dem „Sozialismus in einem Lande“ gegenübergestellt und durch die Berufung auf den „revolutionären“ Leninismus untermauert.

Damit war zum erstenmal der Anspruch der Allgemeingültigkeit des sowjetischen Partei-monopols und Monosozialismus' sowie das stalinistische Erbe Moskaus, als des alleinigen „Hüters des Kommunismus“ sowie „Mekkas des reinen Marxismus“, aufgelockert oder zumindest durchlöchert. Die Folgen machten sich in den Volksdemokratien vorwiegend durch die Forderungen nach „Gleichberechtigung“ und Selbständigkeit der kommunistischen Parteien sowie Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten beim „friedlichen Aufbau des Sozialismus“ bemerkbar.

Gerade dieses Streben nach Selbständigkeit und die Weigerung, sich der unverbrüchlichen Allgemeinverbindlichkeit der sowjetischen Generallinie unter allen Umständen zu unterwerfen, hatte einst zum Bruch mit Jugoslawien, zur völligen Verurteilung dieses „titoistischen Verbrechens“ sowie zur Liquidierung der „titoistisch-faschistischen Menschenräuber“ in allen übrigen Volksdemokratien geführt.

Nun aber sah sich die KPdSU vor die Notwendigkeit gestellt, die „schöpferische“ Wei-

terentwicklung des Marxismus-Leninismus auf dem XX. Parteitag auch in die Tat umzusetzen und die Zügel der geistigen Bevormundung ihrer jüngeren Brüder zu lockern und den Parteien der Volksdemokratien wenigstens auf dem Papier die „Gleichberechtigung auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus“ zuzugestehen. Die Dammbrüche in Polen und Ungarn haben diese Entwicklung zweifelsohne beschleunigt.

Auch mit dem bisherigen Ketzler Tito suchte die Sowjetunion wieder Frieden zu schließen und die Beziehungen neu zu gestalten, nachdem zuvor schon Chruschtschows Canossagang (Mai 1955) die Wege geebnet hatte. Dadurch verstärkte sich der jugoslawische Einfluß auf die Volksdemokratien, der in ideologischer Hinsicht bei den Ereignissen in Polen und Ungarn eine Hauptrolle spielte.

Welche Folgen brachte nun die „Neue Linie“ in Ungarn zur Auslösung? Von vornherein ist festzuhalten, daß das zeitweilige „Tauwetter“ nur von kurzer Dauer war und bald schon von hartem Frost abgelöst wurde.

## Auswirkungen auf die ungarische KP

Unmittelbar nach dem Tode Stalins setzte in Ungarn unter Imre Nagy der „Juniweg“ (1953) ein, der eine Liberalisierung der Politik sowie eine Demokratisierung der Kontrolle durch Staat und Partei verfolgte, allerdings als Rechtsabweichung vom Marxismus-Leninismus gebrandmarkt und schließlich mit der Absetzung Nagys als Ministerpräsident (April 1955) erstickt wurde. Die alte stalinistische Führungsschicht unter Mátyás Rákosi hatte sich an der Macht behauptet.

Als nun aber die Entstalinisierung unter sowjetamtlicher Leitung eingeführt wurde, ist diese Entwicklung von der ungarischen Regierung mit besonderem Widerwillen aufgegriffen und sogar bekämpft worden und letztlich nur durch Druck in Fluß gekommen, der die sowjetischen Statthalter auch in Ungarn vor die Notwendigkeit stellte, wenigstens den Worten nach der Vergangenheit und dem Personenkult abzuschwören.

Wenig später sah sich sogar Rákosi gezwungen, einen großen Schritt weiterzugehen und ein Schuldbekennnis abzulegen:

„Es trifft zu, daß ich den Persönlichkeitskult selbst geduldet und nicht selten gefördert habe. Ich muß es rundheraus sagen... Ich muß offen und ehrlich bekennen, daß ich selbst daran schuld bin, ich, der ich auf dem wichtigsten Posten in der Partei stand...“

Zusammenfassend läßt sich sagen: Solange die stalinistische Führungsschicht die Macht in der Partei behaupten konnte und sich — nicht zuletzt mit Rücksicht auf Schriftsteller und Intellektuelle — gerade nur auf geringfügige Änderungen in der Parteileitung beschränkte und die Sündenböcke unter den sogenannten „Berija-Anhängern“ suchte, mußten alle (Schein-) Zugeständnisse, Rehabilitationen und angekündigten Veränderungen im Keime steckenbleiben. Es blieb im Grunde alles beim alten!

Aber im Volk begann es zu gären. . . Die ungarische kommunistische Partei versuchte die Unruhe nicht zu beschwichtigen und ihre Gefahren einzudämmen, sondern hoffte, mit den Zwangs- und Machtmitteln der Parteidiktatur der Schwierigkeiten des ideologischen „Taufwitters“ Herr zu werden. Doch selbst die Parteimitglieder waren der dauernden geistigen Unterdrückung und Alleinherrschaft der Parteilinie müde, die jede freiheitliche Regung und geistige Auseinandersetzung verdammt und sofort als Verletzung der sozialistischen Parteilichkeit, Rechtsabweichung, Revisionismus, Heuchelei, reaktionäre Bestrebungen usw. unter Strafe stellte. Und während man sogar in der Sowjetunion im Zeichen der Abkehr von der Stalin-Ära die Zügel der Unterdrückung etwas lockerte und die geistige Bevormundung der Intelligenz, wie Schriftsteller und Wissenschaftler, weniger scharf gestaltete, verstrickte sich die kommunistische Regierung Ungarns in verhängnisvolle Widersprüche, indem sie im Gegenteil den bisherigen unnachgiebigen Kurs noch verschärfte.

Greifen wir unter den vielen Beispielen die Haltung der Regierung gegenüber dem parteiamtlichen Schriftstellerverband heraus. Diese Organisation bildete für die Partei einen besonderen Stein des Anstoßes, da die freiheitlichen Stimmen und Diskussionen der Intellektuellen nicht verstummten und schon lange vor dem XX. Parteitag der KPdSU die Regierung immer wieder vor neue und heikle Probleme stellten. Durch die verschärfte Kontrolle der Gesinnungstüchtigkeit der Schriftsteller versuchte auch hier die Partei mit roher Gewalt gegen die geistige Freiheit und die sogenannten „Provokationen“ vorzugehen. Aber die Schriftsteller wollten sich trotzdem der parteiamtlichen Doktrin vom „sozialistischen Realismus“ und der „bolschewistischen Parteilichkeit“ nicht mehr beugen, die jede dichterische Gestaltungskraft erstickt und beschnitten hatte,

so daß die Schriftstellerei schließlich auf die Interpretation der jeweiligen Parteibeschlüsse herabzusinken drohte. Die Schriftsteller mußten lügen . . . zur höheren Ehre der Partei.

Der Kampf der Schriftsteller, die schon immer auf das ungarische Volk einen großen Einfluß hatten, wurde von allen Bevölkerungsschichten mit Sympathie und Begeisterung begrüßt. Die Selbstkritik Rákosis ermutigte die Schriftsteller, die immer offener ihrer Abneigung gegen die „antidemokratischen Methoden“, die das kulturelle Leben des Landes lähmen“ (Tibor Déry), Ausdruck geben und dafür künstlerische Freiheit und die Aufhebung jeglicher „Literaturpolitik“ verlangten. Dabei untermauerten sie ihre Forderungen immer wieder geschickt mit dem Hinweis auf die Ergebnisse des XX. Parteitags der KPdSU und die Abkehr von Dogmatismus und Bürokratie. Im Zeichen dieser Bestrebungen belebten Schriftsteller und Intellektuelle besonders die Veranstaltungen des Petöfi-Klubs. Bei der Wahl des neuen Präsidiums des Schriftstellerverbandes widersetzten sie sich den Vorschlägen der Parteivorschlagsliste und versuchten, sich so überhaupt der Parteikontrolle zu entziehen.

Die Partei ihrerseits zögerte nicht, in Öffentlichkeit, Presse und Rundfunk gegen die Schriftsteller das Feuer zu eröffnen: Viele Schriftsteller seien den verderblichen bourgeoisen Anschauungen erlegen, hätten ihre Seelen dem Westen „verkauft“ und wieder einmal ihre Unfähigkeit, sich der Disziplin und Zucht zu unterwerfen, unter Beweis gestellt. Der Petöfi-Klub — anfänglich geduldet — habe sich allmählich zum Forum der demagogischen und „parteifeindlichen Elemente“ entfaltet, die „zu immer heftigeren Angriffen gegen die Politik unserer Partei und gegen das volksdemokratische System“ übergingen. Kritik an einzelnen Personen sei ein Vorwand zur Unterminierung der Partei selber.

### György Lukács

Diese parteiamtliche Kritik richtete sich auch gegen die kommunistische Intelligenz, die sich — in ihren früheren Idealen enttäuscht — in den Jahren der unbegrenzt stalinistischen Gewaltherrschaft größtenteils von dem als terroristisch erkannten System abgewandt hatte.

Die Gesinnung der kommunistischen Intelligenz, die das Rákosi-Regime in der Stalin-Ära weitgehend unterdrücken konnte, beleuchtet am besten die Haltung György Lukács, des wohl bedeutendsten marxistischen Theoreti-

kers und Wissenschaftlers des Ostblocks überhaupt. Sein Zeugnis ist deshalb von besonderer Bedeutung. Er war unter Rákosi und dessen Chefideologen József Révai als „Idealist“, „Kosmopolit“ usw. ideologisch verfeindet und

verbannt worden. Gerade die bisherige dogmatische „Einengung“ des dialektischen Materialismus bezichtigt Lukács der falschen Parteigebundenheit und Verstümmelung des Marxismus.

## Erschütterung des bisherigen Geschichtsbildes

Selbstverständlich war auch die magyarische Geschichte nach der „Befreiung“ durch die Sowjetunion „umgeschrieben“ und unter Anwendung der sowjetisch-materialistischen Geschichtsbetrachtung erst zur eigentlichen „Wissenschaft“ erhoben worden. Dabei waren vor allem die nationalen Traditionen des ungarischen Geschichtsbewußtseins grundsätzlichen Umdeutungen unterworfen.

Unter den Völkern Ostmitteleuropas nehmen vor allem Polen und Ungarn durch ihr geschichtliches Selbstbewußtsein eine Sonderstellung ein. Sie haben sich seit jeher als Vorkämpfer und Bollwerk des Abendlandes gefühlt. Besonders in der ungarischen Geschichte verschmelzen viele abendländische Einflüsse und Traditionen mit dem magyarischen Nationalbewußtsein, wie zum Beispiel im ungarischen Königtum. Es war selbstverständlich, daß das im Volk tief wurzelnde Nationalgefühl leiden mußte, als man diese national-abendländischen Traditionen plötzlich als „volksfeindliche Kräfte“ hinstellte, ableugnete oder totschwieg und den Freiheitskampf des ungarischen Volkes gegen jahrhundertelange Unterdrückung in den Dienst des kommunistischen Patriotismus (Sowjetpatriotismus der Volksdemokratien) preßte. Die bisherige magyarische Geschichtswissenschaft wurde zur feudalen, klerikalen oder bourgeoisen Ideologie der Reaktion gestempelt und diese „Verfälschungen“ vom Standpunkt der bolschewistischen Parteilichkeit und des materialistischen Betrachtungsschemas „entlarvt“.

Nach dieser neuen Geschichtsideologie sah sich das ungarische Volk in seinem Werdegang und Befreiungskampf hauptsächlich zwei reaktionären Kräften gegenüber: den inneren Gegnern des Hochklerus — Mittelpunkt der geistigen Reaktion — sowie des Hochadels — Mittelpunkt der weltlichen Reaktion —, die sich als Volksfeinde oft mit den äußeren Feinden wie Türken, Habsburgern, Deutschen, Ka-

pitalisten und Imperialisten zum Zweck der Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes verschworen und verbunden hätten.

Die westlich-abendländischen Einflüsse wurden abgewertet oder überhaupt unterdrückt. Die Vorstellung von dem „großen slawischen Meer“ (Herder) und der einsamen „magyarischen Insel“ ist im neuen Geschichtsbild der Behauptung gewichen, daß das ungarische Volk seinen einheitlichen Charakter sowie die Voraussetzung zur Gemeinde- und Staatsbildung erst durch die Berührung und Verschmelzung mit Slawen (besonders aus Pannonien) erhalten habe. Die deutschen Kolonisten dagegen bezeichnete man großenteils als Landstreicher oder Abenteurer, die deutsche „Invasion“ und „Aggression“ als besonders „ungerechten“ Raubkrieg zur Ausplünderung und Unterdrückung des ungarischen Volkes. Die antihabsburgische und deutschfeindliche Gesinnung bildet überhaupt ein Kennzeichen der sowjet-ungarischen Geschichtsschreibung. — Die östliche Orientierung meidet natürlich nicht ins Bild passende Punkte, indem man sie verschweigt oder nur kurz erwähnt und dann auf sich beruhen läßt, zum Beispiel die Intervention zaristischer Truppen in der ungarischen bürgerlichen Revolution (1848/1849).

In der kommunistischen Umdeutung der ungarischen Geschichte liegt der Nachdruck der Darstellung selbstverständlich auf der neuesten Zeit. So werden besonders ausführlich behandelt: die österreichische „Kolonisation“, die Abhängigkeit vom westlichen Imperialismus, der „Weiße Terror“ (Horthy und Károlyi), schließlich die heilbringende Einführung des Sozialismus unter Rákosi.

Nach dem XX. Parteitag kam auch dieses stalinistische Geschichtsbild ins Wanken, so daß die alte ungarische Parteiführung im Zuge des ideologischen Tauwetters das bisherige Betrachtungsschema etwas lockern mußte. Bei dieser Geschichtsrevision handelt es sich je-

doch nur um Ansätze, und zwar vorwiegend Personen und Einzelheiten betreffend.

Ein bemerkenswertes Beispiel liefert die Neugestaltung der Feiern zum ungarischen St. Stefanstag (20. August). Seit dem Jahre 1945 versuchte die kommunistische Partei im Volk das Andenken an diesen ersten ungarischen König und Staatsbegründer auszumerzen.

Nach 1948 wurde die berühmte Stephansprozession mit der „Heiligen Hand“ — dem Symbol der ungarischen Christenheit — nicht mehr gehalten und der Name des Königs immer mehr totgeschwiegen. Dafür aber wurde dieser Feiertag zum Fest des „Neuen Brotes“ erklärt. Am 20. August 1951 schließlich versuchte man den St. Stephanus-Gedenktag für immer auszulöschen und ihn dafür zum Fest der Verfassung (1949) zu proklamieren. Erst im Jahr 1956

erinnerte sich die Partei wieder an den ursprünglichen Charakter des „Festtages“ und verwendete in Radio und Zeitungen wieder die Bezeichnung „St. Stefanstag“. Der König wurde „rehabilitiert“.

Die neuere Geschichte weist zahlreiche, ähnliche Beispiele auf; oft nach Moskauer Sprachregelung und Nachhilfeunterricht. Darunter zählt vor allem die „Rehabilitation“ des Altbolschewisten Béla Kun. Er fiel einer jener berüchtigten Säuberungswellen unter Stalin in Rußland zum Opfer und galt seitdem als „Gefolgsmann der Verräter Bucharin und Trotzki“, „Rechtsopportunist“ usw. Nach dem Moskauer Vorbild, das Béla Kun wieder uneingeschränkt als „Vorkämpfer des Leninismus“ sowie einen der „hervorragendsten Funktionäre der internationalen Arbeiterbewegung“ einstuft, erweckte auch die ungarische KP sein Bild nach dieser Anweisung wieder zum Leben.

## Ideologische Verwirrung

Die ideologische Entstalinisierung hatte im ganzen Ostblock eine lebhaft diskutierte Diskussion um den Marxismus-Leninismus ausgelöst. Das erklärt sich vor allem aus der Tatsache, daß mit der Kritik an Stalin die ganze ideologische „Front“ ins Wanken gekommen war und niemand den Anspruch erheben konnte, als neuer „Klassiker“ des Kommunismus über die strittigen Fragen den Schiedsspruch zu fällen und somit jede weitere Diskussion auszuschalten.

Die Gefahr ideologischer Verwirrungen wollte Moskau in zwei Fehlerquellen sehen: in dem „Dogmatismus“ und „Revisionismus“ (= Opportunismus), denen es folglich gemeinsam den „Zweifrontenkrieg“ angekündigt hat. Der ungarische Kommunismus schloß sich sofort in pflichtgemäßem Gehorsam diesem proklamierten „Zweifrontenkrieg“ an. „Dogmatismus“ und „Revisionismus“ wurden als Wurzeln des „ideologischen Chaos“ erklärt. Später, nach der blutigen Niederwerfung der Oktober-Erhebung, hat man sogar diese beiden „Abweichungen“ als den ideologischen Keimboden der „Oktoberereignisse“ hinzustellen versucht.

Man kennzeichnet das Wesen des Revisionismus bzw. Opportunismus als Versuch der Bourgeoisie und ihrer Handlanger innerhalb der kommunistischen Parteien, die Lehre des

Marxismus-Leninismus meist unter Schlagworten wie „Objektivität“, „Ideologische Koexistenz“, „Freiheit der Kritik“ usw. mit bourgeoisen und „rechtsabweichlerischen“ Anschauungen zu verwässern und zu unterwühlen und somit die Reinheit der Ideologie zu verfälschen, um das Proletariat von seinem zielbewußten Weg abzubringen und wieder den Ausbeutern und Kapitalistenknechten ausliefern. Schon Lenin „entlarvte“ das Wesen des Revisionismus mit der Feststellung,

„... daß die ‚Freiheit der Kritik‘ die Freiheit der opportunistischen Richtung in der Sozialdemokratie ist, ... die Freiheit, bürgerliche Ideen und bürgerliche Elemente in den Sozialismus einzuschmuggeln...“

Während dem Revisionismus schon immer ein Hauptaugenmerk des Kommunismus gegolten hatte, setzte die Bekämpfung des Dogmatismus im eigentlichen Sinne erst nach dem Tode Stalins und seiner Entthronung ein. Man machte dabei dem Dogmatismus genau die gegenteilige Haltung der Revisionisten zum Vorwurf, nämlich eine linke sektiererische Abweichung innerhalb der Ideologie zu verfolgen. Den Dogmatismus soll demnach die Unfähigkeit kennzeichnen, die Prinzipien des Marxismus-Leninismus in der Praxis „schöpferisch“ zu

gestalten. Dafür aber halte er mit Starrheit und Unbeweglichkeit am „Buchstaben“ fest und gerate so in die Gefahr, ein Hauptprinzip der kommunistischen Lehre zu verletzen, nämlich die revolutionäre Grundlage und revolutionären Gedankeninhalte des Marxismus-Leninismus zu verkennen oder gar zu „konservieren“. Schon gerade deshalb sei der Dogmatismus als ideologische Fehlerquelle zu verurteilen. Es gebe Fälle, wo er sogar dem Revisionismus Vorschub leiste. Als Musterbeispiel muß Karl Kautsky herhalten, der zunächst dem „reinen Marxismus“ mit Unerschütterlichkeit und fast ideenloser Prinzipienfestigkeit Treue geschworen, später aber zum „Verräter“ und „Renegaten“ herabgesunken sei. So sei aus dem „Dogmatiker“ Kautsky der „Revisionist“ Kautsky geworden.

Nach der Niederschlagung der ungarischen Revolution tauchte sofort das Problem auf, welche der beiden Strömungen — Dogmatismus oder Revisionismus — die Hauptschuld an der ideologischen Verwirrung trage. Mit dieser Frage beschäftigt sich vor allem ein Aufsatz des ehemaligen parteiamtlichen Ideologen József Révai. Sein Artikel „Von der Reinheit der Ideologie“ (März 1957) bildet wohl eines der wichtigsten ideologischen Dokumente aus der Zeit unmittelbar nach der ungarischen Oktoberrevolution. Er bemüht sich um eine „echt marxistische Analyse der Ereignisse“. Er hat in der ungarischen Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt und in der Presse mit einer ganzen Reihe von Stellungnahmen einen starken Nachhall gefunden.

Révai anerkennt die Notwendigkeit, einen Zweifrontenkrieg auf ideologischem Gebiet zu führen, „einen Kampf gegen den Dogmatismus und einen Kampf gegen den Revisionismus. Wir müssen die beiden Schlachten gleichzeitig schlagen. . .“ Trotzdem aber findet er für seine Haltung unter Rákosi keinerlei Selbstkritik

und bemüht sich im Gegenteil in einem kompromißlosen Ton eher um eine milde Beurteilung oder gar Rechtfertigung der stalinistischen Ideologie. So bezeichnet Révai die Bekämpfung des Revisionismus als „das Hauptproblem im Kampf um die ideologische Reinheit des Leninismus“, sieht in den „ständigen Angriffen auf die früheren Parteiführer“ sowie in der Verkleinerung oder gar Verunglimpfung der „großen Errungenschaften der letzten zwölf Jahre“ den Deckmantel für Revisionismus und brandmarkt das „Verdammungswort“ von der „üblen Vergangenheit“ als Verleumdung.

Schon daraus erklärt sich, daß Révai die ungarische Oktoberrevolution fast ausschließlich als Machenschaft der Revisionisten zu erklären und dadurch ihre tatsächlichen Ursachen zu verschleiern sucht: Nach dieser Umdeutung hätten üble Volksfeinde (besonders Imre Nagy) mit Unterstützung der westlichen Imperialisten und Faschisten den Boden des „ideologischen Chaos“ besonders unter Losungen wie „Kampf gegen den Rákosismus“, „Entstalinisierung“, „allgemeine Freiheit“, „uneingeschränkte Demokratie“ usw. bereitet und so große Teile des Volkes mißbraucht, ja sogar viele ehrliche Werktätige und Kommunisten verführt.

Dieser Standpunkt Révais scheint jedoch der heutigen Parteileitung zu extrem zu sein und folglich bezieht man — wohl mit Rücksicht auf das Volk und als Rechtfertigung der Teilnahme der Arbeiter und vieler Kommunisten an der Erhebung — die Fehler des Dogmatismus unter Rákosi mit in die Kritik ein und schiebt nicht nur dem Revisionismus und den Imperialisten die Schuld in die Schuhe. War doch in der Revolution immer wieder von der verhaßten „Rákosi-Tyrannie“ und „Rákosi-Clique“ usw. die Rede.

## Dogmatismus

Welche ideologischen Abweichungen vom Marxismus-Leninismus macht man nun dem Dogmatismus der Rákosi-Führung zum Vorwurf?

Die neue Partei unter János Kádár hat mit der Kritik an der ehemaligen Führung — wenig-

stens mit Worten — keineswegs gespart und den Dogmatismus sogar verschiedentlich als Hauptgefahr bezeichnet, gegen den man mit Entschiedenheit und Energie kämpfen müsse. Man betont jedoch immer wieder ausdrücklich, daß die Tage Rákosis für immer der Vergangenheit angehören.

Man spürt dabei deutlich das zwiespältige Bemühen, einerseits die sozialistischen „Errungenschaften“ und „Fortschritte“ unter Rákosi anzuerkennen und auf der anderen Seite unaufhörlich die alten dogmatischen Auswüchse zu verurteilen. Die „stalinistischen-rákosistischen Methoden“ hätten — so sagte man nun — in vielerlei Hinsicht der marxistisch-leninistischen Ideologie widersprochen, so daß die „frühere ungarische Staats- und Parteiführung unter Rákosi die Mitschuld“ an den Ereignissen in Ungarn träge.

Als Hauptfehler der alten Parteiführung erklärte man nun die Verletzung des marxistisch-leninistischen Grundprinzips der Führungsrolle der Volksmassen.

Nach marxistischer Auffassung beruht bekanntlich die sozialistische Übergangsperiode der Diktatur des Proletariats auf der Umwandlung der Produktivkräfte in gesellschaftliches Eigentum, die auch die Produktionsverhältnisse, das heißt die Gliederung der Gesellschaft, bestimmen. Das gesellschaftliche Sein wiederum prägt den Überbau, das Bewußtsein der Gesellschaft. Die gesellschaftliche Grundlage der Produktivkräfte muß folglich mit der gesellschaftlichen Führungsrolle der Volksmassen in Geschichte, Partei und Politik übereinstimmen. Der Personenkult und der bürokratische Apparat der Rákosiführung überwucherten und verletzen jedoch das Führungsprinzip der proletarischen Massen. Das sei ein Widerspruch zur marxistischen Lehre...!

## Stalinismus — Rákosismus

Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die ideologischen Irrtümer des Dogmatismus-Stalinismus im Anschluß an die ungarische Revolution drängte sich eine neue Problemstellung auf, die für den weiteren Aufbau des „Sozialismus“ in der Sowjetunion eine geradezu lebenswichtige Frage darstellte und eine schwere Gefahr in sich bergen konnte.

Die Kritik am Stalinismus, besonders an seiner ungarischen Form, dem Rákosismus, mußte natürlich auch die Frage aufwerfen, ob der Stalinismus-Rákosismus nicht nur einige Prinzipien des „Sozialismus“ verletzt hatte — wie wir gesehen haben —, sondern überhaupt und grundsätzlich als ein verfehltes, das heißt „un-

Nicht Persönlichkeiten, sondern Volksmassen machen die Geschichte!

Die Massen waren unter Rákosi und Gerö dem Bürokratismus unterworfen. Nur so konnten „größtenteils Verstöße gegen die sozialistische Legalität“ — wie beispielsweise im Rajk-Prozeß — in Erscheinung treten. Im Volk aber staute sich unterdessen immer mehr die Unzufriedenheit; die isolierte Parteiführung aber unterließ eine Analyse der Gesellschaftsverhältnisse, Aufdeckung und Versöhnung der Widersprüche im Volk. Deshalb gelang den Klassenfeinden auch die ideologische Unterwanderung der Partei durch bürgerliche, nationalistische und revisionistische Elemente, die im Volk eine ideologische Wühlarbeit gegen den Sozialismus organisierten.

Gleichzeitig habe die alte Parteiführung die nationalen Besonderheiten beim Aufbau des Sozialismus in Ungarn nicht genügend berücksichtigt und sich gedankenlos und schablonenhaft an das sowjetische Beispiel angelehnt, zum Beispiel auf kulturellem, besonders aber wirtschaftlichem Gebiet.

Letztlich aber — das erklärt sogar unumwunden das sowjetische Zentralorgan — habe die alte Führung ihre Fehler nicht einsehen und sich bessern wollen.

Sogar die nachträgliche amtliche Stellungnahme des Informationsbüros des Ministerrats der Ungarischen Volksrepublik zu den „Oktoberereignissen“ bezeichnet rückschauend die Politik Rákosi-Gerös als „verbrecherisch“.

sozialistisches“ System zu verwerfen war. Eine klare Abgrenzung der Entscheidung über diese Streitfrage war unaufschiebbar, da sich in der ungarischen Revolution wie auch in Polen, besonders aber in Jugoslawien Stimmen regten, die Stalinismus und Sozialismus als unversöhnliches Gegensatzpaar gegenüberstellten. Mit anderen Worten: Schließen sich — kommunistisch verstandener — „Sozialismus“ und Stalinismus gegenseitig aus?

Den Stein ins Rollen brachte eine der wichtigsten Stellungnahmen zu den Ereignissen in Ungarn (und Polen), nämlich die Rede Titos in Pola vom 16. November 1956.

Tito würdigte die Erkenntnisse der neuen sowjetischen Führer auf dem XX. Parteitag der KPdSU:

„Sie faßten jedoch die ganze Angelegenheit fälschlich als eine Frage des Persönlichkeitskultes und nicht als eine des Systems auf. Persönlichkeitskult aber ist eigentlich das Produkt eines Systems. Sie bekämpften nicht das System. . . Von Anfang an haben wir gesagt, daß es sich hier nicht um den Persönlichkeitskult handelt, sondern um das System, das ihn ermöglichte, und daß dort die Ursachen liegen, das müsse man immer wieder und unbeirrbar einhämmern, und das sei das Schwerste.“

Sodann beschäftigt sich Tito mit den „eingefleischten stalinistischen Elementen“, wie etwa in der alten ungarischen KP. Moskau träfe die Schuld und Verantwortung, daß es den stalinistischen Kurs der Rákosi-Herrschaft geduldet hätte.

Die Antwort aus Moskau über diesen Dolchstoß und den Versuch, „die kommunistischen Parteien in Stalinisten und Nichtstalinisten“ zu spalten, war dementsprechend bitter und heftig. Tito konnte natürlich nicht — nach der geschickten sowjetischen Polemik — die sozialistische Gesellschaftsordnung zum Ursprung des völlig verfehlten Stalinismus stempeln, ohne sich selber in die Finger zu schneiden. — Die Zeitung „Borba“ beeilte sich deshalb, den Persönlichkeitskult noch einmal als Ausfluß des „bürokratischen Apparats“, der „bürokratischen Führungsform“ und der „Unkenntnis von Rolle und Bestrebungen der Werktätigen“ zu interpretieren. Eine solche Antwort — nicht Fehler (!), sondern Unkenntnis (!) der Rolle der Werktätigen — sagt allerdings mehr als genug.

Die jugoslawischen Parteitheoretiker hielten auch an der Hauptthese Titos fest, äußerten sich aber vorsichtiger, indem sie von der ungarischen „Tragödie“ eines „politischen Systems“ sprachen.

Die Fragestellung lautet nun, welche der beiden Stoßrichtungen unterliegen, das heißt sich als reaktionär und konterrevolutionär entlarven lassen würde. Die Sowjetunion kämpfte mit der Verfechtung ihres ideologischen Standpunktes zugleich auch um die Behauptung ihrer machtpolitischen Vorherrschaft über ihre Satelliten.

Zur Sicherung des ideologischen Primats Moskaus rückte nun die chinesische Volksrepublik vor, die sich 1956 noch rückhaltlos hinter die Sowjetunion stellte und mit ihrer Autorität die ideologische Ketzerei der jugoslawischen Kommunisten verurteilte. Die schiedsrichterliche Entscheidung wurde im Parteiorgan „Jen Min Jih Pao“ veröffentlicht und besitzt vor allem auch in politischer Hinsicht grundsätzliche Bedeutung.

Darin wurde zwar zugegeben, daß Stalin manche Fehler begangen hat, jedoch wurden seine Verdienste für die Entwicklung der Sowjetunion hervorgehoben. Die Thesen Titos wurden verworfen.

Die Folgen des damaligen chinesischen Schiedsspruches zeigten sich im ganzen Ostblock, indem man überall auf die sowjetische Linie einschwenkte. Man betonte jetzt in Ungarn immer wieder und nun um so mehr, daß die Fehler des Dogmatismus durch die Schuld einiger Personen bedingt waren, keineswegs aber durch die Partei selber, durch das System des Kommunismus. Der „Stalinismus“ weiche nur von der marxistisch-leninistischen Ideologie ab und der „Slogan Rákosismus“ gefährde die sozialistische Gesellschaftsordnung überhaupt. Während man nach der Revolution noch heftige Angriffe gegen den bisherigen Dogmatismus richtete, milderte und dämpfte sich jetzt dieser Ton. Kádár beispielsweise berief sich ausdrücklich auf die chinesische Stellungnahme und nannte sie ein „unschätzbare Dokument“.

## Zurück zu Lenin

Verfolgt man in den ersten Tagen der ungarischen Revolution die Forderung im Spiegel der Presse und Rundfunksendungen, dann tauchen immer wieder solche auf wie „friedlicher Aufbau des Sozialismus“, „Sicherung der sozialistischen Errungenschaften“, „sozialistische Le-

galität“, „sozialistische Ordnung“, „sozialistische Zukunft“ usw. usw.

Auch eine ganze Reihe ähnlicher Äußerungen scheinen zunächst zu bestätigen, daß das ungarische Volk im Zeichen des neuerstandenen

Leninismus nur die dogmatischen Fehler der ehemaligen Parteiführung ausbessern wollte.

So beschloß der Petöfi-Club, der bekanntlich heftigste Angriffe erdulden mußte, unter anderem folgendes Programm:

3. Das Zentralkomitee und die Regierung müssen jedes nur mögliche Mittel anwenden, um den Aufbau der sozialistischen Demokratie sicherzustellen. . .

4. Wir schlagen vor . . ., daß Genosse Imre Nagy sowie andere Genossen, die für eine sozialistische Demokratie und für leninistische Grundsätze gekämpft haben, in der Leitung von Partei und Regierung an den gebührenden Platz gestellt werden.

9. Im Hinblick auf eine Konsolidierung der ungarisch-sowjetischen Freundschaft wollen wir auf der Grundlage des leninistischen Prinzips der völligen Gleichberechtigung noch engere Beziehungen zur Partei, zum Staat und zur Bevölkerung herstellen.

Ähnliche Forderungen erhob auch der Schriftstellerverband:

„Wir fordern eine unabhängige und nationale Politik, die auf den Grundsätzen des Sozialismus beruht. Unsere Beziehungen mit allen Ländern . . . müssen auf dem Prinzip der Gleichberechtigung basieren.“

Einer der ersten Freiheitssender forderte:

„Wir haben genug und übergenuß. Genug von der Autokratie gewisser Führer. Wir wollen gleichfalls den Sozialismus, aber angepaßt an unsere besonderen ungarischen Verhältnisse.“

Schon am zweiten Tag der Erhebung war die ungarische kommunistische „Partei der Werktätigen“ diesen Forderungen nachgekommen

und hatte Imre Nagy als Ministerpräsidenten berufen, der den „weiteren Aufbau des Sozialismus in einer Form, die unseren nationalen Gegebenheiten entspricht“, versprochen hatte.

Die ungarische Revolution wünschte also nicht nur die Beseitigung der Rákosi-Ära, sondern wollte auch über den Kommunismus sowjetamtlich-leninistischer Prägung hinausgehen. Es fällt auch die Tatsache auf, daß das Wort „Sozialismus“ nur anfänglich in aller Munde geführt wurde und später fast gänzlich verschwunden schien. Unter dem sehr dehnbaren Ausdruck „Sozialismus“ konnte auch jeder etwas anderes verstehen. Außerdem war die jahrelange kommunistische Erziehung und Schulung nicht spurlos vorübergegangen; obwohl gegen Ende der Revolution die Bezeichnung „Genosse“ abgeschafft wurde, taucht später in Aufrufen und Resolutionen dieser in den Sprachgebrauch fest eingebürgerte Begriff wieder auf. Und natürlich lag es zunächst in dem Zwang der Verhältnisse, die eigentlichen Zielsetzungen der Revolution nicht preiszugeben, sondern zunächst hinter der „Gesundung des Sozialismus“ zu tarnen.

Die sowjetungarische Darstellung gibt von den Ereignissen und Bestrebungen nach der Verschärfung des bewaffneten Aufstandes ein völlig zerrbild. Die Treuebekenntnisse zum Sozialismus und Leninismus habe man zunächst als aufrichtigen Wunsch der Bevölkerung gewertet, die dogmatischen Fehler der Vergangenheit zu beseitigen. Aber unter diese anscheinend treu-sozialistischen Stimmen, besonders bei den Schriftstellern, hätte sich bereits die Reaktion gemischt, die zunächst in heuchlerischer Weise ebenfalls für den Sozialismus plädiert hätte, um das Volk besser zu verführen.

## Nationalkommunismus

Die Betonung der nationalen Eigenheiten beim Aufbau des Sozialismus auf der Grundlage der Unabhängigkeit jedoch rührte bereits an ein anderes Problem. Man muß sehr wohl einen Trennungsstrich zwischen dem Zugeständnis gewisser nationaler Eigenheiten und Besonderheiten beim Aufbau des Sozialismus ziehen und einem nationalen Kommunismus, sogenannten Nationalkommunismus, das heißt besonderen Weg zum Sozialismus.

„Auch die Form (!) des Sozialismus kann variieren. Er kann so aussehen, wie er in der Sowjetunion geschaffen wurde, er kann Formen annehmen, wie wir sie in Jugoslawien finden, oder er kann noch anders aussehen . . .“ (Gomulka am 21. Oktober 1956)

Mit anderen Worten: Es gibt nicht nur den russischen Sozialismus, der als Vorbild und Richtlinie unter Anpassung an die nationalen

Gegebenheiten die anderen Länder unbedingt verpflichtet, sondern der Sozialismus kann auch andere Gestalt annehmen. Die „Form“ des polnischen, jugoslawischen, ungarischen Sozialismus usw. unterscheidet sich vom sowjetischen Modell.

Die ungarischen Nationalkommunisten haben besonders durch die Aufmunterung und Unterstützung der Jugoslawen sowie den Sieg und die Anerkennung der nationalkommunistischen Opposition in Polen großen Aufschwung erhalten. Die „Form“ des ungarischen Nationalkommunismus, wie sie in der ungarischen Revolution zum Durchbruch kam, hat wohl dem bisherigen Kommunismus die weitestgehenden Zugeständnisse abgerungen.

Unter den „Revolutionsräten“ und „Revolutionskomitees“ der ungarischen Revolution, die sich über das ganze Land ausbreiteten und die Absicht der Volksbewegung, die Geschicke der Nation selbst in die Hand zu nehmen, widerspiegelten, nimmt die sofortige Bildung von Arbeiterräten in den Fabriken durch — im allgemeinen freie demokratische — Wahlen der Belegschaften eine besondere Stellung ein. Diese jungen Organisationen entsprangen dem spontanen Wunsch der Arbeiter, sich das Recht auf freie und unabhängige Gewerkschaften als ihre wirklichen Interessenvertreter zu sichern sowie vor allem — und das war die Hauptwurzel dieser Bewegung — sich tatsächlich in den Besitz und die Verwaltung der Fabriken zu setzen. Sie waren in dieser Hinsicht ausdrücklich vom jugoslawischen Vorbild der Arbeiterselbstverwaltung beeinflusst.

Am 30. Oktober 1956 konstituierte sich bereits ein „Provisorisches Revolutionskomitee“ der „Freien Gewerkschaften“, das die bisherige Führung säuberte und sofort den Austritt aus

Der Kommunismus der ungarischen Revolution kennzeichnet sich zunächst durch seine Betonung der nationalen Interessen des ungarischen Volkes. Teilweise erhoben sogar einzelne Stimmen die Forderung, den Kommunismus den Aufgaben und Interessen der Nation unterzuordnen.

Der wesentlichen Kritik aber war der wichtigste Bestandteil der leninistischen Doktrin der sozialistischen Übergangsperiode unterworfen, die bisherige Konzeption des Staates und seiner Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus. Diese Aufweichungserscheinungen der Leninschen Diktatur des Proletariats traten besonders durch die Initiative der Arbeiter selber sowie durch die Maßnahmen der Regierung Nagy in Erscheinung.

## Die Arbeiterräte

der kommunistischen „Weltföderation der Gewerkschaften“ (WFTU) erklärte.

Nach der Niederschlagung der ungarischen Revolution wurden die Arbeiterräte von der Kádár-Regierung trotz heftiger Gegenwehr immer mehr zurückgedrängt und schließlich unter Druck und Zwang aufgelöst. Bis zuletzt beharrten sie nach monatelangem Generalstreik auf ihrem Recht, die „Fabriken und das Land als Eigentum des werktätigen Volkes“ zu betrachten und forderten eigene Zeitungen sowie Gewerkschaften, deren Führer nach einem demokratischen System gewählt werden. Die ideologische Untermauerung der ungarischen Arbeiterräte durch Berufung auf den Marxismus wurde — da in Ungarn nach dem Aufstand die Möglichkeit dazu fehlte — von den jugoslawischen Parteideologen geleistet. Bekanntlich bildet ein wesentliches Kennzeichen des jugoslawischen „Nationalkommunismus“ die Arbeiterselbstverwaltung, die die jugoslawischen Parteitheoretiker von jeher aus dem „echten“ Marxismus-Leninismus zu begründen suchten.

## Unaufhaltsame ideologische Wandlung

Der ungarische Sozialismus in der Revolution gelangte jedoch weit über das jugoslawische Vorbild hinaus, indem sich die Regierung Nagy — unter Druck des Volkes — zur Abschaffung des Einparteiensystems entschließen mußte.

Selbst die Kommunisten griffen größtenteils diese Entscheidung der Regierung auf und sprachen sich nun für den weiteren Aufbau des Sozialismus auf der Grundlage der Demokratie als richtigen Weg für einen ungarischen Sozialismus aus.

So faßte das kommunistische Regierungsmitglied Géza Losonczy die Aufgaben des neuen Sozialismus in die Worte:

„Die Regierung hat einstimmig erklärt, daß sie die positiven Errungenschaften der vergangenen zwölf Jahre nicht schmälern lassen wird. Das bezieht sich z. B. auf die Bodenreform, die Nationalisierung der Fabriken und auf gewisse soziale Leistungen. In gleicher Weise besteht aber die Regierung darauf, daß die Errungenschaften der gegenwärtigen Revolution unangetastet bleiben, vor allem die nationale Unabhängigkeit, die Gleichberechtigung und der Aufbau des Sozialismus auf der Grundlage der Demokratie und nicht der Diktatur.“ (3. November 1956)

Auch György Lukács äußerte ähnliche Gedanken.

Die Wurzeln des Nationalkommunismus liegen in der inneren Krise des Kommunismus, die der Ostblock scharf bestreitet, sowie in dem Freiheitswillen der unterdrückten Völker Ostmitteleuropas. Indem die Sowjetunion ihren Druck und ihr Parteimonopol auf dem XX. Parteitag lockerte, löste sie zwangsläufig eine Bewegung gegen die sowjetische Lesart des Sozialismus aus, die sich ebenfalls im Namen des „ursprünglichen“ Marxismus erhob und

ganz andere Züge als die sowjetische Form des Sozialismus trägt. Moskau aber kann diesen Zug zur ideologischen Wandlung im Gefüge des Kommunismus nicht aufhalten, ohne gleichzeitig jede freiheitliche Regung in den Volksdemokratien durch die Erneuerung der Stalin-Ära im Keim zu ersticken. So aber steht die Sowjetunion vor der bitteren Notwendigkeit — wie das Beispiel Polens zeigt —, den Nationalkommunismus hinzunehmen. Die Gefährlichkeit des Nationalkommunismus liegt darin, daß er eine Auflockerung des Sowjetblockes einleitet.

Gerade das ungarische Beispiel zeigt, daß der Nationalkommunismus nicht stehen bleiben kann, sondern — einmal in Bewegung — durch den Druck der Massen immer weitere Zugeständnisse machen muß. Letztlich steht deshalb die Führung selbst der überzeugten Nationalkommunisten wieder vor der alten Alternative dem weiteren Druck von „unten“, dem Aufbegehren des Volkes nachzugeben und somit allmählich zur Freiheit hinzuführen, oder aber wieder zum ehemaligen Ausgangspunkt zurückzukehren und sich Moskau um so enger und bedingungsloser anzuschließen. Es gibt keine andere Wahl. Der ehemalige Vertraute und Parteiideologe Titos, Milovan Djilas, hat dieses Problem klar umschrieben.

## Revisionismus

Die Sowjetunion hat den Anspruch auf den allgemeinen und internationalen Charakter ihres „Sozialismus“ nicht aufgegeben und untermauert ihn immer wieder mit den alten Kampflosungen von Marx und Engels. Auch Lenin habe keinen Zweifel aufkommen lassen, daß die Gestalt des Sozialismus, der zuerst in Rußland seinen Sieg feiern konnte, allgemeingültige Züge aufweist und in dieser Form die anderen Völker unter Berücksichtigung ihrer nationalen „Eigenheiten“ bindet und verpflichtet. Die Abweichung von der Form des Sozialismus, wie er sich in der Sowjetunion verkörpert, wird folglich als Revisionismus hingestellt.

Jede Abkehr von der Leninschen Interpretation des Marxismus bedeutet folglich eine Abkehr vom Marxismus. Sie ist eine Erfindung der Bourgeoisie und ihrer „Speichellecker“, der Revisionisten, die auf diese Weise be-

müht sind, die Einheit des sozialistischen Lagers zu untergraben und ideologische Wühlarbeit gegen den proletarischen Internationalismus zu leisten.

Entsprechend heftig war natürlich auch nach Moskauer Sprachregelung die parteiamtliche Verdämmung und „Entlarvung“ des ungarischen Nationalkommunismus sowie jegliche Bekämpfung der Abweichung vom Moskauer „proletarischen Internationalismus“. Auch hier wiederholt die Propaganda monoton die These, der Nationalkommunismus sei von den Volksfeinden angezettelt und in der ungarischen Revolution durch die Revisionisten in den Sattel gehoben worden. So erklärte Kádár in seiner bekannten Rede in Salgótarján am 2. Februar 1957:

„Die Imperialisten haben die neue Beschwörungsformel vom Nationalkommunismus erfunden, den sie besonders im Jahre 1956 eifrig

propagiert haben. . . . Staatssekretär Dulles erklärte, man müsse sich mit der Tatsache abfinden, daß die führenden Männer in Osteuropa sich selber als Kommunisten betrachten . . . und man müsse dafür sorgen, daß diese Männer, obwohl Kommunisten, sich von Moskau lossagen. . . . Man begann Unterschiede . . . zu machen . . . Dieser, so sagte man, sei ein gemäßigter Kommunist, jener dagegen ein besonders harter Fall. Die einen seien Stalinisten — die anderen Liberale. Einer sei ein nationaler, der andere ein internationaler Kommunist. Man erklärte ferner, man würde die Bestrebungen der nationalen Kommunisten unterstützen . . . Auch Imre Nagy stufte man als Nationalkommunisten ein . . . Laßt uns Schluß machen mit diesem Nationalkommunismus . . . Nationalkommunismus ist ein falsches Schlagwort, denn der Kommunismus ist seiner Natur nach international; er ist die Ideologie der Arbeiterschaft der ganzen Welt. Es gibt Genossen, deren klarer Blick heute noch durch die Rolle des Imre Nagy und seiner Anhänger getrübt wird . . . Wir wollen unsere Ansichten auf Tatsachen stützen. Nagy, Géza Losonczy . . . haben tatsächlich den bewaffneten Aufstand gegen die Volksrepublik Ungarn angezettelt. . . .“

Kádár folgerte weiter, daß die nationalistischen Parolen dieses „Slogans“ vom Nationalkommunismus in den Oktoberereignissen 1956 von der imperialistischen Reaktion deshalb erfunden worden waren, um die Macht des Arbeiter- und Bauernstaates zu brechen, die Volksmacht zu stürzen und wieder der Gewalt der Bourgeoisie unterzuordnen.

Um die These zu entkräften, daß der bisherige Sozialismus mit dem ungarischen Nationalgefühl in Widerspruch stehe, versucht man die alte bolschewistische Formel aufzufrischen, daß die Treue zur Sowjetunion — lange Zeit das einzige Vaterland der Werktätigen der Welt überhaupt — als Prüfstein des wahren „Patriotismus“ zu gelten habe und der Aufbau des Sozialismus als solcher bereits den Kampf für die Freiheit und das Glück des eigenen Vaterlandes bedeute.

Einen Schwerpunkt der Auseinandersetzung bildet zunächst die Diskussion über die Arbeiterräte, die sich nicht ausdrücklich auf Ungarn beschränkte und vor allem den jugoslawischen Parteiideologen Kardelj zu treffen versuchte. Demnach bedeutet jede Analyse der ungarischen Ereignisse als Revolution der Arbeiter

von „unten“ den Verlust des Klassenstandpunktes, Revision der marxistisch-leninistischen Ökonomie und die Leugnung der Diktatur des Proletariats überhaupt.

Die sowjetische Gleichung vom Staats- = Gesellschaftseigentum erscheint als einzig gültige Doktrin des „wissenschaftlichen Sozialismus“; jede Abweichung von diesem Prinzip identifiziere sich mit den kleinbürgerlichen Ideologien der utopischen Sozialisten und kommunistischen Anarchisten.

Das Problem der Assoziation der Produzenten, wie etwa in Form der Arbeiterräte, aber hätten Marx und Engels einheitlich auf die vollendete kommunistische Gesellschaft bezogen, keineswegs aber auf die Diktatur des Proletariats. Solange aber noch Klassenunterschiede bestehen und die Gefahr der Restauration der Weltbourgeoisie droht, kann es keine „Liquidierung des Staates“ — wie Marx gegen Proudhon höhnte — und keine Neugestaltung durch „Vertragsbeziehungen“ zwischen den Produzenten geben. Selbstverständlich vertrat man auch in Ungarn diesen Standpunkt.

Die schärfsten Angriffe richten sich natürlich gegen die „Verräterclique Nagy-Losonczy“ und die Einführung des Mehrparteiensystems. Es erübrigt sich hier, auf die Leninschen Grundsätze der Parteiorganisation und Diktatur zur „Organisierung der Avantgarde der Unterdrückten zur beherrschenden Klasse zwecks Niederhaltung der Unterdrücker“ einzugehen, die er in seiner Programmschrift „Staat und Revolution“ niedergelegt hat. „Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der Diktatur des Proletariats erstreckt.“ Das Mehrparteiensystem bedeute deshalb die Verwerfung der Grundsätze des Kommunismus. Auch Révai stellt klar heraus, daß die „Regierung von Imre Nagy eine Regierung zur Liquidierung der Diktatur des Proletariats gewesen ist“ und alle Zeitungen hallen davon wider.

Besonders auf dem Gebiet der Kultur habe der Revisionismus, so heißt es jetzt, in höchster Blüte gestanden, was vor allem den parteifeindlichen Stimmen der Schriftsteller und Journalisten zuzuschreiben sei, deren teilweise bürgerlich-liberale Theorien die alte Parte. nicht mit Entschiedenheit verurteilt habe. Vor allem in Fragen der Kunst und Literatur wirkte die Ablehnung der Führung durch die Partei zersetzend, so daß verräterische Ele-

mente in den Intellektuellen-Verbänden Fuß fassen und zur Erhebung die ideologische Vorarbeit leisten konnten. Man beschuldigte die Schriftsteller vor allem „nihilistischer“ Auswüchse unter den Schlagworten „künstlerische Freiheit“ oder „Freiheit der Kritik“ usw., um

bourgeoisien Idealen frönen zu können. Die Shdanowsche Theorie vom „sozialistischen Realismus“ bleibe auch weiterhin das anzustrebende Ziel, die Mindestforderung jedoch eine positive Einstellung zum Arbeiter- und Bauernstaat.

## Revolution

Die ungarische Volkserhebung, die zunächst im Zeichen des Kampfes gegen die brutalen Unterdrückungsmethoden der stalinistischen Zeit aufflammte und zunächst — teilweise aus Taktik, teilweise in Selbsttäuschung — die Wiederherstellung des angeblich ursprünglichen Leninismus und die Läuterung des bisherigen sozialistischen Systems als Ziel proklamierte, wurde jedoch — anders als bei der gleichzeitigen Entwicklung in Polen — rasch über diese „nationalkommunistische“ Zielsetzung hinausgetragen und strebte nach der Eringung völliger politischer Freiheit.

Aus dem vielstimmigen Chor von Äußerungen aus den Tagen der ungarischen Revolution heben sich bestimmte Forderungen in rascher Steigerung immer deutlicher heraus. Aus ihnen wird klar, daß die Mehrheit des ungarischen Volkes, nachdem einmal durch die Revolution die Bleidecke der bisherigen Unterdrückung hinweggesprengt war, unter keinen Umständen mehr für ein „nationalkommunistisches“ Minimalprogramm zu gewinnen war. Die Entwicklung der revolutionären Ereignisse war rasch darüber hinaus gerollt. Nun forderten die Ungarn die ganze Freiheit.

Imre Nagy stand jetzt vor der schwerwiegenden Entscheidung, die sowjetischen Truppen zu Hilfe zu rufen und den Aufstand blutig niederschlagen zu lassen oder sich auf die Seite der Revolution zu stellen und sich so zum Sprachrohr der ganzen Bevölkerung zu machen. Und indem Nagy dem Drängen des Volkes nachgab und für die Freiheit entschied, behauptete er sich als Kommunist bis zuletzt als Ministerpräsident und verkörperte das Symbol der Revolution. Er wäre sonst von den Massen weggefegt worden. ... Und Nagy entschied sich für die Revolution, obwohl er wissen mußte, daß sie das Ende der kommunistischen Regierung in Ungarn überhaupt bedeutete.

Mit der Abschaffung des Einparteiensystems sollte der Weg für den Aufbau der bisher verbotenen und aufgelösten Parteien geebnet und die Voraussetzungen für wirklich freie Wahlen geschaffen werden. Man kann wohl den Ruf nach unabhängigen, freien und demokratischen Wahlen als Hauptforderung der ungarischen Revolution bezeichnen, die von allen Volksschichten erhoben wurden. Die Entscheidung über die Zukunft des neuen Ungarn lag in der Hand der neuen Regierung, die diesmal aus freien Wahlen, welche die kommunistische Partei einbezog, nach dem Willen und Mehrheitsbeschluß des ungarischen Volkes hervorgehen sollte.

Allem Anschein nach entsprach die Bildung einer Koalitionsregierung nach den Wahlen dem Wunsch der Bevölkerung. Aus der Wiedereinführung des Mehrparteiensystems und demokratischen Wahlrechts leiten sich die übrigen Forderungen ab, die wir unter den Grund- und Menschenrechten zusammenfassen, wie Freiheit der Person, Recht auf Selbstbestimmung, Meinungs-, Rede-, Gewissens-, Versammlungs-, Religionsfreiheit usw. und in diesem Sinne die Reform der Gesetze, der Schule, der Rechtsprechung usw.

Auch die künftige soziale Struktur sollte durch die freien Wahlen bestimmt werden. Im allgemeinen läßt sich voraussagen, daß die Mehrheit des Volkes auf die Beibehaltung der „sozialistischen Errungenschaften“ bestand, wie die Verstaatlichung der Fabriken und Bergwerke, die Bodenreform usw. Sie sollten unangetastet bleiben, falls es dem Wunsch der Mehrheit der Arbeiter und Bauern entsprach. Alle Parteien mit Einschluß der Katholiken befürworteten diesen Standpunkt, so daß von einer Rückkehr zu den alten wirtschaftlichen Verhältnissen keine Rede war.

Die landwirtschaftlichen Kolchosen, die den Bauern gegen ihren Willen von der Regierung aufgezwungen waren und schlechte Erträge ab-

warfen, sowie gewisse Fehler der bisherigen staatlichen Zwangswirtschaft sollten anscheinend abgeändert werden. Ansonsten befürwortete man einen sozialen Eigentumsbegriff und die Anerkennung eines rechtlich begrenzten und geschützten Privateigentums.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Mehrheit des ungarischen Volkes letztlich die Revolution für Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie des Landes führte. Die Errichtung einer echten nationalen und sozialen Demokratie, eines Rechts- und Verfassungsstaates in Form einer Republik, entsprach dem Hauptwunsch der Bevölkerung.

Als sich die Sowjetunion vor die Tatsache gestellt sah, daß die ungarische Revolution auf eine wirkliche freie Demokratie hinsteuerte, milderte sie ihren Ton gegen die Regierung Imre Nagy, was eine gewisse Bereitschaft Moskaus anzudeuten schien, diese „national-kommunistische“ Entwicklung anzuerkennen, um dadurch den Kommunismus überhaupt in Ungarn zu retten. Auch in Polen hatte sich schließlich die Sowjetunion mit den vollendeten Tatsachen abgefunden. Da aber schwenkte der Kommunist Imre Nagy selber voll und ganz auf die Seite der Revolution über.

Nunmehr konnte in Moskau kein Zweifel mehr bestehen, daß der Sieg einer solchen Revolution das völlige Ende der kommunistischen Herrschaft in Ungarn bedeuten würde. Freie Wahlen, die Moskau niemals zugestanden hat und niemals zugestehen kann, hätten das Ende der kommunistischen Alleinherrschaft bedeutet, das ungarische Volk hätte sich nicht für die bisherige jahrelange geistige Unterdrückung entschieden, sondern für die Freiheit. Die Forderungen der ungarischen Revolution lassen keine Zweifel aufkommen, daß das ungarische Volk dem Nationalkommunismus keine Stimmenmehrheit zur Regierungsbildung zugebilligt hätte. Der Haß des Volkes gegen den bisherigen Kommunismus kannte keine Grenzen. „Nem kell Kommunizmus“ — „Wir brauchen keinen Kommunis-

mus“ — das war wohl eines der am häufigsten gebrauchten Schlagworte der ungarischen Revolution überhaupt. Die Werke und Bilder der kommunistischen „Klassiker“ sowie Parteibücher lagen zerrissen und zerfetzt auf den Straßen.

Damit fielen in Moskau die Würfel. Das bisherige Zaudern wich einer festen Entschlossenheit. Die Entscheidung war letztlich unaufschiebbar. Ein freies und unabhängiges Ungarn hätte im ganzen Ostblock und in der Sowjetunion selber verheerende Folgen ausgelöst und ähnliche Gefahren in den bisher „loyalen Satelliten“, ja sogar in Jugoslawien heraufbeschworen. Von ihrem Anfang an hatte die ungarische Revolution in Jugoslawien unverhohlene Freude und Sympathie ausgelöst und im Zeichen der Abkehr vom Stalinismus und Dogmatismus sowie in der Frage der Arbeiterräte lebhafteste Unterstützung gefunden. Als aber die Tendenz des ungarischen Aufstandes offenkundig in die Ablehnung des Kommunismus überschlug, wich die anfängliche Zustimmung dem Schrecken. Und als Tito vor der Wahl eines freien oder kommunistischen Ungarn stand, da entschied er sich zwangsläufig als Kommunist für die Sowjetpanzer, für das „kleinere Übel“. Für die sowjetische bewaffnete Intervention spielte die Rettung des kommunistischen Systems in Ungarn wohl nur eine zweitrangige Rolle, viel wichtiger war die Erhaltung des Sowjetregimes in Ungarn sowie die eigene politische Machtstellung im westlichen Vorfeld. Selbst die ungarischen Nationalkommunisten mußten mit Erbitterung feststellen, daß der Kommunismus der Sowjetunion nur den Vorwand für die weitere Unterdrückung der Freiheit in Ungarn abgab.

Wie aber sehen Moskau und seine getreuen Satelliten das Eingreifen der Roten Armee zur Niederwerfung der ungarischen Erhebung? Die Antwort lautet: als Abwehr einer „Konterrevolution“. Damit wird auch die ideologische Rechtfertigung der bewaffneten Intervention möglich.

## Konterrevolution

Von ihrem Anbeginn an stand die ungarische Volkserhebung in der Sowjetunion und bei ihren treuen Satelliten im Kreuzfeuer aller Zeitungen, die einen wahren Feldzug gegen das „volksfeindliche Abenteuer“, die „Verschwörung der Imperialisten“, die „Konterrevolu-

tion“ usw. predigten. Bekanntlich schließt ja die Übergangsperiode des Aufbaus des Sozialismus — nach der kommunistischen Ideologie — eine echte Revolution aus, weil sich die Widersprüche der Produktionsverhältnisse durch die Vergesellschaftung der Produktions-

mittel und den Abbau des Klassenkampfes von selber auflösen. Lediglich der bisherige Klassenfeind, die bisher herrschende und ausbeutende, nunmehr aber von der Diktatur des Proletariats unterdrückte Bourgeoisie versucht von Zeit zu Zeit im Verein mit westlichen Verbündeten eine echte Konterrevolution zu entfesseln, um den „progressiven Geschichts-Prozeß“ zu bremsen, das frühere bürgerliche Herrschaftssystem wieder aufzurichten, um die werktätige Mehrheit des Volkes erneut ausbeuten zu können.

Dem Betrachtungsschema dieses „Klassenstandpunkts“ liegt also wieder die marxistische These zugrunde, daß der gegenwärtige Geschichts-Prozeß und seine eherne Gesetzmäßigkeit nach der Konzeption des Klassenkampfes, dem „Kampf der Gegensätze“ zwischen Proletariat und Bourgeoisie abläuft. Danach haben nun die Volksfeinde (die Reste der inneren Bourgeoisie und ihre westlichen Verbündeten) nicht nur den Nationalkommunismus „erfunden“, das heißt als Vorspiel für ihre Machtübernahme, sondern als nächsten Schritt für ihre Zwecke auch die Forderungen nach „Demokratie“, „Freiheit der Religion“, „Unabhängigkeit“ usw. dem ungarischen Volk in den Mund gelegt, so daß große Teile des Volkes, entgegen den ureigensten Interessen, diese Forderungen sich zu eigen gemacht haben. Mit anderen Worten, es gelang diesen Verschwörern, das ungarische Volk derartig ideologisch zu verwirren, daß beispielsweise die Forderungen nach freien Wahlen nicht dem Wunsch und den Absichten des ungarischen Volkes selber, sondern seiner Gegner, der Bourgeoisie, entsprungen sind. Grob ausgedrückt, hat die Reaktion die Forderung nach freien Wahlen ebenfalls „erfunden“. Der nächste und letzte Schritt war die offene Konterrevolution, das heißt die Wiedererrichtung des bürgerlichen Ausbeutungssystems. Daher kann der revisionistische Nationalkommunismus des „Verräters“ Imre Nagy auch nur als Auftakt zur Konterrevolution begriffen werden. An diesem Beispiel läßt sich mit klassischer Deutlichkeit das verräterische Wesen des Revisionismus „entlarven“.

Demgemäß lautet die parteiamtliche sowjetische Bewertung der ungarischen Volkserhebung:

„Der bewaffnete Aufstand in Ungarn war keine Revolution, wie die reaktionäre Propaganda behauptet, sondern eine Konterrevolution.“ (Prawda, 4. November 1956)

Diese sowjetmarxistische Analyse der ungarischen Oktoberereignisse bedingt unter anderem folgende angeblich „unwiderlegbare Schlußfolgerungen“ (nach einer amtlichen ungarischen Darstellung von 1957 zitiert):

1. Die Anstifter und Organisatoren des Aufstandes waren ausländische Agenten, Horthyhörige Emigranten und Führer der Untergrundorganisationen im Lande, die organisiereten Anteil an den Massendemonstrationen hatten und mehr und mehr eine führende Rolle dabei übernahmen.

2. Die Vertreter des Horthyregimes, die im Lande geblieben waren, fingen an, in der Hauptstadt und in zahlreichen Städten, Dörfern und ländlichen Bezirken die alte Ordnung wieder aufzurichten, während die Emigranten, mit Hilfe ihrer Agenten im Lande, schon Vorbereitungen für die völlige Machtübernahme getroffen hatten.

3. Die Hetzsendungen von Radio Freies Europa, mit Dollars bezahlt, von Amerika geleitet und von Westdeutschland aus gesendet, spielten eine wesentliche Rolle in der ideologischen Vorbereitung und praktischen Lenkung der Gegenrevolution. Sie provozierten den bewaffneten Kampf und den Verstoß gegen die Waffenruhe. Sie riefen eine Massenhysterie hervor, die zur Lynchjustiz an unschuldigen Männern und Frauen führte, die sich ihrem Volk und Staat gegenüber loyal verhielten ...

4. Nach dem 29. Oktober wurde das Ziel der Gegenrevolution mehr und mehr offenbar: der Umsturz des sozialistischen Volksregimes und die Ausweitung der Einflußsphäre der westlichen Kapitalisten über Ungarn — mit anderen Worten: die Restaurierung der Bourgeoisie.

Diese „konterrevolutionären“ Elemente standen kurz vor ihrem Sieg:

„Von den konterrevolutionären Kräften wurde eine zeitweilig außerordentlich gefährliche Lage für die Geschicke des Sozialismus in Ungarn herbeigeführt ... Es drohte die direkte Gefahr einer Restaurierung der Ordnung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer und des Wiedererstehens des Faschismus.“ (Suslow am 6. November 1956)

Als die ideologischen Hauptführer der „Konterrevolution“ nennt man unter anderen Fürst Liechtenstein, Graf Takács-Tolvay, Fürst Eszterházy, Otto von Habsburg, Ferenc Nagy,

Béla Varga, einige bürgerliche ungarische Schriftsteller sowie anderen „Emigrantenabschaum“ und „schwärzeste Reaktion“. Als Zentralgestalt und „Sinnbild des neuen Regimes“ jedoch im zugkräftigen Priestergewand sei Kardinal Mindszenty aufgetreten.

Laut Ideologie konnte die Sowjetunion das Massaker an unschuldigen Frauen, Kindern und Männern nicht mehr ansehen und war auf die Bitten der „Revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung“ gezwungen, das ungarische Volk gegen das blutige Wüten der Reaktion zu schützen. Das war eine „heilige Pflicht“ und ein uneigennütziger Ausdruck der Freundschaft und Verbundenheit der Sowjetunion mit dem ungarischen Volk.

Die Freiheit des ungarischen Volkes, die in der Revolution so hoffnungsvoll aufleuchtete,

ist unter den Ketten der Sowjetpanzer wieder zermalmt worden. Alle freiheitlichen Regungen wurden wieder erstickt und sind erstarben; der totale Machtapparat scheint über den Menschen zu triumphieren. — Aber die ungarische Revolution hat vor aller Welt gezeigt, daß kein totalitäres System den angeborenen Drang des Menschen nach Freiheit „liquidieren“ und auf die Dauer unterdrücken kann. Das Feuer der Freiheit glimmt und schwelt unter der Decke weiter und verlischt niemals. Deutlicher als je zuvor hat die ungarische Revolution bewiesen, daß es den Seeleningenieuren des Kommunismus nie und nimmer gelingen kann, selbst den Freiheitswillen der eigenen Generation, der bereits im kommunistischen Geist erzogenen Jugend auszutilgen. Der Kommunismus ist von seinen eigenen Kindern abgelehnt worden.

# Die Sowjetarmee in Ungarn 1956

## Die sowjetische Besatzung 1945—1955

Dreimal drangen russische Armeen in den letzten hundert Jahren in Ungarn ein. Im Jahre 1849 die Kosaken des Fürsten Paskiewitsch, die den ungarischen Freiheitskampf niederwarfen, 1915 die Truppen des Zaren Nikolaus II., die die Karpathen überschritten und bis Mezölaborc vordrangen, und in den Jahren 1944/45 die Rote Armee, die den Krieg auf ungarischen Boden trug und in schweren Kämpfen die deutsche Wehrmacht und die zahlenmäßig unbedeutende ungarische Honvéd-Armee aus dem Land herausdrängte.

Seit dem 4. April 1945 standen somit russische Truppen in Ungarn. An dieser Tatsache konnte auch der 1947 in Paris unterzeichnete Friedensvertrag nichts ändern, in dem Moskau sich verpflichtete, innerhalb von 90 Tagen seine Armee aus Ungarn zurückzuziehen<sup>1)</sup>. Österreich war zu dieser Zeit noch in vier Besatzungszonen aufgeteilt, und nach den internationalen Verträgen hatte die Rote Armee das Recht, ihren Nachschub durch ungarisches Territorium zu führen und ihn zu sichern<sup>2)</sup>. Diesen Vorwand benützte die Sowjetunion, um in unbeschränktem Maße Truppen in Ungarn zu stationieren, deren Anwesenheit sie als „eine innere Angelegenheit der Sowjetunion“ betrachtete. Als dann im Jahre 1949 Mátyás Rákosi, Generalsekretär der ungarischen Kommunistischen Partei, die Macht der bürgerlich-demokratischen Parteien endgültig gebrochen und die Volksdemokratie errichtet hatte, gab es niemanden mehr im Lande, der in der Öffentlichkeit sein Wort gegen die sowjetische Besatzung erheben konnte. Der Terror der Kommunisten brachte jede Opposition zum Schweigen.

<sup>1)</sup> Siehe: Die Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien und Finnland, Heidelberg 1947, S. 125.

<sup>2)</sup> Ebenda. S. ferner: Die Sowjetregierung und der Österreichische Staatsvertrag. Bericht und Dokumente 1943—1953, zweite, erweiterte Fassung, Wien 1953.

In den zehn Jahren zwischen 1945 und 1955 hatte sich die Sowjetarmee in Ungarn häuslich niedergelassen. Ihre Garnisonen verschwanden nach 1948 allmählich aus Budapest und aus den größeren Städten des Landes und etablierten sich mit Vorliebe in kleineren Orten oder in den Vororten der Großstädte, wo sie nicht ständig den Augen der Bevölkerung ausgesetzt waren. Als Unterkünfte für die Sowjettruppen dienten vorerst die ungarischen Kasernen, die man nach Kriegsende kurzerhand beschlagnahmte. Später, in den frühen fünfziger Jahren, bauten die Russen selber Kasernen. Es entstanden so ganze Kasernenstädte, die mit ihren modernen Einrichtungen als Ausbildungszentren der Sowjetarmee in Ungarn dienten. Nach zuverlässigen Quellen verfügte Moskau in dieser Zeit über 6 bis 8 voll aufgefüllte Divisionen in Ungarn (Spezialtruppen nicht gerechnet), deren Hauptmacht mit Panzern und schweren Waffen ausgerüstete Verbände bildeten. Als dann der jugoslawisch-sowjetische Konflikt ausbrach (1949), gefolgt vom Krieg in Korea (1950), stand Ungarn plötzlich selbst in der Frontlinie: die ungarische Volksarmee wurde in einem enormen Tempo ausgebaut, kriegseinsatzfähig gemacht, zugleich wurden im Lande mehr als zehn Sowjetdivisionen stationiert. Der ungarischen Bevölkerung schien in dieser Zeit der Kriegsausbruch mit Jugoslawien eine Sache von Wochen zu sein.

Trotz dieser Truppenkonzentrationen und Kriegsvorbereitungen sah man in den fünfziger Jahren nur wenige Sowjetsoldaten in den Straßen Budapests. Das Oberkommando der Sowjetarmee in Ungarn achtete sehr streng darauf, daß ihre Soldaten weder in der Hauptstadt noch in anderen größeren Städten zu sehen waren. Die Isolation von der einheimischen Bevölkerung traf nicht nur den gemeinen Soldaten, sondern auch das Offizierskorps, dessen Privatleben das Oberkommando im Ausland besonders überwachte. Die Offiziere der Besatzungsarmee wohnten mit ihren Familien in Wohnkolonien, die man für diesen

Zweck gebaut hat, sie kauften in Läden ein, die nur den Russen offenstanden, und sogar für ihre Kulturbedürfnisse wurde gesorgt.

Die Mannschaften wurden noch strenger gehalten. In der Sowjetarmee dienten die Dienstpflichtigen in der Regel drei bis fünf Jahre. Sie waren während dieser Zeit dem klassischen preußischen Drill unterworfen, hatten kaum Zeit für sich selbst und durften nur selten ihre Kasernen-Städte verlassen.

Nach dem Tode Stalins (1953) und im Zuge der darauffolgenden Liberalisierungstendenzen in der UdSSR wurden die strengen Verordnungen auch für die Sowjetarmee gelockert. In den Städten, die Mitte der fünfziger Jahre Sowjetgarnisonen beherbergten, begann sich eine lose Verbindung zwischen den Sowjetsoldaten und der Bevölkerung anzubahnen. Doch das war nicht so leicht, denn die Erinnerungen an die ersten Begegnungen mit

der Sowjetarmee von 1944/45 mit ihren schrecklichen Ausschreitungen waren bei den meisten Ungarn noch nicht verblaßt.

Am 15. Mai 1955 entstand als Ergebnis der Genfer Viermächte-Konferenz das unabhängige, neutrale Österreich. Aus den vier Besatzungszonen wurden die fremden Armeen abgezogen. Auch die Sowjetarmee mußte den von ihr besetzten Teil des Landes räumen. Die Mehrheit ihrer Truppentransporte wurde durch Ungarn geleitet. In diesen Monaten hegten viele Ungarn die Hoffnung, daß die Sowjetarmee nun auch aus Ungarn abziehen würde. Die rechtlichen Grundlagen für ihre weitere Stationierung in Ungarn waren ja mit dem österreichischen Staatsvertrag ohnehin hinfällig: Moskau brauchte die ungarische Etappe nicht mehr für die Versorgung ihrer Truppen in Österreich. Doch die Sowjets sorgten rechtzeitig vor.

## Der Warschauer Vertrag und Ungarn

Genau einen Tag vor dem Inkrafttreten des Österreichischen Staatsvertrages, am 14. Mai 1955, wurde in der polnischen Hauptstadt Warschau nach einer dreitägigen Sitzung der Vertreter der osteuropäischen Volksdemokratien und der Sowjetunion das unter dem Namen „Warschauer Pakt“ bekanntgewordene osteuropäische militärische und politische Vertragssystem unterzeichnet. Von dieser Stunde an waren die in den osteuropäischen Volksdemokratien (namentlich in Polen, in Ungarn und in Rumänien) stationierten Einheiten der Sowjetarmee nicht mehr Besatzungstruppen, sondern „verbündete Streitkräfte“, die allerdings weiterhin unter dem Oberbefehl der Sowjetunion (Hauptquartier des Vereinten Kommandos des Warschauer Paktes: Warschau; Oberbefehlshaber: Marschall der Sowjetunion I. S. Konjew) blieben.

Die neugestalteten Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Volksdemokratien brachte den letzteren dennoch einige Vorteile. Das Warschauer Schlußkommuniqué enthielt unter anderem folgende Sätze: „Die Verteilung der vereinten bewaffneten Formationen auf dem Territorium der Signatarmächte des Paktes wird in Berücksichtigung der Anforderungen der wechselseitigen Verteidigung

durch eine Vereinbarung zwischen diesen Staaten durchgeführt.“ Das heißt, für Truppenverschiebungen und Truppenverstärkungen bedurfte die Sowjetunion stets die Genehmigung des betreffenden Staates, in dem ihre Truppen sich aufhielten.

Die neue Lage brachte eine Reihe von Veränderungen im Leben der Sowjettruppen in Ungarn. Ihre Isolation von der Bevölkerung wurde gelockert. Nachdem die ungarische Presse öfters die Waffenbrüderschaft zwischen der Volksarmee und der Sowjetarmee betont hat, erhielten ungarische Offiziere Einladungen in russische Kasernen. Kulturensembles durften jetzt gelegentlich in Sowjetgarnisonen auftreten, und die Soldaten erhielten leichter die Erlaubnis, ihre Freizeit in den Dörfern oder Städten zu verbringen. Doch diese Änderungen beeinflussten die grundsätzlichen Direktiven der politischen Stellen der Sowjetarmee nicht, die weiterhin streng darauf achteten, daß die Freundschaft mit der einheimischen Bevölkerung bestimmte Grenzen nicht überschritt.

Im Herbst 1955 erhielt die ungarische Volksarmee neue, moderne Waffen und andere militärische Ausrüstung. Gleichzeitig begann man mit der Vorarbeit für die Aufstellung von

zwei ungarischen Elite-Divisionen, die dem Vereinten Kommando des Warschauer Paktes unmittelbar unterstellt und in der Tschechoslowakei bzw. Rumänien stationiert werden sollten. Diese Divisionen hätten bis 1957 ihre neuen Standorte einnehmen sollen. Die Ausbildung und politische Schulung ihres Offizierkorps wollte man in erster Linie in den Garnisonen der Sowjetarmee in Ungarn oder, wie sie jetzt offiziell hießen, in den „Sowjetbasen“ durchführen.

Die Standorte dieser „Sowjetbasen“ blieben die gleichen wie in der Zeit der Besatzung. Die Zahl der Anfang 1959 in Ungarn stationierten Sowjettruppen bezifferte man mit drei auf Kriegsstärke gebrachte Divisionen (2. und 17. mot.-mech.-Div. und die 92. Pz.-Div.) zuzüglich Spezialtruppen. Nach zuverlässiger westlicher Quelle befanden sich im Herbst 1956 ca. 40- bis 45 000 russische Soldaten in Ungarn <sup>3)</sup>.

Am Abend des 23. Oktober schossen Truppen des ungarischen Staatssicherheitsdienstes in die demonstrierende Menge vor dem Budapester Rundfunkhaus <sup>4)</sup>. Die Antwort der dort Versammelten war ein Gegenstoß, der sich innerhalb von Stunden zu einem Volksaufstand ausweitete. Während bei den obersten Kommandostellen der ungarischen bewaffneten Kräfte (Verteidigungsministerium, Staatssicherheitszentrum, Polizeipräsidium) Chaos und Unschlüssigkeit herrschten, griff der von Belgrad soeben nach Budapest zurückgekehrte Erste Sekretär der ungarischen kommunistischen Partei, Ernő Gerő, zum direkten Telefon nach Moskau. Er, der alte Kominternagent und „Berufsrevolutionär“, durchschaute die prekäre Lage sofort und forderte zur Niederwerfung des Aufstandes sowjetische Militärhilfe an.

Gerös Bitte kam für die Sowjets nicht unerwartet. Ihre zuständigen Stellen in Budapest waren wahrscheinlich über die sich anbahnenden

Die politischen Ereignisse des Sommers 1956 spielten sich im ganzen Land so ab, als wären in Ungarn keine Sowjetsoldaten mehr. Gewiß, die Sowjetregierung übte in dieser Hinsicht eine gewisse Zurückhaltung. Insbesondere nach der Demission Rákosis, des gehaßten Diktators, achtete sie darauf, nicht den Anschein zu erwecken, russische Soldaten mischten sich in die inneren Angelegenheiten Ungarns ein. Die Sowjet-Kasernen in der Umgebung von Budapest erhielten Ausgangssperre; diese Maßnahme wurde später, im August, im Zuge der sich anbahnenden Suezkrise, auch auf die Garnisonen in der Provinz ausgedehnt. Im September, als die ungarische Bevölkerung bereits im Banne der fiebrigen Vorrevolutionszeit lebte und die Spannung von Tag zu Tag zunahm, erfaßte auch eine gewisse Unruhe das Oberkommando der Sowjettruppen in Ungarn. Sie setzten Ende September / Anfang Oktober ihre Truppen in Alarmbereitschaft.

## Das erste Eingreifen der Sowjets

den Ereignisse in Ungarn besser orientiert als der Erste Sekretär der ungarischen kommunistischen Partei. Auf alle Fälle standen die Sowjettruppen schon um den 20. Oktober in der Karpatho-Ukraine und in Rumänien bereit, die ungarische Grenze jederzeit zu überschreiten. Auf Gerös Bitte hin wurden daher die Sowjetgarnisonen in Ungarn sofort in Alarmzustand gesetzt und aufgefordert, in Aktion zu treten.

Die der ungarischen Hauptstadt am nächsten gelegenen Standorte der Sowjettruppen waren am Abend des 23. Oktober Cegléd und Stuhlweißenburg, beide etwa 70 km von Budapest entfernt, erstere südöstlich und letztere südwestlich der Hauptstadt. Die Panzer, die aus dem Südwesten kamen, erschienen am 24. Oktober gegen zwei Uhr morgens in Budapest. Sie versuchten die Donaubrücken zu blockieren und mit den aus Cegléd ankommenden Panzerkolonnen die Verbindung aufzunehmen. Die erste Überraschung traf sie schon in diesen frühen Morgenstunden. Die in der Hauptstadt ankommenden Sowjettruppen wurden ungarischerseits nicht von Verbindungsoffizieren der Volksarmee erwartet. So mußten sich die Russen in der nächtlichen, spärlich beleuchteten Großstadt mit Karten oder durch Befragung

<sup>3)</sup> Pál Darnoy, Die sowjetische Militärintervention in Ungarn, in: Wehrkunde, Nr. 2, München 1957.

<sup>4)</sup> Einzelheiten siehe bei Tibor Méray: 13 Tage die den Kreml erschütterten, München o. J.

von Passanten orientieren. Sie wollten zum Rundfunkhaus gelangen, da sie von der Schlacht um dieses Gebäude erfahren und die Aufgabe hatten, die Belagerten — die Staatssicherheitsleute — zu entsetzen.

Was wollten sie dort mit ihren Panzern ausrichten? Eines wissen wir mit Sicherheit: die russischen Truppen hatten am 24. Oktober morgens noch keinen Schießbefehl. Laut ihrem Befehlshaber hatten sie durch ihr bloßes Erscheinen, durch eine Machtdemonstration und geschlossenes Auftreten der Revolte (von deren Ausmaß sie keine Ahnung hatten) im Bereich des Funkhauses ein Ende zu bereiten, ähnlich wie am 17. Juni 1953 in Berlin. An einen offenen Kampf mit den Aufständischen dachten sie überhaupt nicht. Deshalb erfolgte ihr Aufmarsch auch in geschlossenen Kolonnen; die Panzer schlossen ihre Luken nicht, sie bewegten sich mit offenem Panzerturm, als zögen sie ins Manöver.

Die Vorausabteilungen der sowjetischen Truppen erreichten in dieser Nacht das Rundfunkhaus nicht mehr. Sie verirrten sich hoffnungslos in der Großstadt, da sie von den Passanten oft bewußt irreführt worden waren<sup>5)</sup>. Als dann der Morgen des 24. Oktober anbrach, war die Schlacht um das Rundfunkhaus bereits beendet. Sieger blieben die Aufständischen — Studenten, Arbeiter und Bürger, denen sich Offiziere und Soldaten der Volksarmee während der Nacht in immer größeren Gruppen angeschlossen hatten<sup>6)</sup>.

Das Erscheinen der Sowjetpanzer in Budapest versetzte die ungarische Bevölkerung in

<sup>5)</sup> Aczél Tamás, *Az első éjszaka* (Die erste Nacht. Erlebnisbericht), in: *Irodalmi Ujság*, London 23. Oktober 1961.

<sup>6)</sup> Sogar die ersten Veröffentlichungen der Kádár-Regierung haben zugegeben: „Um der historischen Wahrheit die Ehre zu geben muß gesagt werden, daß sich unter der Menschenmenge auffallend viele Honvéd-Offiziere und etliche Polizeioffiziere befanden. Bei den Honvéd-Offizieren vor dem Funkhaus handelte es sich überwiegend um Offiziere der Politakademie ‚Petöfi‘. Ein Teil von ihnen wandte sich in Worten und Taten gegen die Kämpfer des Staatsschutzes, die das Funkhaus verteidigten. Andere beteiligten sich dagegen männhaft an der Verteidigung des Funkhauses. Auch bei den Zusammenrottungen vor dem Ostbahnhof und an anderen Punkten der Stadt waren vielfach Honvéd-Offiziere die Hauptträdelsführer.“ Siehe József Solyom — Ferenc Zele: *Harcban az ellenforradalommal* (Im Kampf gegen die Konterrevolution), Budapest 1957, S. 19. — Der Abschnitt, dem dieses Zitat entnommen ist, fußt nach Mitteilung der Verfasser auf schriftlichen Aufzeichnungen des ehemaligen Kommandos „Innere Einsatzbereitschaft“ des Staatssicherheitsdienstes.

äußerste Erregung. Bisher haben sie die Geschehnisse als eine „innere Angelegenheit“ betrachtet, als eine Auseinandersetzung zwischen dem Volk und der Diktatur der Gerö-Hegedüs-Clique. Mit der Militärintervention einer Großmacht — in diesem Falle der Sowjetunion — hatte niemand gerechnet. In dem „16-Punkte-Programm“ der Studenten der Technischen Hochschule befanden sich ja keine antisowjetischen oder ausgesprochen antikommunistischen Parolen. Die Studenten verlangten nur, daß die Beziehungen zu der UdSSR in Zukunft „auf der Basis völliger Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die innere Angelegenheiten“ bestehen sollten<sup>7)</sup>. Den Rückzug der Sowjettruppen aus Ungarn forderte man im Zuge der Erfüllung des Friedensvertrages von 1947, und es kam niemandem in den Sinn, etwa eine Demonstration mit antisowjetischen Parolen vor der Botschaft der UdSSR durchzuführen.

Das Erscheinen der Sowjetsoldaten auf den Straßen Budapests gab der kaum einige Stunden alten Revolution neuen Aufschwung und einen anderen Charakter. Die nationalen Gefühle loderten plötzlich auf, und sie wurden stärker als alle Lehren, die seit zehn Jahren den Internationalismus vor den Patriotismus zu setzen versucht hatten. So wurde die Revolution zu einem Volksaufstand und gleichzeitig zu einem Freiheitskampf gegen die fremden Eindringlinge.

An diesem ersten Morgen des Aufstandes waren nämlich die Fronten schon klar. Das Volk sah bereits, daß auf der Seite der Partei (das heißt der oberen Parteibürokratie) höchstens noch der Staatssicherheitsdienst stand. Die Polizei, die Volksarmee und der Grenzschutz verhielten sich neutral oder schlossen sich den Aufständischen an. Die Sowjetarmee schickte sich an, eben dieser Parteiclique und dem gleichermaßen verhaßten Staatssicherheitsdienst Hilfe zu leisten. Wenn auch hinsichtlich der zukünftigen politischen Gestaltung des Landes unter den Aufständischen Uneinigkeit herrschte, in einem waren sie sich einig: die Russen hatten in Budapest nichts zu suchen.

So wurde den am Morgen des 24. Oktober in die Hauptstadt einrückenden Sowjetsoldaten ein ganz anderer Empfang bereitet, als diese es sich vorgestellt hatten. Grimmige Gesich-

<sup>7)</sup> Siehe den Text des „16-Punkte-Programms“ im ersten Beitrag dieser Ausgabe, S. 9 f.

ter, drohende Fäuste und laute Pfui-Rufe begleiteten die Lastwagen der Soldaten auf ihrem Weg durch die von Arbeitern bewohnten Vororte. Dann kam es zu der ersten bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Sowjets und Ungarn. Arbeiter und Studenten, teilweise von Angehörigen der Volksarmee geführt, eröffneten das Feuer auf die in Richtung Innenstadt fahrenden sowjetischen Schützenpanzerwagen<sup>9)</sup>. Einige erwiderten das Feuer, andere kehrten um. Aber das Gros setzte seinen Weg fort. Sie schlossen die Lücken, gruppieren sich zu Kampfformationen und luden ihre Maschinenpistolen und Maschinengewehre durch. Der Kampf nahm damit seinen Anfang.

An diesem Vormittag des 24. Oktober standen an verschiedenen Stellen der Hauptstadt Aufständische im Kampf mit den Sowjets. In den Vororten baute man Barrikaden und in der Stadt, an den wichtigsten Straßenknotenpunkten (wie Széna-Platz, Zsigmond-Móricz-Platz, Corvin-Passage, etc.) richteten die sich ad hoc zusammenfindenden bewaffneten Gruppen Widerstandsnester ein und bereiteten sich auf einen Kampf gegen Panzer vor. Die Erfahrungen dazu hatten sie in den vergangenen Jahren gesammelt. Seit fast zehn Jahren wurden sie nämlich durch unzählige Sowjetfilme, Schauspiele oder durch Bücher vorbereitet, wie man mit selbstgebastelten primitiven Waffen feindliche Panzer bekämpfen kann. Die

meisten der jungen Leute besaßen dazu noch eine paramilitärische Ausbildung, in der vornehmlich die Partisanentaktik, jene Kampfform, welche die Russen in ihrer Heimat während des Zweiten Weltkrieges gegen die Deutschen angewandt hatten, gelehrt und geübt wurde. Dies kam jetzt den jungen Kämpfern auf den Straßen von Budapest zugute.

Die Reaktion der Bevölkerung auf das Erscheinen der Sowjettruppen in der Hauptstadt war für das sowjetische Oberkommando in Ungarn unerwartet und unverständlich. Obwohl seit der Nacht vom 23. auf den 24. Oktober die ungarische Grenze von Osten her an vielen Stellen von neuen Sowjetdivisionen, die sich in Richtung Budapest bewegten, überschritten wurde, erlitten die kämpfenden Einheiten nicht unbedeutende Verluste, bis die Verstärkungen eintrafen<sup>9)</sup>. Dies hatte seine Gründe: Die Sowjets verfügten nämlich in den ersten Tagen ihrer Intervention kaum über Infanterie in Budapest und schickten ihre Panzer ohne Begleitung von Schützen immer wieder in die von Aufständischen beherrschten Stadtviertel. Daß man dabei die schwerfälligen Panzer aus Kellerluken, von Dachböden oder hinter Barrikaden heraus leicht bekämpfen und vernichten konnte, liegt auf der Hand. Die Kampfvorschriften der Panzerwaffe basieren nicht ohne Grund auf der elementaren Regel, Panzeinheiten *nie* ohne begleitende Infanterie in Straßenkämpfen einzusetzen.

## Der Sowjetsoldat und der Volksaufstand

Inwieweit waren die russischen Soldaten, die man in Budapest einsetzte, über die ungarischen Ereignisse informiert? Was wußten sie von ihren Kampfzielen? Ihre Informationen, die sich aus einigen Schlagworten und Phrasen, die sie durch ihre Offiziere erhielten, zusammensetzten, waren äußerst dürftig. Ein junger Ungar, der die russische Sprache fließend beherrschte und in den Oktobertagen als freiwilliger Helfer in einem Spital des Budapester IX. Bezirkes Dienst tat, berichtet von seinen Erlebnissen mit einem russischen Soldaten:

<sup>9)</sup> Aufzeichnungen des Oberleutnants der Volksarmee a. D. János Decsi (unveröffentlichtes Manuskript im Besitz des Verfassers).

„Meine Kameraden wußten, daß ich Russisch sprach. So bat mich eine Schwester am 25. Oktober, ihre Abteilung aufzusuchen, wo ein verwundeter russischer Soldat lag. Er jammert den ganzen Tag, spricht fortwährend, doch niemand versteht ihn. Iwan — aber es kann sein, daß er Pjotr hieß — wurde mit einer Augenverletzung ins Spital eingeliefert. Er war sehr jung, fast ein halber Junge noch. Er freute sich riesig über meinen Besuch, da er dachte, seine Kameraden kämen, um ihn nach Hause

<sup>9)</sup> Die ungarische Staatspolizei in Nyirbátor berichtete am 24. Oktober um 1 Uhr morgens dem Verteidigungsministerium, daß sowjetische Truppen aus Rumänien nach Ungarn gekommen seien. Siehe: Was in Ungarn geschah. Der Untersuchungsbericht der Vereinten Nationen, Freiburg i. Br. 1957, S. 51.

zu transportieren. Er weinte um sein Augenlicht, da er annahm, daß er bereits blind sei. Aber vor seinem ungewissen Schicksal hatte er noch größere Angst. Er war der festen Überzeugung, daß die „Faschisten“ ihn früher oder später hinrichten würden. Nur mit Mühe konnte ich ihn beruhigen. Dann unterhielt ich mich lange mit ihm. Er verriet mir nicht, zu welcher Einheit er gehörte und sagte nur, daß er schon seit einigen Wochen in Ungarn sei und daß er bereits am Nachmittag des 23. Oktober auf dem Weg nach Budapest war. Über die Ereignisse in Ungarn war er äußerst schlecht informiert. Zum Beispiel hatte er keine Ahnung von der Regierungsumbildung und wußte nicht, wer Imre Nagy war. Er wiederholte immer und immer wieder, was er von seinen Offizieren hörte: faschistische Provokateure hatten gegen die Staatsordnung eine Revolte organisiert. Die ungarischen Arbeiter baten darauf um Militärhilfe von der Sowjetregierung. . . .“<sup>10)</sup>

Die Sowjetsoldaten suchten diese „ungarischen Arbeiter“ aber vergeblich auf den Budapester Straßen. Wenn sie Arbeitern begegneten, dann waren es keine Freunde oder Verbündete, sondern Gegner. Der einfache Sowjetsoldat begann sich nun eigene Gedanken über seinen Einsatz in Ungarn zu machen und ergriff jede Gelegenheit, sich über die Ereignisse aus erster Hand zu informieren.

Die vier Tage zwischen dem 24. und 28. Oktober brachten viele merkwürdige Situationen. An verschiedenen Straßenknotenpunkten und in den Vororten wurde heiß gekämpft, dagegen herrschte in einzelnen Stadtvierteln fast Ruhe. Man sah Passanten auf den Straßen, offene Läden und Zeitungsverkäufer, die die neuesten Ausgaben der revolutionären Zeitungen anboten. An einer Straßenecke las jemand laut Streikaufrufe der Arbeiterräte, nicht weit von ihm standen Sowjetpanzer. Sie versahen ihren Dienst stets in Gruppen von zwei bis drei Fahrzeugen, und es gelang ihnen fast nie, die von ihren Kommandeuren befohlene Isolierung aufrecht zu erhalten. Wo es nicht zu Kampfhandlungen kam, umringten Ungarn die russischen Panzer und versuchten, sich mit den Mannschaften zu verständigen. So geschah es auch am 27. Oktober vor dem Westbahnhof, wo drei T 34 die Straßen bewachten. Die Leute registrierten mit Wohlwollen, daß auf einem russischen Panzer eine ungarische Fahne

wehte. Die Ungarn ergriffen als erste das Wort. Da niemand unter ihnen russisch konnte, war vorerst ihr Annäherungsversuch äußerst umständlich. Aber sie stießen auf Verständnis. Ein älterer Mann begann: „Vengerski i ruski charascho“ (Ungarn und Russen sind gut). Der Russe: „Ponjemajem. Vsje ljudi charaschie.“ (Ich verstehe, diese Leute sind gut.) Wieder der Ungar: „Ruski njet bum-bum. Vengerski njet bum-bum.“ Der Russe lachte darauf, nickte ihm zu und umarmte den Ungarn. Jetzt tauchte ein Student auf, der gut Russisch sprach. Er holte aus seiner Tasche das Flugblatt heraus, auf dem das „16-Punkte-Programm“ der Studentenschaft gedruckt war. Er übersetzte dieses Punkt für Punkt. Die Soldaten umringten ihn. Auch der Kommandant, ein junger Oberleutnant, näherte sich. Sie alle hörten sich die Übersetzung ruhig an. Am Ende sagte ein Feldwebel: „Das ist euer Programm? Aber in ihm ist nichts enthalten, was gegen die Volksdemokratie wäre?“ Auch der Oberleutnant ergriff das Wort. Er versicherte den Ungarn, er würde nicht auf sie schießen, außer wenn sie angegriffen würden. „Und was ihr mit euren Staatssicherheitsleuten macht, nun, das ist eure Angelegenheit. Wir mischen uns da nicht ein. . . .“<sup>11)</sup>

Am 24. Oktober verließ ein Sowjetmajor, Michail Gregoritsch Akopjan, seine Panzer Einheit und bat in einem Budapester Miethaus in gebrochenem Deutsch um politisches Asyl. Er wurde dort ohne weiteres aufgenommen und mit P. P., einem ehemaligen ungarischen Kriegsgefangenen, der mehrere Jahre in Rußland verbracht hatte, zusammengebracht. P. P. berichtet über den Sowjetmajor: „Michail Gregoritsch Akopjan hat auf mich einen sehr guten Eindruck gemacht. Er war Georgier, sprach mit innerer Überzeugung und war kein Chauvinist, der die Russen haßte. Er sagte, er sei Sozialist. Obwohl er Verwandte in Griechenland und in den USA hatte, dachte er nicht daran, das Chaos in Ungarn auszunützen, um in den Westen zu flüchten. Er sprach kein Wort Ungarisch, doch er hatte einheimische Freunde, mit denen er sich in deutscher Sprache verständigen konnte. Während seine Einheit in Ungarn stationiert war, nahm er öfters die Gelegenheit wahr, westliche Radio-

<sup>11)</sup> Erlebnisbericht von P. P.: Oroszok, akik velünk voltak. Ismeretlen adatok a magyar forradalom történetéhez (Russen, die mit uns waren. Unbekannte Begebenheiten zu der Geschichte der ungarischen Revolution). Unveröffentlichtes Manuskript im Besitz des Verfassers.

<sup>10)</sup> Nach Mitteilung von A. T. an den Verfasser.

sendungen zu hören. Er kannte sich auch in der innenpolitischen Lage Ungarns aus und war der Ansicht, wenn in Ungarn der Aufstand gelänge, würde die revolutionäre Welle auch auf Rußland übergreifen. Deshalb schlug er uns vor, eine politische Aufklärungstätigkeit unter den Sowjetsoldaten zu starten.“<sup>12)</sup>

Akopjan wandte sich durch P. P. an die Ungarische Revolutionäre Jugend mit der Bitte, ihm die Möglichkeit zu dieser Tätigkeit zu geben. „Der Sowjetmajor hoffte, die Sowjetsoldaten mit dem Gedankengut des ungarischen Volksaufstandes bekannt zu machen: Nach der Rückkehr in ihre Heimat könnten sie dann vielleicht das Rad der Geschichte vorwärts drehen. Dieser Plan, so phantastisch er auch auf den ersten Blick klang, hatte einen gewissen realen Grund“ — so schreibt P. P. in seinen Erinnerungen. In den nächsten Tagen gelang es dieser kleinen Propaganda-Truppe, bestehend aus acht jungen Männern, vorwiegend Studenten, die die russische Sprache gut beherrschten, sich ohne zentrale Hilfe zu organisieren. Sie verfügten schnell über einige Schreibmaschinen mit kyrillischen Lettern (aus der Budapester „Gorkij-Schule“), trieben ein Hektographiergerät auf und erhielten sogar von der Postdirektion zwei Lautsprecherwagen zur Verfügung gestellt. Von den vielen Flugblättern, die sie herausgaben, sei hier nur eines zitiert:

#### „AUFRUF

#### AN DIE IN UNGARN STATIONIERTEN ANGEHÖRIGEN DER SOWJET-ARMEE!

Freunde!

Lehnt die Rolle der Henker ab, die zu spielen man euch hierher geschickt hat! Ihr habt die Diktatur des Faschismus gestürzt, aber ihr seid Diener einer anderen Diktatur. Die fortschrittliche Menschheit der ganzen Welt verurteilt euch!

Freunde!

Wir Ungarn wissen, daß ihr nicht die Schuldigen seid. Wir klagen nicht das Sowjetvolk, sondern eure Regierung an!

<sup>12)</sup> Siehe Anmerkung Nr. 11.

Freunde!

Ihr dient nicht der Sache des Sozialismus, sondern derjenigen des roten Imperialismus! Auf den Straßen von Budapest liegen zerstörte Panzer, neben ihnen gefallene Sowjetsoldaten. Für wen sind sie gestorben? Haben sie vielleicht ihre Heimat verteidigt? Nein!

In wessen Interesse wird wohl die Freiheit des ungarischen Volkes niedergeworfen? Im Interesse derjenigen, für die die heilige Sache des Sozialismus nicht anderes ist als eine Phrase und die im Namen des Volkes das Volk ermorden!

Freunde! Schießt nicht!“<sup>13)</sup>.

Die Akopjan-Gruppe konnte schon in kürzester Zeit die ersten Erfolge verbuchen. Mit ihren Lautsprecherwagen führte sie mehrere Einsätze durch, hauptsächlich in der Umgebung des Ostbahnhofes. In der Nähe der Waitzer-Straße hatten sie wenig Glück: einer ihrer Wagen wurde unter Feuer genommen und brannte völlig aus. Am 28. Oktober erzog P. P. den Plan, ihre Aufrufe künftig über den Kurzwellensender des ungarischen Rundfunks durchzugeben, und bemühte sich, einen UKW-Sender aufzutreiben. Da Major Akopjan die meisten Wellenlängen der Sowjetpanzer kannte, bestand die Hoffnung, per Funk die Panzerbesatzungen einzeln anzusprechen. Doch die rasche Folge der Ereignisse vereitelte diesen Plan<sup>14)</sup>.

Wenige Tage nach Beginn der sowjetischen Militärintervention begannen sich die Fronten zwischen Ungarn und Sowjetsoldaten zu klären. Auch der einfachste Soldat begriff jetzt, daß er über die Ziele der ungarischen Bewegung falsch informiert worden war. Während ihrer Patrouillen auf den Budapester Straßen konnten sie sich vergewissern, daß ein Volk gegen sie kämpfte und hinter der ungarischen kommunistischen Partei (die meisten Soldaten wußten ohnehin nur, daß sie Rákosi vertei-

<sup>13)</sup> Ebenda.

<sup>14)</sup> Nach der zweiten sowjetischen Militärintervention am Morgen des 4. November versuchte Major Akopjan mit einer kleineren Gruppe von Ungarn und ehemaligen russischen Soldaten in den Ofenerbergen einen Partisanenkrieg zu entfalten. Er fiel mit dem Gros seiner Gruppe am 7. November in Obuda.

digten) außer der Sowjetarmee keine bewaffnete Kraft stand. Zudem konnten sie sich davon überzeugen, daß ihre Gegner sie nicht haßten und daß sie eine Gefangennahme nicht zu fürchten hatten. So geschah es, daß vom 27. Oktober an sogar die Panzerkommandanten so manövrierten, daß direkte Zusammenstöße mit den Aufständischen möglichst vermieden wurden. Vom 28. Oktober an kam es häufiger vor, daß Sowjetsoldaten ihre Einheiten verließen und sich den Aufständischen ergaben. P. P., der in diesen Tagen viel in Budapest herumkam, besuchte auch ein „Gefangenenerlager“ im IX. Bezirk, im Hauptquartier der dortigen Aufständischen, in dem er auf mehr als 40 Gefangene stieß. „Die meisten von ihnen wurden mit Brandwunden aus ihren brennenden Panzern geborgen. Als ich sie

Ende Oktober besuchte, waren sie guten Mutes. Sie spielten den ganzen Tag Karten, hörten Radio und versuchten sich mit ihren Wachen zu unterhalten. Ihre Verpflegung war gleich der der Aufständischen.“

Es ist eine unleugbare Tatsache, daß jeder Russe, der sich ergab oder verwundet in die Hände der Aufständischen fiel, nichts von diesen zu fürchten hatte. Von Lynchjustiz oder Mißhandlungen konnte keine Rede sein. Das ungarische Volk konnte auch in den Tagen einer blutigen Revolution zwischen Unterdrückten und Unterdrückern unterscheiden, und da es in den einfachen Sowjetsoldaten nicht seine potentiellen Gegner, sondern nur Werkzeuge der sowjetischen Regierung sah, betrachtete es sie nur so lange als Feinde, als sie ihre Waffen gegen das Volk erhoben.

## Die russischen Freiwilligen

Es gab aber auch Soldaten der Sowjetarmee, die bereit waren, mit der Waffe auf die Seite der Aufständischen überzutreten. Ein ungarischer Student, Imre Máté, der an der Universität Slawistik studierte, berichtet:

„Am 27. Oktober gelang es mir, mit einem usbekischen Offizier ins Gespräch zu kommen. Ich selbst beherrsche das Usbekische nicht, spreche aber kumenisch, da meine Familie den Kumanen entstammt. Da das Kumenische mit der usbekischen Sprache — wie alle türkischen Sprachen — verwandt ist, konnte ich mich mit ihm verständigen. Er berichtete mir viele interessante Einzelheiten über die Sowjetarmee. So zum Beispiel, daß sowohl in Ungarn als auch in den anderen volksdemokratischen Ländern sehr viele Soldaten aus den nicht-russischen Nationalitäten der Swjetunion stammen, da diese Leute den Russen nicht vertraut sind und deswegen gern zum Militärdienst außer Landes geschickt werden. Er sagte auch voraus, daß man diese Truppen aus Ungarn bald abziehen werde, um an ihrer Stelle rein russische Verbände zu setzen — was nach dem 4. November tatsächlich geschah.

Er erklärte sich bereit, sich uns anzuschließen, und es gelang ihm sogar, einen anderen Offizier, einen ukrainischen Leutnant, zu bewegen,

dasselbe zu tun. Übrigens war es dieser Offizier, der vor einigen Tagen das Feuer auf ungarische Staatssicherheitsdienstleute vor dem Parlamentsgebäude eröffnet hatte. Sie beide kamen in dieser Nacht mit mir zu unserem Quartier auf dem Lágymányos, wo wir noch andere Soldaten der Interventionsarmee überreden konnten, sich den Aufständischen anzuschließen, darunter auch zwei Russen. Am schwersten fiel die Überredung zweier kasachischer Soldaten, die zuerst nicht glauben wollten, daß wir für eine sozialistische Unabhängigkeit kämpften. Man sagte ihnen doch von ‚oben‘, daß in Ungarn ein faschistischer Putsch ausgebrochen sei! Noch in dieser Nacht kamen wir mit sowjetischen Truppen in ein Feuergefecht, wo meine ‚neuen Soldaten‘ sehr gut ihren Mann gestellt und ihre Treue und Tapferkeit bewiesen haben.“<sup>19)</sup>

Wie Máté später berichtete, befanden sich Ende Oktober 1956 unter seinem Kommando 87 Ungarn, 4 Usbeken, 17 Kirgisen, 14 Kasachen, 5 Tscherezen, 13 Ukrainer, 4 Russen, 1 Mongole, 3 Tataren und 2 Weißrussen. Die meisten fielen dann in den Kämpfen nach dem 4. November, und nur einigen gelang es, nach

<sup>19)</sup> Máté Imre, Emlékeim a magyar forradalomról (Meine Erinnerungen über die ungarische Revolution). Unveröffentlichtes Manuskript im Besitz des Verfassers.

dem Westen zu entkommen, wo sie heute in der Nähe von München leben <sup>17)</sup>.

Auch andere Quellen berichten über die Teilnahme russischer Freiwilliger am ungarischen Freiheitskampf. So hat zum Beispiel in Ujpest, einem Industrievorort von Budapest, eine

kleine Gruppe ukrainischer Soldaten mit der dortigen Nationalgarde am 4. November den Kampf gegen die sowjetische Übermacht aufgenommen. Ihr Anführer — man nannte ihn Miska — war ein Sergeant aus der 32. mot. Division, der am 7. November auf den Barrikaden fiel.

## Die Sowjetintervention in der Provinz

Die von Ernő Gerő ins Land gerufenen Sowjettruppen beschränkten ihre Intervention nicht nur auf Budapest. Bereits während des Aufmarsches ihrer Divisionen in Richtung der ungarischen Hauptstadt bekamen die Sowjets die Verachtung zu spüren, die das Volk ihnen gegenüber empfand. In einzelnen Orten verbarrikierten die Einwohner die Straßen, versuchten die Brücken unbrauchbar zu machen oder stellten sich mit einigen Gewehren und Handgranaten dem mächtigen Gegner entgegen. Der Widerstand in der flachen Ebene zwischen Donau und Theiß wurde dabei schnell gebrochen, und die Russen konnten ihren Vormarsch fast ungehindert bis Budapest führen.

Anders dagegen war die Lage in Transdanubien, wo die sowjetische Militärmacht nur allmählich ihren Machtbereich ausbreiten konnte. Die Topographie, die vielen Wälder und Berge dieses Gebietes, begünstigte die Sache der Ungarn. Dazu kam, daß viele Orte dieser Gegend von Arbeitern und Bergleuten bewohnt sind, die sich schon in den ersten Tagen des Aufstandes organisieren und auch zur Wehr setzen konnten. So geschah es zum Beispiel in Várpalota, einer mittelgroßen Stadt Transdanubiens, daß, als der machtlose Parteisekretär zur Wiederherstellung der staatlichen Ordnung Sowjethilfe anforderte, die sowjetischen Truppen von der aufgebrachten Menge mit der Waffe in der Hand empfangen wurde. Die Russen büßten dreizehn Tote und zwei Dutzend

Verwundete ein und mußten sich aus der Stadt zurückziehen <sup>17)</sup>.

Es gab aber auch Kommandeure sowjetischer Garnisonen, die die innere Lage Ungarns kannten und versuchten, sich von den Geschehnissen fernzuhalten. In Raab (Győr) zum Beispiel verließen die sowjetischen Soldaten bereits am 24. Oktober die Stadt und kampferten in einem nahen Wald. Ihr Kommandeur, Oberstleutnant Schwarz, begründete diesen Schritt dem Vorsitzenden des Raaber Nationalrates wie folgt: „Wir beabsichtigen nicht, uns in eure Angelegenheiten zu mischen. Den Aufstand des ungarischen Volkes gegenüber seinen Führern, die das Volk unterdrückten, halten wir berechtigt. Wir werden keinen Angriff auf euch vorbereiten, weil für uns der Friede in Raab genau so wichtig ist wie derjenige in der ganzen Welt.“ <sup>18)</sup>

In Miskolc, dem bedeutenden Industriezentrum in Nordungarn, sprach Ende Oktober sogar ein Sowjetkommandeur öffentlich zu den Aufständischen und gab sein Wort, daß er, solange er Kommandogewalt habe, es nicht zulassen werde, daß russische Soldaten Aufständische bekämpften. Er betrachte die ungarische Revolution als eine gerechte Bewegung des Volkes! (Dieser Offizier, ein älterer Oberstleutnant, erschoss seine Frau, sein Kind und sich, als nach dem 4. November die aus der Karpatho-Ukraine eingetroffenen Sowjettruppen Miskolc besetzten.)

Die Studenten von Keszthely fertigten Flugblätter in russischer Sprache an, die sie an die

<sup>17)</sup> Nach zuverlässigen Quellen sollen etwa 200 russische Soldaten nach der Niederwerfung des ungarischen Volksaufstandes nach dem Westen entkommen sein. Diejenigen, die ihre Flucht nicht in Richtung Österreich, sondern nach Jugoslawien unternahmen, wurden von dem UDBA (jugoslawischer Staatssicherheitsdienst) in Gewahrsam genommen, in separate Lager gebracht und später vollzählig den Sowjetbehörden ausgeliefert.

<sup>17)</sup> Vádirat, Az ellenforradalom Veszprém megyében (Die Konterrevolution im Komitat Veszprém), Budapest 1957, S. 41.

<sup>18)</sup> Szöllösy Árpád, A forradalom Győrött (Die Revolution in Raab), in: Uj Látóhatár, München, September 1961, S. 419.

Soldaten der Sowjetgarnisonen in Hajmaskér und Papa verteilten. Die Kommandeure ließen dies zu, um persönlich Informationen über die Geschehnisse in Ungarn zu erhalten. Daß diese Tätigkeit der Studenten erfolgreich war, wird z. B. dadurch bewiesen, daß der Kommandeur der Sowjetgarnison in der Nähe von Keszthely sich weigerte, nach dem 4. November die Studenten anzugreifen. Die Studenten mußten von NKWD-Truppen der neugekommenen Sowjeteinheiten entwaffnet werden<sup>19)</sup>.

In Jaszberény machte der sowjetische Kommandeur, von zwei Offizieren begleitet, dem dortigen Revolutionsrat einen Besuch. Er versprach, daß er sich nicht in ungarische Angelegenheiten einmischen würde und daß seine Truppen die Kasernen nicht verlassen würden, um Zusammenstöße zu vermeiden. In Debrecen zogen sich die sowjetischen Streitkräfte

aus der Stadt aufs Land zurück, da sie — wie ihr Kommandeur sagte — nichts mit den ungarischen Angelegenheiten zu tun haben wollten<sup>20)</sup>.

Das Zentralblatt der ungarischen Volksarmee, „Magyar Honvéd“, berichtete am 2. November 1956 über eine Sowjeteinheit in der Nähe von Gyöngyös, die ihre Waffen den Aufständischen aushändigte und erklärte, daß sie nicht gewillt sei, gegen die Revolutionäre vorzugehen<sup>21)</sup>. Diese und ähnliche Fälle veranlaßten die Ungarn, die Regierung Nagy zu ersuchen, denjenigen russischen Soldaten, die nicht mit der Sowjetarmee das Land verlassen wollen, politisches Asyl zu gewähren. Ein Aufruf in diesem Sinne wurde am 3. November im Zentralblatt der sozialistischen Partei Ungarns, „Népszava“, veröffentlicht.

## Die sowjetischen Manöver in den letzten Oktobertagen

„Sowjetische Panzer und Truppenverbände zogen heute aus der vom Kriege gezeichneten Hauptstadt ab; sie nahmen ihre Toten mit. Sie verließen eine schwer angeschlagene Stadt, in welcher der aus den rauchenden Ruinen emporsteigende Gestank des Todes sich mit dem eisigen über der Donau liegenden Nebel mischt. Ich kam hierher aus Warschau — mit dem Flugzeug, dem Wagen und zu Fuß —, die letzten fünf Kilometer mußte ich laufen.“

Während wir uns Budapest näherten, sah ich die ersten nach Süden fahrenden sowjetischen Truppenkolonnen. An der Spitze fuhr ein Panzerspähwagen, gefolgt von zehn T-34-Panzern, und dahinter zahlreiche Motorräder und Lastwagen. Die Panzer waren vom Pulverrauch geschwärzt, ölverschmiert und mit Blut besudelt. Auf dem Heck eines Panzers lag ein toter Sowjetsoldat. Auch auf den Armeelastwagen lagen mehrere Tote.

Die russischen Soldaten starrten düster und verbittert vor sich hin. Am Straßenrand standen Ungarn, die schweigend den Abmarsch beobachteten. Ein ungarischer Bauer spuckte einen der an ihm in Armlänge vorüberfahrenden sowjetischen Panzer an. Die Sowjetsoldaten taten so, als sähen sie es nicht. ... Alle Geschütze der dem Konvoi voranfahrenden Panzer waren besetzt, und hinter den Maschinengewehren, mit denen die Lastkraftwagen bestückt waren, standen die Schützen in Schußbereitschaft ...“<sup>22)</sup> — so beschreibt der englische Journalist A. J. Cavendish von „United Press“ am 29. Oktober 1956 den Abzug der Sowjettruppen aus Budapest. Der Rückzug erfolgte, nachdem es Imre Nagy gelungen war, die sowjetischen Politiker Mikojan und Suslow — die sich zur Zeit in Budapest aufhielten — zu veranlassen, in Moskau die Zustimmung für die Räumung Budapests zu fordern. Sie hatten eingesehen, daß das weitere Ver-

<sup>19)</sup> Siehe Tikos László, A forradalom Keszthelyen, különös tekintettel a keszthelyi Mezőgazdasági Akadémia tevékenységére (Die Revolution in Keszthely unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit der Keszthelyer Landwirtschaftlichen Akademie). Unveröffentlichtes Manuskript im Besitz des Verfassers.

<sup>20)</sup> Siehe: Was in Ungarn geschah ..., S. 54.

<sup>21)</sup> „Magyar Honvéd“ (Budapest), 2. November 1956.

<sup>22)</sup> Mitgeteilt im Weißbuch von Melvin J. Lasky: Die ungarische Revolution, Berlin 1958, S. 144 ff.

bleiben der sowjetischen Truppen in der ungarischen Hauptstadt nicht nur die Lage ungünstig beeinflusste, sondern auch die Konsolidierung der Nagy-Regierung — der die Sowjets noch vertrauten — vereitelte. Der Abzug der Sowjettruppen aus Budapest — und nur aus Budapest — begann am 29. Oktober und wurde laut amtlicher Mitteilung des ungarischen Rundfunks bis zu den frühen Morgenstunden des 31. Oktober beendet <sup>23)</sup>.

Aber die Hoffnung, daß der Abzug der Sowjettruppen sich nicht auf Budapest beschränken, sondern auch auf die Provinz übergreifen würde, hielt nur einige Stunden an. Der Miskolcer Rundfunk, der seit einigen Tagen in die Hände des Arbeiterrates des Komitates Borsod übergegangen war, brachte als erste Rundfunkstation des Landes am 31. Oktober 13.17 Uhr die Hiobsbotschaft über „unverständliche“ neue Manöver der Russen:

„Wie schon gemeldet, hat der Abzug der sowjetischen Einheiten begonnen. Jedoch haben aus Gründen, die wir und die Bevölkerung des Landes nicht verstehen, große sowjetische Truppenverbände — Flakeinheiten, Panzer und Infanterie — ihre Richtung geändert. Über Záhony haben sie ungarisches Gebiet betreten und bewegen sich auf Nyiregyháza zu. Die Ursache für diese kreisförmige Bewegung der sowjetischen Truppen ist uns unbegreiflich. Wir haben sie mit Hilfe verschiedener Nachrichtenquellen die ganze Nacht hindurch beobachtet und den Ministerpräsidenten über die Ereignisse unterrichtet. Wir telefonierten mit Staatsminister Zoltán Tildy sowie mit dem Stellvertretenden Verteidigungsminister und ersuchten nachdrücklich darum, die Frage

höchst energisch mit den sowjetischen Befehlshabern zu klären... Auf Grund unserer Bemühungen wurde der Ministerrat einberufen. ...“ <sup>24)</sup>

Seit dieser Stunde mehrten sich die beunruhigenden Nachrichten aus dem Osten des Landes, die alle den Grenzübertritt von neuen sowjetischen Truppen meldeten. Die Regierung Nagy war vorerst ratlos: hatten doch Mikojan und Suslow am Morgen des 31. Oktober, am Tage ihrer Abreise nach Moskau, Imre Nagy versprochen, daß man nicht nur Budapest militärisch räumen, sondern auch diejenigen Sowjettruppen aus Ungarn abziehen würde, die sich nicht auf Grund des Warschauer Vertrages im Lande aufhielten <sup>25)</sup>. Darüber hinaus sollte die Sowjetregierung angeblich bereit sein, über den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Paktsystem Verhandlungen zu führen <sup>26)</sup>.

Was mochte in den letzten Oktobertagen in Moskau geschehen sein? Was hatte die Sowjetregierung bewogen, ohne die Konsultation ihrer Budapester Emmissäre militärische und politische Maßnahmen zu ergreifen, die die zweite sowjetische Militärintervention in Ungarn vorbereiteten? Noch heute, zehn Jahre nach den Ereignissen und trotz des Sturzes von Ministerpräsident Chruschtschow, wissen wir über die Gründe dieses Entschlusses (außer Gerüchten und verschiedenen „Theorien“) nichts Sicheres außer der Tatsache, daß an dem Tage, als der letzte Sowjetsoldat Budapest verlassen hatte, der Aufmarsch der Sowjetarmee gegen Ungarn zur Niederwerfung des Aufstandes seinen Anfang nahm <sup>27)</sup>.

<sup>23)</sup> Siehe: A magyar forradalom és szabadságharc a hazai rádióadások tükrében. 1956 október 23 — november 9. (Die ungarische Revolution und der Freiheitskampf im Spiegel der heimatischen Rundfunksendungen), New York 1957, S. 207.

<sup>24)</sup> Siehe: A magyar forradalom ..., S. 234.

<sup>25)</sup> Siehe dazu das sehr aufschlußreiche Kapitel „Besuch von Mikojan und Suslow“ im Buch von Tibor Méray, a. a. O., S. 150 ff.

<sup>26)</sup> József Kövágó, der ehemalige Bürgermeister von Budapest, gab folgende Erklärung über dieses Thema vor dem Sonderausschuß der Vereinten Nationen am 28. Januar 1957 ab: „Am 30. Oktober war ich zugegen, als Mikojan ... einen Staatsmini-

ster der Nagy-Regierung anrief. Er äußerte den Wunsch, den Minister zu treffen. Das Treffen fand eine Stunde später statt und dauerte etwa sechzig Minuten. Vor seiner Abfahrt riet ich dem Staatsminister, Mikojan über die sowjetische Einstellung zum Mehrparteiensystem, zum Austritt aus dem Warschauer Pakt und zum Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn zu befragen und herauszufinden, ob diesbezügliche Beschlüsse der Regierung gebilligt würden. Der Staatsminister kam in froher Stimmung von der Besprechung zurück und sagte: ‚Er hat alles akzeptiert!‘“

<sup>27)</sup> Diese sowjetischen Truppenbewegungen aus dem Osten wurden sowjetischerseits als „Ablösung der schon seit langer Zeit in Ungarn stationierten Sowjettruppen“ bezeichnet. Siehe Darnoy, a. a. O.

## Die Regierung Nagy verhandelt mit dem Sowjetbotschafter

Um eine Panik zu vermeiden und die Gruppen bewaffneter Aufständischer von unüberlegten Handlungen abzuhalten, versuchte die Regierung Nagy vorerst, die Nachrichten über die sowjetischen Truppenbewegungen vor der Bevölkerung zu verheimlichen. Doch dies gelang nur für einige Stunden, weil Eisenbahner, die ungarische Luftwaffe, aber auch verschiedene Organe der Aufständischen dafür sorgten, daß die Rundfunkstationen und die Zeitungen über die Bewegungen der Sowjettruppen informiert wurden. Da es keine Zensur mehr gab, wurde die Bevölkerung laufend über die Entwicklung der Dinge unterrichtet. Umsonst waren die verschiedenen Verhandlungen Imre Nagys mit dem sowjetischen Botschafter Andropow, umsonst forderte er den Botschafter mehrmals auf, die Proteste gegen den Einmarsch sowjetischer Truppen in Ungarn nach Moskau weiterzuleiten. Andropow erfand stets neue Erklärungen für diese Truppenbewegungen. „Er versicherte der ungarischen Regierung, daß es sich bloß um Bewegungen von Polizeikräften handele und daß keine neuen Militärformationen die Grenze überschritten hätten. Andropow fügte noch rein informativ hinzu, die Sowjets müßten Formationen der NKWD nach Ungarn schicken, damit in den eigenen Einheiten die Disziplin wiederhergestellt werde und sich während des Rückzugs der Truppen keine unliebsamen Zwischenfälle ereigneten“ — so erinnert sich Dr. György Heltai, Stellvertretender Außenminister der Regierung Nagy<sup>28)</sup>, und betont weiter, daß trotz dieser „Versicherungen“ des sowjetischen Botschafters Imre Nagy sich nicht irreführen ließ und weiter auf eine Stellungnahme Moskaus drängte. Am 1. November ließ Imre Nagy Andropow wieder zu sich bitten und setzte nun den Botschafter von neuen Einzelheiten in Kenntnis, zeigte ihm auf der Landkarte die Richtung, in der sich die Sowjettruppen bewegten und ersuchte ihn dringend, bei seiner Regierung zu intervenieren, daß diese ihr feierliches Versprechen vom 30. Oktober einhalte<sup>29)</sup> und in Erfüllung der Bestimmungen

des Warschauer Paktes die im Lande stationierten Sowjettruppen dem Befehl des ungarischen Verteidigungsministeriums unterstelle. Der Botschafter versprach wiederum mit unbewegter Miene, daß er in dieser Angelegenheit in Moskau Erkundigungen einziehen werde.

Nach den Erinnerungen Dr. Heltais telefonierte der Botschafter um 11.40 Uhr mit dem Ministerpräsidenten. „Der Botschafter ließ mich den bevollmächtigten außerordentlichen Gesandten Péter Mód in sein Büro rufen und faßte die Antwort Moskaus in drei Sätzen zusammen. Imre Nagy übersetzte die Antwort unmittelbar und diktierte sie Satz für Satz dem Gesandten Mód. Die Antwort hatte im wesentlichen folgenden Inhalt:

Die feierliche Erklärung vom 30. Oktober bezüglich des Abzugs der Sowjettruppen wird eingehalten werden.

Die ungarische Regierung wird aufgefordert, eine Kommission zur Prüfung der durch die Kündigung des Warschauer Paktes aufgeworfenen Fragen zu ernennen.

Man werde eine Militärkommission zusammenstellen, die mit den Verhandlungen über die militärischen und technischen Modalitäten des Abzugs der Sowjettruppen betraut wird.

Ministerpräsident Imre Nagy verlangte hierauf ein förmliches Versprechen, daß keine neuen sowjetischen Truppen nach Ungarn entsandt werden. Der sowjetische Botschafter lehnte es jedoch ab, eine diesbezügliche Verpflichtung einzugehen.

Der Ministerpräsident berief daraufhin eine Konferenz der Parteiführung ein, an der Imre Nagy, János Kádár, Ferenc Münnich, György Lukács, Zoltán Szántó, Géza Losonczy, Ferenc Donáth, Sándor Haraszi, Antal Apró und Károly Kiss teilnahmen.

Dieses Gremium beriet über die der Regierung übermittelten Berichte und stellte fest,

<sup>28)</sup> Heltai György, Visszaemlékezés 1956 október-novemberre (Erinnerungen). Unveröffentlichtes Manuskript im Besitz des Verfassers.

<sup>29)</sup> Die Erklärung der Sowjetregierung über die Notwendigkeit einer neuen Regelung der gegenseitigen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern wurde am 31. Oktober 1956 in der Mos-

kauer „Prawda“ veröffentlicht. Dieses Dokument — an das man sich seither in Moskau nicht mehr erinnern will — billigte den Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes das Recht zu, über die Frage des Abzugs der Sowjettruppen von ihrem Territorium mit der Regierung der UdSSR Verhandlungen zu führen.

daß die Sowjetunion ihre aus dem Warschauer Pakt resultierenden Verpflichtungen de facto verletzt habe. Die Anwesenden drückten ihre Besorgnis über die militärischen Verstärkungen aus, die ihrer Meinung nach geeignet seien, als Provokation ausgelegt zu werden, eine Katastrophe auszulösen und neues Blutvergießen hervorzurufen. Infolgedessen empfahlen sie, daß Ungarn unter Berufung auf die Mißachtung der Verpflichtungen durch die UdSSR aus dem Warschauer Pakt austrete. Um Provokationen zu vermeiden, sollte der Ministerpräsident so rasch wie möglich die Neutralität Ungarns proklamieren.

Von allen Mitgliedern der Parteiführung erhoben nur György Lukács und Zoltán Szántó Einwände. Imre Nagy führte aus, daß Ungarn, wenn es gegenüber der Sowjetunion eine freundschaftliche Neutralität beobachte, diesem Lande seiner Meinung nach politische und wirtschaftliche Vorteile biete. Antal Apró schlug vor, mich mit der sofortigen Ausarbeitung der durch die Ereignisse erforderlichen Noten und der Neutralitätserklärung zu beauftragen.

Der Ministerpräsident machte die Ausarbeitung und Absendung dieser Dokumente von der Zustimmung des Ministerrates abhängig. Dieser trat in Anwesenheit István Dobi, des Vorsitzenden des Präsidialschaftsrates, sofort zusammen. Der Ministerrat stimmte dem Vorschlag der Parteiführung zu. In seiner Eigenschaft als Staatschef begrüßte István Dobi den Vorschlag und genehmigte ihn.

Am Nachmittag des 1. November berief Ministerpräsident Imre Nagy den Botschafter Andropow wieder zu sich. In Anwesenheit der Regierungsmitglieder und der Militärexperten legte er ihm neue, präzise Beweise über sowjetische Truppenverstärkungen vor und erläuterte ihm die Gründe für die sofortige Kündigung des Warschauer Paktes und die Proklamation der Neutralität Ungarns. Im Namen der gesamten Regierung teilte er dem Botschafter mit, daß im Falle einer Weigerung der Moskauer Regierung, die im Gang befindliche militärische Aktion gegen Ungarn einzustellen und die Überschreitung der Grenze durch neue Truppen zu untersagen, die ungarische Regierung die Vereinten Nationen auffordern werde, die ungarische Frage auf die Tagesordnung ihres Sicherheitsrates zu setzen.

In seiner Eigenschaft als Erster Sekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei erklärte János Kádár im eigenen Namen wie im Namen der Parteiführung, daß er dies uneingeschränkt billige. Er fügte hinzu, diesmal nur im eigenen Namen, daß die Anwesenheit der Sowjettruppen in Ungarn eine konterrevolutionäre Provokation hervorrufen könnte. *Als ungarischer Kommunist habe er die Pflicht, wenn nötig mit der Waffe in der Hand gegen diese Truppen zu kämpfen.* Der Botschafter Andropow nahm die ihm gegebenen Erklärungen zur Kenntnis und versicherte, daß er seine Regierung unverzüglich hiervon unterrichten werde.<sup>30)</sup>

## Die Vorbereitung der zweiten sowjetischen Intervention

Um die Bevölkerung zu beruhigen, aber nicht zuletzt um die ganze Weltöffentlichkeit über die Ungarn drohende Gefahr zu informieren, entschloß sich Imre Nagy, ein Kommuniqué im ungarischen Rundfunk zu veröffentlichen. „Freies Kossuth Radio Budapest“ strahlte am 1. November, 18.12 Uhr, folgende Sendung aus:

„Achtung, Achtung! Wir senden jetzt eine außerordentlich wichtige Mitteilung!

Ministerpräsident und Außenminister Imre Nagy berief heute den Botschafter der UdSSR, Andropow, zu einer Unterredung. Nagy hielt ihm vor, die ungarische Regierung sei im Besitz authentischer Informationen über die Ver-

legung neuer sowjetischer Einheiten nach Ungarn. Er verlangte ihren umgehenden Abzug und unterrichtete den sowjetischen Botschafter davon, daß die ungarische Regierung mit sofortiger Wirkung aus dem Warschauer Pakt austritt und Ungarn zum neutralen Land erklärt. Ungarn appellierte an die Vereinten Nationen und an die vier Großmächte, die Neutralität des Landes zu garantieren.

Der sowjetische Diplomat nahm den Protest zur Kenntnis und versprach, seine Regierung um unverzügliche Antwort zu ersuchen.

<sup>30)</sup> Siehe Anmerkung 28

Der Ministerpräsident informierte ferner sämtliche Leiter der in Budapest akkreditierten diplomatischen Missionen über den Inhalt seiner Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter. Ferner unterrichtete er den Generalsekretär der Vereinten Nationen telegraphisch von dem Beschluß der ungarischen Regierung und ersuchte ihn, den Fall Ungarn auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung zu setzen.“<sup>31)</sup>

In diesen Tagen gab es keine revolutionäre Organisation oder Gruppe, die in ihren Forderungen nicht den Rückzug der Sowjettruppen aus Ungarn aufgenommen hätte. Aber wann hat schon Moskau den Forderungen des Volkes Gehör geschenkt? Der Aufmarsch der Sowjettruppen ging auch am 1. und 2. November ungestört weiter. Die ungarische Volksarmee und die bewaffneten revolutionären Gruppen (seit 31. Oktober hießen sie offiziell „Nemzető“-Einheiten, das heißt Nationalgardisten) erhielten von der Regierung strikte Anweisungen, die Manöver der Russen nicht zu beeinträchtigen. General Maléter, der neue Verteidigungsminister, fürchtete nämlich mit Recht, daß die Sowjetregierung einen Zusammenstoß zwischen Ungarn und Russen als einen willkommenen Vorwand für ein militärisches Eingreifen benutzen würde. So konnten die Sowjettruppen ungehindert die strategisch wichtigen Punkte des Landes — die Flußübergänge, die Verkehrsknotenpunkte, die Theiß- und Donaubrücken etc. — in Besitz nehmen. Am 3. November kontrollierten sie sogar die in- und ausländischen Flughäfen und stellten jeglichen Flugverkehr ein. An diesem Tage meldete der Rundfunk aus Steinamanger (Szombathely): „Wie verlautet, ist die österreichisch-ungarische Grenze durch sowjetische Truppen hermetisch abgeriegelt worden. Jedes Verkehrsmittel, das in Richtung Wien fuhr, wurde angehalten und die Insassen in sowjetischen Gewahrsam genommen ...“<sup>32)</sup>

Auch das amtliche ungarische Nachrichtebüro, das Magyar Távirati Iroda, konnte seine Besorgnis über die Entwicklung der Lage im Osten des Landes nicht unterdrücken: „Im Laufe des Freitags erreichten uns weitere Nachrichten über sowjetische Truppenbewe-

gungen, insbesondere im östlichen Teil des Landes. Am Vormittag meldete der Grenzbahnhof Záhony die Ankunft zweier sowjetischer Panzerzüge. Die Sowjetarmee besetzte den Bahnhof und soll im Anschluß daran in ähnlicher Weise mit der gesamten Eisenbahnlinie von Záhony nach Nyiregyháza verfahren sein. Der Universitätssender von Miskolc erwähnte das Eintreffen einer großen Panzerereinheit in Kiszváda. Auch Debrecen berichtet vom ununterbrochenen Durchmarsch sowjetischer Truppen. Von Osten kommende Panzer- und Artillerieeinheiten sind durch Szolnok nach Westen weitergezogen, während in entgegengesetzter Richtung nur Lieferwagen beobachtet werden. Etwa 200 Panzer, die sich einige Tage zwischen Szolnok und Abony aufgehalten hatten, rollen jetzt nach Westen weiter. ... Am Donnerstag und Freitag kamen Panzerbataillone im Gebiet von Gyöngyös an und verschanzten sich dort. In der Gegend von Nagyréde kampieren sowjetische Truppen. In keinem der genannten Orte ist in den vergangenen Jahren nur ein einziger sowjetischer Soldat stationiert gewesen. Ein sowjetisches Panzerkorps hat den Flugplatz Taszár, einige Kilometer von Kaposvár, umzingelt. Sowjetische Militärfahrzeuge sind bereits bis in die Vororte von Kaposvár vorgedrungen ...“<sup>33)</sup>

Der Sender Freies Miskolc meldete am Abend des Tages in höchster Aufregung: „Panzerrollen heran. ... Niemand ist auf den Straßen, nur sowjetische Patrouillen. Nyiregyháza ist eingeschlossen ... Das ganze Gebiet ist besetzt ... Die Situation hat den höchsten Spannungsgrad erreicht ...“<sup>34)</sup>

Von der ungarischen Hauptstadt aus konnte in dieser Situation nichts mehr unternommen werden. Sie war seit dem 2. November von russischen Einheiten eingeschlossen, die am Stadtrand in Stellung gegangen waren. Umsonst bat Imre Nagy Botschafter Andropow nach Erklärungen für diesen Schritt der Sowjets; die Antwort blieb aus, bis Andropow am 3. November mitteilte, daß nach Angaben Moskaus von nun an keine neuen Truppen nach Ungarn geschickt werden. Dies war jedoch in der gegenwärtigen Situation auch nicht

<sup>31)</sup> A magyar forradalom ..., S. 267

<sup>32)</sup> A magyar forradalom ..., S. 288

<sup>33)</sup> A magyar forradalom ..., S. 352.

<sup>34)</sup> A magyar forradalom ..., S. 356

mehr nötig. Nach Angaben des Ungarn-Ausschusses der Vereinten Nationen bezifferte man später die Stärke der Sowjettruppen am Vorabend der zweiten Militärintervention in Ungarn mit rund 150 000 Soldaten, die von rund 3500 Panzern und Schützenpanzern unterstützt wurden <sup>35)</sup>.

Am 3. November befand sich eine ungarische Regierungsdelegation, die die Aufgabe hatte, über die technischen Fragen des Abzuges der Sowjetarmee aus Ungarn zu verhandeln, auf dem Weg nach Tököl, nach dem sowjetischen Hauptquartier. Am 2. November hatte das Oberkommando der Sowjettruppen in Ungarn der Regierung Nagy nämlich noch mitgeteilt, daß sie bereit sei, in dieser Frage mit Regierungsbevollmächtigten zu verhandeln. So trat am 3. November, 10 Uhr morgens, eine ungarisch-sowjetische Militärkommission im Parlamentsgebäude zusammen, um die praktischen Modalitäten des Abzugs der Sowjettruppen zu besprechen, die infolge der Kündigung des Warschauer Paktes Ungarn in kürzester Zeit verlassen sollten. Die Verhandlungen dauerten vier Stunden und verliefen in einer günstigen Atmosphäre. Am frühen Nachmittag wurden sie unterbrochen; der Chef

der sowjetischen Delegation, Generaloberst M. S. Malinin, lud die ungarischen Verhandlungspartner ein, am Abend in Tököl, einem kleinen Ort ca. 30 km südlich von Budapest, in sowjetischen Hauptquartier die Verhandlungen fortzusetzen, wo sie Gäste der Sowjetarmee sein würden. Es blieben ohnehin nur einige technische Fragen (wie z. B. die Regelung des Nachschubes, Transportkapazitäten etc.) zu besprechen, da sich Generaloberst Malinin schon an diesem Vormittag bereit erklärt hatte, den Abzug der Sowjettruppen aus Ungarn bis zum 15. Januar 1957 zu beenden. In diesem Sinne wurde auch ein Protokoll angefertigt, das von Malinin unterzeichnet wurde. Der Leiter der ungarischen Delegation, General Maléter, zeigte dieses Protokoll am Spätnachmittag des 3. November in der Kilián-Kaserne mehreren Offizieren, unter anderem auch dem Kommandanten der Kaserne, Hauptmann L. Csiba <sup>36)</sup>.

Diese günstig verlaufenen Verhandlungen bildeten auch den Grund dafür, daß die ungarische Regierung keine größeren militärischen Vorkehrungen für einen eventuellen sowjetischen Angriff getroffen und den Generälen der Sowjetarmee Gehör geschenkt hat.

## Der Überfall

Am Morgen des 4. November — es war ein Sonntag, nach Hitlerischen Prinzipien der beste Tag für einen Überfall — eröffnete die Sowjetarmee das Feuer auf die schlafende Hauptstadt und ging zum Angriff gegen Budapest wie gegen die Provinz über. Die unvorbereiteten Provinzstädte kapitulierten — mit einigen Ausnahmen, wie zum Beispiel die „erste sozialistische Stadt Ungarns“ Sztálinváros — bald; sie waren der russischen Übermacht in keiner Weise gewachsen. Nur in Budapest flammten schwere Kämpfe auf, die fast eine ganze Woche dauerten. Obwohl die Angriffsdivisionen des Generalmajors Grebennyk die vordersten Linien der Budapester Verteidigung schon nach wenigen Stunden durch-

brechen und einige Stadtviertel rasch besetzen konnten, wurde der Widerstand, je näher sie an das Stadtzentrum heranrückten, immer erbitterter. General Béla Király, Befehlshaber der Nationalgarde und Stadtkommandant von Budapest, erinnert sich: „Alles geschah auf einmal. Russische Panzerkolonnen strömten in die Stadt. Sie kamen aus allen Himmelsrichtungen. Einige mit aufgesessener Infanterie rollten in Richtung Kilián-Kaserne und Corvin-Passage, die beiden Hauptstützpunkte der Freiheitskämpfer, und schon unterwegs eröffneten sie das Feuer. Andere Gruppen versuchten von der Budaer-Seite über den Széna-Platz die Donau-Brücken zu erreichen. ... Ich griff zum Telefon, das mich über eine direkte

<sup>35)</sup> Was in Ungarn geschah ..., S. 56

<sup>36)</sup> Mitteilung des Hauptmanns a. D. L. Csiba an den Verfasser

Leitung mit dem Ministerpräsidenten verband. Es war ungefähr gegen vier Uhr morgens. Ich meldete ihm, daß die Russen in die Stadt einfielen und bat um Feuererlaubnis. „Nein, nein“, sagte Nagy. „Beruhigen Sie sich. Der sowjetische Botschafter ist gerade in meinem Büro. Er wird sofort Moskau anrufen. Es handelt sich um ein Mißverständnis. Sie dürfen nicht schießen!“ Verwirrt legte ich auf. ... Etwa eine halbe Stunde später hörte ich ihn im Radio sprechen. Die Nation befand sich im Kriegszustand.“<sup>37)</sup>

Die Panzerkeile, die die Russen bis zum Regierungsviertel vortrieben, besetzten bis zum Mittag des 4. November das Polizeipräsidium, das Innenministerium und die meisten Donaubrücken. Das Verteidigungsministerium kapituliert, ohne einen Schuß abgegeben zu haben. Die meisten Kasernen der Volksarmee konnten durch Verrat stalinistischer Offiziere kampflös von den Russen eingenommen werden. In der Kaserne „Zalka Máté“ versuchten einzelne Offiziere und Soldaten, den eingebrochenen Russen Widerstand zu leisten. Die Kilián-Kaserne wurde in der Morgendämmerung des 4. November von Sowjetpanzern umstellt. Die Nationalgardisten ließen die Russen durch ihre Sperrlinien passieren, da sie annahmen, daß sie vom Westen her kommend und die Petöfi-Brücke in Richtung Osten überquerend, sich auf dem Wege in die Heimat befanden.

Imre Nagy war nicht zu erreichen. Nachdem er am Morgen dieses Tages in einer dramatischen Rundfunkansprache das ungarische

Volk über den heimtückischen Sowjetangriff unterrichtet hatte, begab er sich, da sich russische Panzer bereits dem Parlament näherten, in Sicherheit. Kurze Zeit später umzingelten starke Sowjeteinheiten das Parlamentsgebäude und zwangen die schwache Wache zur Kapitulation. Allein General Király gelang es, mit seinem engeren Stab rechtzeitig den Russen zu entweichen und über eine noch in den Händen der Nationalgardisten befindliche Donaubrücke nach Buda zu entkommen. In den Budaer Bergen, in einem Sporthotel, versuchte der General die Verteidigung der Stadt in die Hand zu nehmen. Seine Bemühungen waren jedoch ohne Erfolg. Das Verteidigungsministerium war bereits im Besitz der Russen, die mit einigen stalinistischen ungarischen Offizieren — an ihrer Spitze General Janza — alle Einheiten der Volksarmee über die vorhandenen Nachrichtenmittel aufforderten, den Angriffstruppen keinen Widerstand zu leisten und „im Interesse der Freundschaft der beiden Völker“ die Waffen an die Sowjets abzuliefern<sup>38)</sup>. Ihre Befehle — als „Regierungsbefehle“ ausgegeben — wurden in den meisten Fällen befolgt. Der rechtmäßige ungarische Verteidigungsminister, General Pál Maléter, und sein engster Mitarbeiter (der Chef des Stabes und Leiter der Operationsabteilung) befanden sich zu dieser Zeit bereits in sowjetischem Gewahrsam. Sie wurden noch während den Verhandlungen in Tököl in der Nacht vom 3. auf den 4. November von NKWD-Einheiten, die von General Serow persönlich geführt wurden, unter Nichtbeachtung ihrer Eigenschaft als Parlamentäre verhaftet und im Keller des sowjetischen Hauptquartiers eingesperrt.

## Sieg der Übermacht

Die Kampfkraft der sowjetischen Angriffsdivisionen war für die Budapester Verteidiger eine böse Überraschung. Ihre Bewaffnung war grundverschieden von der Ausrüstung der Einheiten, die am 29./30. Oktober Budapest geräumt hatten. Die neuen Truppen verfügten

über die modernsten Panzer der Sowjetarmee, den nagelneuen T-55 (T-10), mit flachem Turm und wesentlich erhöhter Feuerkraft. Diese Panzer wurden von starken Infanterie-Einheiten — meist in Schützenpanzerwagen — begleitet. Trotz der aussichtslosen Lage gaben die Na-

<sup>37)</sup> Király Béla, A nemzetőrség a forradalomban (Die Nationalgarde in der Revolution). Unveröffentlichtes Manuskript im Besitz des Verfassers

<sup>38)</sup> Zalka Miklós, Aknamező (Minenfeld), Budapest 1962, II. Bd., S. 308

tionalgardisten den Kampf nicht ohne weiteres auf. Sie waren erfinderisch sowohl in der Taktik der Verteidigung als auch bei der Beschaffung von „neuen“ Waffen. In einigen Orten verfügten sie über kleine Glasampullen mit Nitroglyzerin (hergestellt von den Arbeitern der Budapester Chinoïn-Werke), die sich als sehr wirksame Waffen gegen die Panzer erwiesen. Es gelang ungarischen Jugendlichen verschiedentlich, unbemerkt rotweiß-grüne Fahnen auf russischen Panzern zu befestigen, die dann, einige Straßen weiter, von ihren eigenen Leuten als „Feinde“ beschossen und vernichtet wurden. Die Studenten auf dem Vár-Berg ließen Öl auf die einzige, sehr ansteigende Straße gießen und bewirkten damit, daß die russischen Kettenfahrzeuge ineinander fuhren. Andere hatten schwarz bemalte Milchflaschen und flache Teller auf das Pflaster gelegt, die aus einiger Entfernung wie Panzerminen aussahen. Diese und andere Methoden dienten dazu, die Sowjets in ihrem Vorhaben, die Stadt schnellstens zu besetzen, zu stören.

Der Kampf um die ungarische Hauptstadt dauerte vom 4. November bis 9. November (auf der Insel Csepel bis 11. November). Das sowjetische Oberkommando hatte einen solch harten Widerstand nicht erwartet. Besonders die Soldaten und Offiziere stellten sich die Frage, wer und warum man gegen sie kämpfte? Um sie zu beruhigen, sorgten die sowjetischen Politstellen für eine passende „Erklärung“. In diesem Sinne sagte Oberleutnant Anjiszow, einer der Angehörigen der Interventions-truppen, im Frühjahr 1957:

„Während wir in Budapest gegen konterrevolutionäre Banden kämpften, wurden wir oft in schwere Kämpfe verwickelt. Ich konnte mich dabei vergewissern, daß die Aufständischen von erfahrenen, aus dem Westen nach Ungarn entsandten, militärisch gut ausgebildeten Männern geführt wurden.

Ich erinnere mich an einen Vorfall, als wir mit unseren ungarischen Genossen in einem Miets-haus eine konterrevolutionäre Gruppe gefangen-nahmen. Unter ihnen befand sich ein fünf-zehnjähriges Mädchen. Es erzählte, die Ban-diten hätten ihm gedroht, es umzubringen, falls es nicht auf uns schieße. Es erstaunte mich auch, als das Mädchen sagte, daß ein Aus-länder ihm viel Geld versprochen habe, das es

jedoch nur dann erhalten werde, wenn ‚das kommunistische Regime‘ zu existieren auf-höre. Unter den Gefangenen befanden sich auch sehr viele Ausländer.“<sup>39)</sup>

Die Sowjets machten mit denjenigen, die mit einer Waffe in der Hand gefangengenommen wurden, kurzen Prozeß. Die meisten wurden an Ort und Stelle erschossen. In jenen Vier-teln, wo am härtesten gekämpft wurde (wie z. B. im VIII. und IX. Bezirk), wurden ungarische Honvéds, die man ohne Waffe in einem Keller gefangennahm, trotz der Versicherun-gen der Russen gegenüber Zivilisten, daß ihnen nichts geschehen würde, an der nächsten Stra-ßenecke füsiliert. Am Zsigmond-Móricz-Platz in Buda, wo die Russen besonders schwere Verluste erlitten hatten, rächten sie sich da-durch, daß sie durch Beschuß mit Phosphor-granaten die Häuser in Brand steckten und auf die flüchtenden Zivilisten schossen.

Der historischen Wahrheit halber muß jedoch auch erwähnt werden, daß es russische Solda-ten gab, die mit den Aufständischen fühlten. István Stolte, ein politischer Häftling, der am 31. Oktober aus der Haft befreit wurde, ver-suchte am 6. November aus Budapest zu ent-kommen. In einem Vorort, in Rákospalota, be-suchte er dabei einen Bekannten. Zu seinem größten Erstaunen traf er bei diesem Mann drei bis an die Zähne bewaffnete Sowjetsolda-ten, die friedlich am Küchentisch saßen. Sie konnten etwas Ungarisch, da sie zu den „alten“ Besatzungstruppen gehörten, und erzählten dem Exhäftling, daß ihre Einheit auch den Be-fehl erhalten habe, am 4. November in die un-garische Hauptstadt einzudringen. Da sie ge-nau über die Ereignisse in Ungarn informiert waren, spürten sie keine Lust, ihre Waffen ge-gen die Budapester zu richten. Sie sprachen ganz offen mit Stolte. „Die Uniform, die wir tragen, habt man jetzt in Budapest“, sagte der eine. „Wenn sie uns sehen, werden sie auf uns schießen, und wir müssen notgedrungen, um unser Leben zu verteidigen, auch von der Waffe Gebrauch machen. Um das zu vermei-den, haben wir uns entschlossen, in diesem Haus zu bleiben und das Ende der Ereignisse hier abzuwarten.“<sup>40)</sup>

<sup>39)</sup> Siehe: „Igaz Szóval“, (Budapest), Extra-Ausgabe 1957, S. 21

<sup>40)</sup> Mitteilung an den Verfasser

„Das Ende der Ereignisse“ trat tatsächlich Mitte November mit dem endgültigen Zusammenbruch des Budapester bewaffneten Widerstandes ein, wenn auch in der Provinz noch kleinere und größere Partisanengruppen die sowjetischen Truppen bis Ende Dezember bekämpften (wie zum Beispiel im Mecsek-Gebirge). Die Sowjetarmee konnte stolz sein: Sie erzielte einen unbestreibaren Sieg über das kleine Ungarn. Ihren Truppen, die über die modernsten Waffen und Panzer verfügten, gelang es innerhalb von zehn Tagen, den Wider-

stand der ungarischen Intellektuellen, Arbeiter und Bauern niederzuringen und ihrer Revolution, die staatliche Unabhängigkeit und eine sozialistische Demokratie zum Ziele hatte, ein Ende zu bereiten<sup>41)</sup>.

---

<sup>41)</sup> Daß der „Ungarnfeldzug 1956“ nicht auf das Ruhmesblatt der Sowjetarmee gehört, fühlen selbst die Russen. Obwohl im vergangenen Jahrzehnt unzählige Bücher über die Geschichte und Taten der Sowjetarmee erschienen sind, finden wir keine einzige Veröffentlichung, die sich mit der Rolle der Armee in Ungarn 1956 beschäftigt.